

Oskar Weggel

Taiwan - Ein Porträt (5)

Gliederung:

5.1.

Die 70er Jahre: Überlagerung der Innen- durch die Außenpolitik

5.1.1.

Auswirkungen des "Nixon-Schocks": einerseits Alarmierung der Obrigkeit...

5.1.2.

Der Nixon-Schock als Schrittmacher des Mitbestimmungsprozesses

5.1.2.1.

Ursachen der neuen Demokratisierungsforderungen

5.1.2.2.

Alles für, doch möglichst wenig durch das Volk: Das Tauziehen zwischen Pluralismus und GMD-Monopol bei den Wahlen von 1972/73

5.1.2.3.

Erste Durchbruchserfolge der Opposition: Die Wahlen von 1977

5.1.2.4.

Das Jahr 1979 und der Dauerbrenner "Taidu"

5.1.2.4.1.

Der Meilidao-Zwischenfall

5.1.2.4.2.

Die Verhaftung Yu Dengfas

5.1.2.4.3.

Politische Gefangene

5.2.

Wirtschaft: Nach dem Take-off das Wirtschaftswunder

5.2.1.

Die Lage: Erfolge und neue Herausforderungen

5.2.2.

Die drei großen Antworten der neuen Wirtschaftspolitik

5.2.2.1.

Die Entwicklung der Außenwirtschaft zur Paradedisziplin

5.2.2.1.1.

Erfolgsbilanz

5.2.2.1.2.

Gründe für den Erfolg

5.2.2.1.2.1.

Die Weiterentwicklung der Exportverarbeitungszone

5.2.2.1.2.2.

Kammern, Banken und Finanzämter als Geburtshelfer

5.2.2.1.2.3.

Außenwirtschaftliche Diversifizierung

5.2.2.1.2.4.

"Ausgleichspolitik" gegenüber den Handelspartnern

5.2.2.1.2.5.

Vermeidung "lateinamerikanischer" Fehler

5.2.2.2.

Ausbau der Impulszone Infrastruktur

5.2.2.3.

Technologisierung, Schwerindustrialisierung und weitere Privatisierung

5.2.3.

Marginalisierung der Landwirtschaft? Der Bauer - ein Bürger zweiter Klasse?

5.2.4.

Zwischenbilanz

5.2.4.1.

Was hatte sich geändert und was war gleich geblieben?

5.2.4.2.

Hauptdefizite und Haupterfolge

5.3.

Außenpolitik: Das Rennen mit Beijing geht verloren

5.3.1.

Die Fieberkurve im Verhältnis zu den USA

5.3.1.1.

Das rabenschwarze Jahr 1971/72: UNO-Fiasko und Beijingbesuch Nixons

5.3.1.1.1.

Die Ankündigung des Chinabesuchs Nixons und das RCh-Desaster in der UNO

5.3.1.1.2.

Das Shanghai-Kommuniqué

5.3.1.1.3.

Die Suche nach einer Schadensbegrenzung: Reaktionen Taipeis

5.3.1.2.

1972-1978: Die Übergangsjahre von der De-facto- zur De-jure-Anerkennung Beijings durch die USA

5.3.1.2.1.

Der dreifache militärische Rückzug der USA aus Taiwan

5.3.1.2.2.

Auch diplomatisch geht Washington zu Taipei auf Abstand

5.3.1.3.

Der "Carter-Coup": Washington bricht die diplomatischen Beziehungen zu Taipei ab

5.3.1.4.

Balsam auf die Wunden: Der TRA (Taiwan Relations Act)

5.3.1.5.

Das amerikanisch-chinesische Kommuniqué vom 17.8.1982 und die fort-dauernden Waffenlieferungen an Taiwan

5.3.2.

Diplomatischer Durchbruch der VR China an allen Fronten

5.3.3.

Der "Verrat" Japans

5.3.3.1.

Der "Tanaka-Schock"

5.3.3.2.

Streitigkeiten um die Klippeninseln Diaoyutai

5.3.4.

Der Streit um die Inseln im Südchinesischen Meer

5.3.5.

Das Spiel mit der Moskau-Karte

5.3.6.

Tauziehen im IOK

5.3.7.

Taiwan und die "93.Division" in Nord-thailand

5.3.8.

Ohne Dogma und Hallstein-Doktrin: das "elastische" Singapur

5.3.9.

Geländegewinne Taiwans im außenpolitischen Grauzonenbereich

5.3.10.

Die Tür öffnet sich für Auslandsreisen

5.3.11.

Ersatzdiplomatie

5.4.

Krieg und Frieden: Die Dauerauseinandersetzung mit der Volksrepublik China

5.4.1.

Beijings Offensive des Lächelns gegenüber Taiwan

5.4.1.1.

Angebote der VRCh zwischen 1972 und 1978

5.4.1.2.

Wiedervereinigungsangebote Beijings nach 1979

5.4.2.

Die militärische Lage Taiwans

5.1.

Die 70er Jahre: Überlagerung der Innen- durch die Außenpolitik

Waren die 50er Jahre noch ganz mit dem Kampf ums politische Überleben und die 60er Jahre mit der kulturellen Selbstfindung und Selbstvergewisserung ausgefüllt gewesen, so wurden die 70er Jahre zu einer Epoche, in der sich die RCh plötzlich auf schmerzhaft Weise mit neuen außenpolitischen Wirklichkeiten konfrontiert sah.

Zwei Jahrzehnte lang war die in ihrem Herrschaftsbereich auf den Umfang einer Insel zusammengeschrumpfte Republik mit einer Fahrkarte 2.Klasse Erste Klasse gefahren und hatte u.a. einen der fünf Ständigen Posten des UNO-Sicherheitsrats bekleidet - ein Zustand, der den meisten Ländern, vor allem denen der Dritten Welt, höchst absurd und als typisches Machwerk des "US-Imperialismus" vorkam, zumal das andere China, die Volksrepublik, in den letzten Jahren immer mehr in den Mittelpunkt weltweiten Interesses gerückt war. Taiwan konnte von Glück reden, daß sich Beijing bei aller Aufmerksamkeit, die es genoß, durch seine Politik der Kulturrevolution immer wieder selbst ins eigene Fleisch schnitt und sich mit seiner Kulturrevolution sogar in eine Art Selbstisolierung veranrannt hatte. Doch wäre es Verblendung gewesen zu glauben, daß das kleine Taiwan auf ewig von den Fehlern seines großen festländischen Konkurrenten profitieren könnte - und in der Tat trat das lange Zeit Befürchtete ja dann auch schneller ein als erwartet.

Es war in den 70er Jahren, daß Taiwan seine drei schlimmsten außenpolitischen Niederlagen einstecken mußte, nämlich 1971 (Ausschluß aus der UNO), 1972 (Aufnahme diplomatischer Beziehungen des Haupthandelspartners Japan mit Beijing) und 1979 (Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Taiwans Hauptverbündetem, den USA, und der VR China).

So hart Taiwan von diesen Ereignissen auch gebeutelt wurde, so hatte es doch - seismographisch vorgewarnt - in aller Stille und von langer Hand Vorsorge getroffen, um im Falle des Falles sofort von der herkömmlichen Außenpolitik auf andere Formen, namentlich auf Außenwirtschaft umschalten zu können.

So trat am Ende das verblüffende Ergebnis ein, daß die außenpolitische Isolierung durch eine Exportoffensive, der politische Abstieg durch einen industriellen Höhenflug und die erzwungene diplomatische Abmagerungskur durch ein außenwirtschaftliches Wachstum ohnegleichen abgefangen wurde - und daß Taiwan trotz eines Sturzes aus extremer Höhe am Ende weich auffiel.

Der "Nixon-Schock" von 1971/72 löste zwei gegensätzliche Kräfte aus:

Auf der einen Seite glaubte die Staatsmacht, nun ganz besonders auf der Hut sein und sich durch "Selbststärkung" gegen Eventualitäten von außen *und* innen wappnen zu müssen, auf der anderen Seite schuf die Erregung und die Diskussion um die schockierenden Vorgänge eine neue Öffentlichkeit, die für eine Wiederbelebung alter Demokratisierungs- und Taiwanisierungsforderungen sorgte: 25 Jahre GMD Alleinherrschaft - das reichte! Eine Bevölkerung von inzwischen 15 Millionen wollte nicht länger Spielball in den Händen einer hauchdünnen politischen Elite bleiben, deren Hauptrepräsentanten überdies nicht einmal von der Insel stammten. Die Art und Weise, wie Washington mit dem Inselchicksal umgesprungen war, hatte schreckhaft bewußt werden lassen, an welch dünnem Faden das Schicksal Taiwans letztlich hing. Konnte es am Ende nicht gar passieren, daß GMD und KPCh - wie schon zweimal in ihrer Geschichte - erneut gemeinsame Sache machten und sich über die Köpfe der Inselbevölkerung hinweg einigten, so daß Taiwan plötzlich vor einem "neuen 1945" stünde!?

5.1.1.

Auswirkungen des "Nixon-Schocks": einerseits Alarmierung der Obrigkeit..

Die außenpolitischen Umbrüche der Jahre 1971/72, die unten noch im einzelnen zu schildern sind, veranlaßten die Regierung in Taipei, ihren Zugriff auf die Macht erneut zu verstärken, und zwar sowohl militärisch als auch politisch.

Am 26.Mai 1972, zwei Wochen bevor Staatspräsident Jiang Jieshi einen längeren Krankenhausaufenthalt antreten mußte, avancierte sein ältester Sohn, der damals 63jährige Jiang Jingguo, zum Ministerpräsidenten. Gleichzeitig erfolgte ein Stühlerücken im ganzen übrigen Kabinett.

Niemand, der nicht sofort gespürt hätte, daß das bis dahin verborgen gebliebene Machtfresco damit zum ersten Mal auch in aller Öffentlichkeit sichtbar geworden war. Immerhin hatte Jiang Jingguo seit 1950 die Politabteilung des Verteidigungsministeriums geleitet, war 1952 in den Ständigen Ausschuß des ZEK aufgestiegen, war 1965 Verteidigungsminister und 1969 Stellvertretender Ministerpräsident geworden.

Kaum jemand hatte ja die Amtsinhaberschaft Yan Jiagans, der seit Dezember 1963 das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet hatte, ganz ernstgenommen - und in der Tat wurde Yan jetzt, im kritischen Augenblick, da alles darauf ankam, gleichsam nebenbei auf das ehrenvolle, aber politisch wenig bedeutende Amt des Stellvertretenden Staatspräsidenten abgeschoben, während die bisherige Graue Eminenz als Regierungschef ins Licht der Öffentlichkeit trat.

Kaum im neuen Amt, ließ Jiang Jingguo auch schon drei aufsehenerregende Reformprogramme anlaufen: eine Antikorruptionskampagne innerhalb der Staatsverwaltung, der Anfang 1973 u.a. sogar ein Verwandter der Jiang-Familie zum Opfer fiel, ferner ein zweijähriges Agrarinvestitionsprogramm in Höhe von 102 Mio.US\$ und, drittens, eine Öffnung politischer Spitzenämter auch für Taiwanesen: 3 der 13 neuernannten Minister waren gebürtige Taiwanesen - ebenso wie der neue Gouverneur von Taiwan und der Bürgermeister von Taipei.¹

Nur wenige Wochen vorher, am 21.3.1972, war der greise - und damals schon todkranke - Jiang Jieshi im Alter von 85 Jahren bereits zum fünften Mal auf sechs Jahre zum Staatspräsident gewählt worden. Die drei Spitzenämter des GMD-"Generaldirektors", des Staatspräsidenten und des Regierungschefs befanden sich damit in der Hand einer einzigen Familie.

Doch sollte dies nicht lange dauern, da Jiang Jieshi schon drei Jahre später, am 5.4.1975, das Zeitliche segnete. Der Tote wurde in der Sun-Yixian-Gedenkhalle in Taipei aufgebahrt, wo ihm drei Millionen Menschen die letzte Ehre erwiesen. Seine Asche sollte, wie es im Testament hieß, nach Nanjing überführt werden, sobald die Kommunisten einmal gestürzt seien.

Dem Tod des Präsidenten folgte eine einmonatige Trauerzeit, in deren Verlauf alle Flaggen auf Halbmast gesetzt, Kinos, Opernhäuser, Theater und Vergnügungsorte für einen halben Monat geschlossen und die Verwendung greller Farben in Zeitungen und Fernsehsendungen verboten wurden.

Die Nachfolge des greisen Präsidenten war auf subtile Weise schon von langer Hand vorbereitet worden, so daß die Macht fast reibunglos auf das Doppelpaar Yan Jiagan und Jiang Jingguo überging. Yan wurde zum neuen Präsidenten vereidigt und Jiang Jingguo am 28. April 1975 zum GMD-Parteivorsitzenden gewählt, allerdings nicht mehr unter dem Titel "Zongcai" ("Generaldirektor"), der ein für allemal dem verstorbenen Jiang Jieshi vorbehalten bleiben sollte, sondern unter der Bezeichnung "Zhuxi" ("Vorsitzender").² Die Wahl erfolgte noch während der Trauerzeit. Hatte der älteste Sohn nach altkonfuzianischem Brauchtum seinen Vater in alter Zeit noch drei Jahre lang betrauern müssen, so ließ es der mitten im Nachfolgekampf stehende Jiang Jingguo bei 1½ Monaten bewenden. Am 13. Mai wurden Auszüge aus dem Trauertagebuch des "pietätvollen Sohns" veröffentlicht - ein wirkungsvolles PR-Manöver mit traditionellen Mitteln!

Die Nahtlosigkeit des Machtübergangs war um so bemerkenswerter, als ja zur gleichen Zeit auf dem Festland schon im Vorfeld des Todes Mao Zedongs (September 1976) Machtkämpfe ausgebrochen waren, die zu häßlichen Auseinandersetzungen zwischen den Kandidaten führten. Überhaupt ist es ja für die GMD-Herrschaft bemerkenswert, daß sie den täglichen Machtkampf nach außen hin fast immer geheimhalten konnte. Zwar gab es eine Reihe von Cliques, die sich vor allem in den 30er und 40er Jahren gegenseitig das Leben schwermgemacht hatten,³ doch zu einer offenen Auseinandersetzung, die den ständigen Querelen auf dem Festland auch nur einigermaßen geglichen hätte, war es eigentlich nur einmal, nämlich zwischen Jiang Jieshi und einem der Lieblingsschüler Sun Yixians, Wang Jingwei, gekommen.⁴

Auch jetzt war es nur eine Frage der Zeit, wie lange der farblose Yan das Staatspräsidentenamt besetzt hielt. Jedermann rechnete damit, daß Jiang

Jingguo früher oder später all jene Fäden in die Hand bekommen würden, an denen schon sein Vater gezogen hatte. Immerhin dauerte die "Anstandspause" dann doch noch fast zwei Jahre, ehe Jiang Jingguo am 21. März 1978 nun auch zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Die beiden Ämter des GMD-Vorsitzenden und des Staatspräsidenten, die er nun innehatte, verliehen ihm jene Machtvollkommenheit, die er brauchte, um die nach dem Nixon-Schock kritisch gewordene Lage zu stabilisieren. Das Amt des Ministerpräsidenten andererseits überließ er dem bisherigen Wirtschaftsminister Sun Yunxuan, der am 26.5.1978 ein neues Kabinett vorstellte, das mit noch mehr hochqualifizierten Fachleuten besetzt war als bisher. Damit ging eine Tendenz weiter, die bereits unter dem Kabinettschef Jiang Jingguo eingesetzt hatte: Waren früher hauptsächlich "Gefolgsleute" Jiang Jieshis auf Schlüsselposten geschleust worden, so fanden sich nunmehr Fachleute bevorzugt, wobei es keine Rolle spielte, ob sie vom Festland oder von Taiwan gebürtig waren. So stammten beispielsweise im Kabinett Sun der Stellvertretende Ministerpräsident, der Innenminister, der Verkehrsminister und drei weitere Minister ohne Portefeuille aus der Reihe der Einheimischen.⁵ Der Posten des Provinzgouverneurs wurde erstmals von einem Taiwanesen, Xie Dongmin, besetzt.

War das Kabinett Jiang Jingguo noch eher mit außenpolitischen Fachleuten besetzt gewesen, so konnte man nun von einem "Wirtschafts- und Finanzkabinett" sprechen. Sun wußte, was er in der damaligen Zeit der Bevölkerung Taiwans schuldig war!

Der Aufstieg Jiang Jinguos löste Unbehagen aus. Es war davon die Rede, daß eine "Jiang-Dynastie" (Jiang wangzhao) im Entstehen sei, und daß fähigere Politiker - vom Range eines Chen Cheng etwa - vorzeitig abgedrängt worden seien; häufig auch der Hinweis, daß der "Sohn" allzu lang im Sicherheitsapparat gewirkt habe, als daß er nun plötzlich den Hauptvertreter der res publica abgeben könne.

All diese Vorwürfe und Mißtrauensbekundungen wurden jedoch in den nachfolgenden Jahren Lügen gestraft. Zwar konnte es für niemanden zweifelhaft sein, daß Jingguo wie schon sein Vater ein Präsident auf Lebenszeit war

- und er wurde ja in der Tat im März 1984 auch ein zweites Mal wiedergewählt -, doch ließ er in seiner Politik nichts ungetan, um jedweden "dynastischen" Ansatz den Boden zu entziehen. Vor allem vermied er es, Verwandte der Jiang-Familie, auf die er ohnehin nicht gut zu sprechen war, oder gar Mitglieder des Song-Clans, die er haßte, in die Regierungsverantwortung zu ziehen.

Was im übrigen seine frühere Geheimdiensttätigkeit anbelangte, so gelang es ihm, darüber schnell Gras wachsen zu lassen. Ganz im Gegensatz zum berührungsscheuen Jiang Jieshi, der stets "wie ein Kaiser mit geheimnisvoller Autorität in seinem Palast regiert" hatte,⁶ trat Jiang Jingguo als ein Präsident zum Anfassen auf. Schon seit seinem Antritt als Ministerpräsident hatte er ein populistisches, manchmal hemdsärmeliges Erscheinungsbild gepflegt und sich als "Mann des Volkes" gegeben. Fast täglich erschienen von ihm nun in den Zeitungen Bilder, wie er - im Pullover oder Sportheim - mit Arbeitern in der Fabrik, mit Landfrauen vor dem Bauernhof oder mit Kleinhändlern auf der Straße plauderte und debattierte. Auch mit Journalisten pflegte er einen unverkrampften Umgang, und selbst im Parlament war er wegen seiner unkonventionellen Redeweise und seiner Witze bekannt. Jiang wußte, wie wichtig es war, in den kritischen 70er Jahren "innere Stärke" zu entwickeln, d.h. mehr Gemeinsamkeiten zwischen Regierung und Volk herzustellen - oder, wie man auf dem Festland sagte, den Weg der "Massenlinie" zu beschreiten.

Sein aufgeräumter und wohlgelaunter Umgang mit der Bevölkerung wurde schon bald zu einem Markenzeichen der neuen Politik, das in der Öffentlichkeit seine Wirkung nicht verfehlte.

Im Kampf gegen politische Gegner, vor allem gegen "Kommunisten", war der "junge" Jiang freilich nicht weniger unerbittlich als der alte.

Daß es dem Nachfolger gelang, am Ende sogar populär zu werden, hatte kaum jemand erwartet, und es war ihm bestimmt nicht in die Wiege gelegt, wie sein Lebenslauf zeigt: 1909 als ältester Sohn Jiang Jieshis und seiner ersten Ehefrau in der Provinz Zhejiang geboren, war Jingguo zuerst in Shanghai und später in Beijing zur Schule ge-

CHINA aktuell

gangen und hatte dann mit Erlaubnis seines Vaters, der damals in Guangzhou noch eng mit sowjetischen Kominternberatern zusammenarbeitete, ein Studium an der Moskauer Sun Yixian (später Lenin)-Universität angetreten - einer Hochschule, die damals gerade zu dem Zweck gegründet worden war, chinesische Jungrevolutionäre auszubilden. 1925 trat Jingguo der Kommunistischen Jugendliga bei, und im April 1927 legte er sein Examen ab. Der anfänglichen Begeisterung folgte jedoch schon bald die Ernüchterung: In China war es 1927 zu einem Zerwürfnis des GMD/KPCh-Bündnisses gekommen, und Jiang Jieshi hatte damit begonnen, die KPCh zu vernichten. Diesen Rückschlag bekam der junge Jiang in Moskau am eigenen Leib zu spüren. Weder durfte er nach China zurückkehren noch brieflich mit seinen Eltern Kontakt aufnehmen. Auf Antrag des späteren KPCh-Generalsekretärs Chen Shaoyu (Nom de guerre: Wang Ming) wurde der junge Jiang schließlich aus Moskau verbannt und in ein Bergwerk in Alta (Sibirien), später in das Dorf Shekow bei Moskau und 1933 in die Ural-Schwermaschinenfabrik in Swerdlowsk versetzt, wo er auch seine spätere (russische) Frau kennenlernte. Jiang Jingguo wäre wohl bis an sein Lebensende in sibirischer Verbannung geblieben, hätte sein Vater nicht am Vorabend des japanischen Angriffs auf China ein erneutes Frontenbündnis mit den chinesischen Kommunisten geschlossen. Stalin persönlich genehmigte daraufhin die Rückkehr des "verlorenen Sohns", der nun, nach 12 Jahren UdSSR, im April 1937 zum ersten Mal wieder Heimatboden betrat.⁷

Jingguo hatte die Sowjetunion mit 16 Jahren als begeisterter Kommunist betreten und sie 1937 mit 28 Jahren als glühender Antikommunist verlassen. Diese Prägung bestimmte seine ganze weitere Laufbahn, die zu einem einzigen antikommunistischen Kreuzzug wurde, in dessen Verlauf er sich vor allem zu einem Geheimdienstspezialisten entwickelte, dem es darum ging, nicht nur KPCh-Zellen auszuheben, sondern gleichzeitig auch gegen gesellschaftliche Mißstände vorzugehen, die den Humus für kommunistische Ansätze abgeben konnten. Aus diesem Grunde auch griff er während des Bürgerkriegs (1946-49) in der Metropole Shanghai mit aller Härte gegen Wirtschaftsspekulanten und Schwarzmarktpraktiken durch und ließ dabei

sogar prominente Verwandte aus dem Song-Clan, d.h. der Familie seiner Stiefmutter, festnehmen - ein Vorgehen, das ihm den Verweis seines Vaters eintrug und dessen erzwungene Revision ihn in den Augen der Bevölkerung Gesicht kostete: Aus einem "Tigerfänger", hieß es damals, sei ein "Fliegenfänger" geworden.⁸

Jiang zog sich in diesen Jahren aber nicht nur den Ärger seines Familienclans, sondern auch den der Konservativen zu, weil er zwischen 1939 und 1943 in Südjiangxi für Sozialreformen und für einen Kampf gegen das Grundbesitzertum eingetreten war, und weil er mit seinem Einsatz gegen Bürokratismus und Korruption immer wieder dem GMD-Establishment in die Quere kam. Wäre er nicht für seine unzweifelhaft antikommunistische Haltung bekannt - und wäre er vor allem nicht der Sohn des Zongcai gewesen, so hätte man ihm am Ende noch gar als Kommunisten den Prozeß gemacht!

Der junge Jiang war aber nicht nur antikommunistisch, sondern konnte auch mit den USA nichts Rechtes anfangen. Anders als seine Stiefmutter, "Mme. Jiang", und deren Verwandte aus dem Song-Clan, die fast alle in Amerika studiert hatten und fließend englisch sprachen, war dem "sibirischen" Jiang der "American way of life" fremd. Dies merkten auch die Amerikaner, denen Jiang immer ein wenig rätselhaft, wenn nicht unheimlich blieb.

5.1.2.

Der Nixon-Schock als Schrittmacher des Mitbestimmungsprozesses

5.1.2.1.

Ursachen der neuen Demokratisierungsforderungen

Die Existenzkrise, in die die RCh nach ihrer Verstoßung aus der UNO geriet, war nur eine von mehreren Ursachen für das neuerwachte Mitbestimmungsverlangen, das sich nun überall zu Worte meldete. Daneben gab es noch andere Auslöser:

Da war erstens der subtile innere Wandel der Gesellschaft, der durch intensivierete Massenkommunikation, Urbanisierung, wachsenden Lebensstandard, erhöhte Bildung der Bevölkerung und durch verstärkte Berührung mit westlichen Demokratien angegert worden war.

Zweitens hatten sich inzwischen die innenpolitischen Interessenschwerpunkte verlagert. Die bösen Erinnerungen an den "2-2-8-Zwischenfall" waren schon Ende der 60er Jahre langsam verblaßt - mit der Folge, daß sich das so lange gespannte Verhältnis zwischen Festländern und Taiwanesen nun endgültig zu entkrampfen begann: Die erste Generation der auf der Insel geborenen Flüchtlingskinder hatte inzwischen mit taiwanesischen Gleichaltrigen den gesamten Erziehungsweg vom Kindergarten bis zur Hochschule durchlaufen, es war zu ersten ehelichen Verbindungen gekommen, und vor allem konnten die "Einheimischen" befriedigt zur Kenntnis nehmen, daß der neugeschaffene Reichtum sich vor allem in *ihren* Taschen gesammelt hatte. Des weiteren hatten die Dezemberwahlen von 1969 nun auch das Tor zur "Taiwanisierung" der Zentralorgane aufgestoßen. Nicht zuletzt aber zeigte der Kontrast zum Schicksal der Landsleute auf dem von der "Kulturrevolution" geschüttelten Festland, daß "Taiwan" das bessere Los gezogen hatte. Diese Erfahrung schuf ein neues Wir-Gefühl, das zugewanderten Festländern und Taiwanesen gleichermaßen gemeinsam war. Da der Konflikt mit den "Festländern" also seine Brisanz verloren hatte, rückten andere Belange in den Vordergrund, vor allem die Mitbestimmungsfrage.

Drittens aber schufen die außenpolitischen "Schocks" der Jahre 1971/72 und 1979 eine neue Öffentlichkeit, deren Entstehungsgeschichte spontan an die Vorgänge der Jahre 1894 ff. auf dem chinesischen Festland denken ließ. Hatte das ganze damalige China noch Anfang der 90er Jahre wie ein ausgebrannter Stern gewirkt, so war fünf Jahre später eine aufs äußerste reizbare und aktive Öffentlichkeit entstanden, mit der die kaiserliche Regierung ihre liebe Not hatte. Auslöser für diese Metamorphose von der Apathie zum Aktivismus war die Schmach der militärischen Niederlage Chinas gegen Japan im Krieg von 1894/95 gewesen. Ein neuer Ton war aufgekommen, und die Stimmungslage war nicht wiederzuerkennen: Reformzugeständnisse der Dynastie, die noch 1898 als großzügig erschienen wären, wurden jetzt allenfalls mit müdem Lächeln quittiert. Nun wollte man nicht nur einen Finger - man wollte die ganze Hand.⁹

Zu einem vergleichbaren Stimmungsumschwung war es auf Taiwan i.J. 1972 gekommen - und er sollte sich nach

1979 wiederholen. Nie wieder hat die dortige Bevölkerung einen ähnlich dramatischen Bewußtseinswandel durchlebt, wie im Zeichen der außenpolitischen Existenzkrise.

Die Stimmung, die damals aufkam, war z.T. antiamerikanisch, z.T. regierungsfeindlich, gleichzeitig aber auch durchaus regierungsfreundlich: Die meisten Bewohner Taiwans hatten plötzlich das beklemmende, aber auch einigkeitsfördernde Gefühl, in einem gemeinsamen Boot zu sitzen - gemeinsam auch mit der Regierung. Aber irgendwie schien es auch an der Zeit, das Wohl des Landes nicht mehr nur von einer in dünner Höhenluft angesiedelten politischen Führung abhängig zu machen, sondern diese Führung herunterzuholen und sie der Kontrolle der Bevölkerung zu unterwerfen. Die demokratiefeindlichen Traditionen von einst, wie sie in Kap.IV (4.1.2.5.) beschrieben wurden, begannen einem wachen Mißtrauen und partizipativen Vorstellungen Platz zu machen - langsam zwar, aber offensichtlich unaufhaltsam. Bisher hatte man es wie ein Naturgesetz hingenommen, daß alle wichtigen Änderungen durch eine "Revolution von oben" erfolgten - man denke an die Bodenreform, an die Planungspolitik sowie an die Umschaltung von der Importsubstitution auf die Exportförderung, nicht zuletzt auch an die Mitsteuerungsimpulse, die von den großen öffentlichen Unternehmen ausgingen. Daß dies nicht ewig so weitergehen durfte, war allgemeine Überzeugung geworden. Vor allem aber mußte in Zukunft verhindert werden, daß die Außenpolitik nach wie vor von einer kleinen Minderheit bestimmt würde, die sich immer noch an den "Rückkehr"-Mythos klammerte. Hier hatte jede Hinnahmefähigkeit ein definitives Ende gefunden; war Außenpolitik in Taiwan doch - ähnlich wie bei Israel oder Kambodscha - nicht nur eine Nebensache, sondern der Nervus rerum, von dem Wohl und Wehe eines 15-Millionen-Volkes unmittelbar abhing.

Kein Wunder, daß das kritische Miteinander und vor allem das Verlangen nach Mitbestimmung zunahm, und daß sich das Interesse der Öffentlichkeit während der 70er Jahre stärker als bisher auf die Wahlen konzentrierte.

5.1.2.2.

Alles für, doch möglichst wenig durch das Volk: Das Tauziehen zwischen Pluralismus und GMD-Monopol bei den Wahlen von 1972/73

Am 13.12.1972 fanden die Wahlen für den Gesetzgebungsyuan und für die Nationalversammlung, am 15.2.1973 für den Kontrollsyuan statt. Auch diesmal gab es bezeichnenderweise wiederum nur Ergänzungs-, nicht aber Rundum-Erneuerungswahlen, d.h., die noch in Nanjing gewählten Abgeordneten blieben auch jetzt noch auf ihren Sitzen. So kam es, daß auch diesmal nur 119 Sitze zur Wahl standen, davon 53 in der Nationalversammlung (4% der damaligen Mitgliedszahlen von insgesamt 1.365), 51 im Gesetzgebungsyuan (12%) und 15 im Kontrollsyuan (23%).

Selbst von diesem Minimum aber wurden noch 20 Sitze nicht aufgrund von Wahlen, sondern durch Ernennung von seiten des Staatspräsidenten vergeben, nämlich an sog. "überseeische" Abgeordnete, darunter 3 aus Hongkong und Macau, 4 aus dem Kontinent Amerika, 1 aus Nordostasien usw.¹⁰ Wirklich zur Wahl standen damit lediglich 99 Abgeordnetensitze. Hier wurde deutlich, daß die GMD auch jetzt noch fest entschlossen war, der überall aufkommenden politischen Konkurrenz das Wasser abzugraben. Fast zehn Jahre lang sollte sie damit noch Erfolg haben, ehe dann Mitte der 80er Jahre die Schleusen nicht mehr standhielten. Bis dahin aber zeigte sich die Partei in ihrer Verhinderungsstrategie wenig zimperlich. Der Gerechtigkeit willen sollte hier allerdings angemerkt werden, daß die GMD subjektiv mit besten Absichten handelte und auch objektiv ihre Hausaufgaben optimal löste: die Wirtschaftserfolge der 70er Jahre sind ja kein Zufall! Sie hatte nur den *einen* Fehler, alles *für* das Volk, aber *möglichst wenig durch* das Volk bewerkstelligen zu wollen.

Hier nun also einige ihrer "Tricks" gegen politische Gegner:

- Einige Oppositionskandidaten wurden schlicht "hinausgekauft". Zu dieser Kategorie gehörte etwa der damals besonders bekannt gewordene Fall des Wei Yimin, der sich seit Anfang der 70er Jahre durch kritische Wahlkampfbeiträge einen Namen gemacht hatte und von ausländischen Beobach-

tern bereits als möglicher Führer einer künftigen Oppositionspartei gehandelt worden war. Im November 1973 jedoch ließ er von einem auf den anderen Tag seine Kandidatur für den Stadtrat von Taibei fallen und verschwand aus der politischen Öffentlichkeit. Zwei Spekulationen rankten sich um diesen Rückzug: die eine besagte, er sei vom "Taiwan-Garnisonskommando" unter Arrest genommen worden, während die wahrscheinlichere Version darauf hinauslief, daß er 10.000 US\$ als "Abfindung" für seinen Rücktritt angenommen habe.¹¹

- Aber auch die gute alte Methode der schlichten administrativen Ausschaltung von Gegnern wurde durchaus noch praktiziert - man denke an den unten näher zu beschreibenden Meilidao-Fall. Bei solchen Anlässen pflegte aus dem Hintergrund immer wieder das "Taiwan-Garnisonskommando" aufzutauchen, das von der Bevölkerung schon seit langem als gleichsam institutionalisiertes Mißtrauen begriffen wurde, zumal es sich ja höchst lichtscheu gab. Vor allem fanden die vom Kommando gegen politische Gefangene veranstalteten Prozesse unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt und endeten zumeist mit hohen Gefängnisstrafen.

- Eine dritte Methode bestand in der Operationalisierung des Vereinsgesetzes, demzufolge jede gesellschaftliche Interessenrichtung nur durch eine einzige Organisation auf der Insel vertreten sein durfte. De lege konnte es in Taiwan also nur eine einzige Umweltschutz-, eine einzige Verbraucherschutz- oder eine einzige Völkerrechtsforschungsvereinigung geben. Wo immer Bürgerinitiativen sich aufmachten, um eine neue Organisation ins Leben zu rufen, "besetzte" die GMD den eventuell noch freien Platz umgehend mit einem Verein eigener Provenienz und grub damit von vornherein jeder möglichen Konkurrenz das Wasser ab. Die Dangwai hatte auf diese Weise nicht die geringste Chance, eine Umweltschutz- oder gar eine Menschenrechtsvereinigung zu etablieren.

Erst viel später, nämlich durch das Organisationsgesetz vom Januar 1989, wurden hier Verbesserungen geschaffen.

- Auch beim Wahlkampf selbst legte die GMD ihren Konkurrenten alle möglichen Hindernisse in den Weg.

Durch Gesetz war die Dauer des Wahlkampfes zu Nationalwahlen beispielsweise viele Jahre lang auf 15 Tage eingeschränkt - eine Bestimmung, die ausschließlich der Dangwai schädete; konnte doch die GMD mit ihrem riesigen Propagandaapparat de facto das ganze Jahr über für sich Werbung treiben. Außerdem durften Wahlkämpfer, wie bereits erwähnt, nur individuell, nicht dagegen gruppenweise auftreten und waren schließlich auch nicht befugt, finanzielle Hilfe von privat oder von ausländischen Organisationen anzunehmen - eine Einengung, die wiederum nicht der wohlhabenden GMD, wohl aber der Opposition Fesseln anlegte. Ferner waren die Wahlkämpfer zahlreichen Tabus unterworfen, so z.B. dem Verbot, die Wiedervereinigung in Frage zu stellen, für die Unabhängigkeit Taiwans einzutreten oder aber die GMD direkt anzugreifen. Es wurden ihnen damit die sogenannten "dankbarsten" Wahlthemen von vornherein weggezogen. Nicht zuletzt aber blieb es Beamten, vor allem aber Schülern und Studenten verwehrt, als Kandidaten aufzutreten - ein Verbot, durch das ein möglicherweise brisantes politisches Potential ausgeschaltet wurde.

Von Chancengleichheit zwischen GMD und politischer Opposition konnte angesichts solcher Hürden also ganz gewiß nicht die Rede sein.

- Geschickt verstand es die GMD ferner, die Widersprüche zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen durch eine Divide-et-impera-Politik für sich zu instrumentalisieren, indem sie beispielsweise einzelne Gruppierungen mit finanzieller Unterstützung köderte oder indem sie auf dem Land Klientelbeziehungen knüpfte und damit bestimmte Gruppen der örtlichen Bevölkerung an sich band. Zu diesem Zweck wurden in jedem Kreis (xian) mindestens zwei rivalisierende lokale Gruppen unterstützt, die sich um öffentliche Ämter in halbstaatlichen Organisationen (z.B. in Bauern- oder Bewässerungsverbänden) bewarben. Durch einen Zuteilungsproporz machte sie sich die Rivalen geneigt und band sie gleichzeitig in ein Guanxi(Personalbeziehungs)-Netz ein. Freilich hatten Loyalitäten dieser Art nur solange Bestand, als die Klientel auf den Dörfern blieb. Wanderte sie in die Städte ab, ging auch die Bindung verloren - ein Vorgang, den loka-

le GMD-Organisationen vor allem in den 70er Jahren immer häufiger registrieren mußten.¹²

- Darüber hinaus verstand es die Regierungspartei, weite Teile der Bevölkerung, sei es nun aus der besonders attraktiven Unternehmerschaft, sei es aus Betrieben, aus Nachbarschaften oder Universitäten, für eine Mitgliedschaft zu gewinnen. Gemäß dem leninistischen Zellenbildungsprinzip, das ja seit der Neuorganisation der Partei durch Kominternberater i.J. 1923 zum anatomischen Grundmerkmal der GMD geworden war, verfügt(e) der Apparat über Zellen und Kleinstgruppen in allen nur denkbaren Institutionen und verstand es, über seine dort angesiedelten Vertrauensleute an allen Ecken und Enden Mitglieder anzuwerben - mit der Folge, daß seit Jahrzehnten rd. 20% der Bevölkerung GMD-Mitglieder waren. Bei nicht wenigen handelte es sich zwar um Karteileichen, doch konnte die Partei bei ihnen so gut wie sicher sein, daß sie sich zumindest nicht auf die Seite der Opposition schlagen würden.

Vor allem Unternehmer und Studenten konnten sich von einer GMD-Mitgliedschaft beträchtliche Vorteile versprechen: Unternehmer beispielsweise kamen über ihre Parteikontakte häufig leichter an eine Lizenz, an einen verbilligten Kredit oder an eine Exportgenehmigung heran, während auf der anderen Seite Studenten, die gerne ins Ausland gehen wollten, gut daran taten, sich um das Wohlwollen der Partei zu bemühen. Für die Partei umgekehrt hatte die Verbindung zum Unternehmertum den Vorteil, daß sich bei der Bevölkerung spontane Assoziationen zwischen "GMD" und "Wirtschaftswunder" einstellten.

- Geschickt verstand es die Partei auch, ihre Sanminzhuyi als Harmonisierungsideologie einzusetzen und dadurch die Interessengegensätze von Unternehmern und Arbeitern sowie von "Rückkehr"- und Taiwanisierungsbefürwortern zu überbrücken. So gelang es beispielsweise, den Gewerkschaften die Zähne zu ziehen, ohne daß diese sich besonders dagegen gewehrt hätten. Ihre Rolle blieb stets eher passiv, d.h. auf Transmissionsriemenfunktionen beschränkt, als aktiv. Paradoxerweise wurden Gewerkschaften in der Außenpolitik wichtiger als in der Innenpolitik, insofern sie nämlich

seit 1971 - nach dem Ausscheiden der RCh aus der UNO - eine Art halbdiplomatische Funktion übernahmen. Zu Hause redeten sie zwar bei der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen und bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit, doch blieben echte Tarifverhandlungen ein Fremdwort für die RCh-Gewerkschaften - von Streiks ganz zu schweigen. "Streikfreiheit" war sogar eins der stärksten "Argumente" für Ausländer, in den neueröffneten Exportverarbeitungszone zu investieren.

Zwar hatten die Gewerkschaften 1980 nicht weniger als 1.031 Millionen Mitglieder (15,9% aller Beschäftigten), doch waren ihnen überall die Hände gefesselt, und zwar nicht nur durch die in allen Danweis (Fabriken etc.) eingebauten GMD-Zellen, sondern mehr noch durch die "Interimsbestimmung" von 1948, in der es hieß, daß während der "nationalen Mobilmachung" Streitigkeiten, die nicht vom Betriebsrat geklärt werden können, einem Schiedsgericht vorzulegen sind, dessen Entscheidungen als bindend zu betrachten seien. Zuwiderhandlungen, vor allem in Form von Streiks, konnten also gemäß Kriegsrecht bestraft werden!

Außerdem war sichergestellt, daß die Behörden den Finger am Puls der "Arbeitervereine" (gonghui) behielten. Die Gewerkschaften bekamen staatliche Zuschüsse und mußten es sich dafür gefallen lassen, daß Kreis- und Stadtbehörden ihre Zulassung genehmigten, ihre Geschäftsführung überwachten und ihren Zusammenschluß zu Föderationen guthießen. Ende der 70er Jahre gab es aufgrund solcher Konzessionen 22 Industrie- und 8 Berufsgewerkschaften, die in 196 Gebietskonföderationen auf Kreisebene und in 3 Gebiets- sowie 5 Industrieföderationen auf Provinzebene zusammengeschlossen waren, welche ihrerseits dem Dachverband des "Chinesischen Gewerkschaftsbunds" unterstanden.¹³

Das Gewerkschaftsgesetz (gonghuifa) vom 21. Oktober 1929¹⁴ unterscheidet zwischen "Industriegewerkschaften" (chanye gonghui), die Arbeiter verschiedener Berufe in einem gemeinsamen Industriezweig umfassen, und "Berufsgewerkschaften" (zhiye gonghui), die sich aus Arbeitern mit gleichen Tätigkeitsmerkmalen rekrutieren, und die übrigens an die Traditionen der Gilden mit harmonischen Meister-

Gesellen-Beziehungen anknüpfen, also schon deshalb den Behörden selten Kopfzerbrechen bereiten.

Gegenüber Gewerkschaften hegte der GMD-Apparat seit seinem ersten gemeinsamen Bündnis mit der KPCh (1924-1927) notorisches Mißtrauen, das sich einerseits negativ, d.h. in einer Dauerüberwachung der Arbeiterorganisationen, äußerte, das aber andererseits auch den für die Arbeiter höchst angenehmen Nebeneffekt hervorbrachte, daß sie bereits seit den 60er Jahren mit zu den - nach Japan - bestbezahlten unselbständigen Erwerbstätigen Asiens gehörten. Überdies sorgte das Distributionssystem Taiwans, das in seiner Egalisierungstendenz weltweit nur noch von demjenigen Israels übertroffen wurde, daß bei den Arbeitern auch nie das Gefühl aufkommen konnte, sie seien eine "Klasse für sich" im marxistischen Sinne.

- Nicht zuletzt aber hatte sich jede Opposition von vornherein damit abzufinden, daß ein Großteil der Sitze in den drei Zentralparlamenten, wie erwähnt, von Abgeordneten blockiert wurde, die noch in den 40er Jahren auf dem Festland gewählt worden waren, und die ein gerichtlich verbrieftes lebenslanges "Bleiberecht" hatten, also auf eine Oppositions-Konkurrenz oder auf den Wählerwillen keinen Gedanken zu verschwenden brauchten. Dieses "Zwei-Klassen-Recht" im Abgeordnetenstatus kam von vornherein der GMD zugute, der ja nicht nur alle 1947/48 besetzten Positionen ohnehin "gehörten", sondern die sich mit den oben erwähnten Methoden auch noch beim Kampf um die wenigen freiwerdenden Sitze gegen die Opposition durchzusetzen mußte.

Die politischen Gegner der GMD mußten sich vorerst also mit den Brosamen zufriedengeben. Solange die GMD beim juristischen Status quo verharrte, blieb der Opposition nichts anderes übrig, als darauf zu hoffen, daß sich die Nachfolge eines Tages im rein physischen Sinne lösen würde.

Bei den Wahlen von 1972/73 konnte die Regierungspartei der Opposition noch einmal mit den altbewährten Mitteln entgegentreten. 1977 dagegen war dies bereits schwieriger geworden, und es war klar, daß der Durchbruch ihrer politischen Gegner früher oder später gelingen mußte.

5.1.2.3.

Erste Durchbruchserfolge der Opposition: Die Wahlen von 1977

Bei den Lokalwahlen des Jahres 1977 zogen erstmals zwei Angehörige des Gesetzgebungsyuans auf eigene Faust quer durch die Insel und wandten sich an GMD-verdrossene Wähler in einem Ton, wie er sich noch Anfang der 70er Jahre von selbst verboten hätte. Da die Polizei sich jedoch auffallend zurückhielt (es war dies die Präsidentschafts-epoche des "Menschenrechtsverfechters" Carter 1977-1981), entstand hier ganz nebenbei eine neue Bewegung, die Geschichte machen sollte, und die unter der Bezeichnung "Dangwai" (wörtl. "außerhalb der Partei") schon bald in aller Munde war.

In den nachfolgenden Jahren trat die Dangwai immer unbekümmerter hervor und präsentierte sich schon bald mit einer eigenen Wahlplattform und eigenen Kandidaten. Was hier heranwuchs, war eine Institution, die, mit Ausnahme des noch fehlenden eigenen Namens, bereits alle Eigenschaften einer modernen politischen Partei angenommen hatte.

Die Regierung hielt sich, ganz im Gegensatz zu früher, zurück - und sollte diese "Großzügigkeit" auch schon bald bereuen müssen; denn bei den nun folgenden Provinz-, Kreis- und Stadtwahlen vom 19. November 1977 erlitt die GMD zum ersten Mal in ihrer taiwanesischen Geschichte eine empfindliche Schlappe, als nämlich ihre Kandidaten auf "nur" 80% der Sitze gewählt wurden. Die restlichen 20% gingen an Dangwai-Kandidaten - zumeist Taiwanesen. In der Provinzversammlung kamen 21 von 77 neuen Abgeordneten aus der Dangwai, in den Kreisversammlungen 143 von 857. Lediglich in Taipei-Stadt schnitt die GMD etwas besser ab und gewann 43 der insgesamt 51 Abgeordnetensitze im Stadtrat.

Zum ersten Mal auch waren Wahlen in Taiwan von Unruhen begleitet, als nämlich erregte Wähler im nordtaiwanesischen Zhongli der örtlichen Wahlaufsicht Manipulationen vorwarfen und, als keine Abhilfe erfolgte, ein Polizeigebäude und mehrere Polizeifahrzeuge in Brand steckten. Dies war der größte Aufruhr seit dem Sturm auf die US-Botschaft 20 Jahre früher: damals hatte sich die Inselbevölkerung darüber empört, daß das US-Gericht in

Taiwan einen GI freigesprochen hatte, dem vorgeworfen worden war, mutwillig einen chinesischen Offizier erschossen zu haben.

Vom Chongli-Intermezzo abgesehen, verliefen die Wahlen aber ruhig und wurden durchwegs als fair anerkannt.¹⁵

Die GMD nahm sich ihre Schlappe vom November 1977 so sehr zu Herzen, daß sie personelle Konsequenzen zog und u.a. sogar Li Huan, den Abteilungsleiter für Organisation im ZEK der GMD, seines Postens enthob.¹⁶

Ferner ließ sie eine Reihe von Verhaftungs- und Zensurmaßnahmen durchführen, die außerhalb von Taiwan skeptische Kommentare fanden:

- So wurden beispielsweise am Rande des Wahlkampfes einige Jugendliche unter der Beschuldigung verhaftet, sie seien Angehörige einer Untergrundbewegung mit dem Namen "Volksbefreiungsfront" und hätten heimlich regierungsfeindliche Flugblätter verteilt sowie rd. 200 Erpresserbriefe an Niederlassungen ausländischer Firmen versandt, in denen deren Abzug gefordert wurde.¹⁷

- Im März 1978 erging von seiten des Staatlichen Pressebüros der Bescheid, daß ein Jahr lang keine Anträge auf Zulassung neuer Zeitschriften entgegengenommen würden. Ferner wurde das Buch zweier junger Regimekritiker mit dem Titel *Ein Hoch den Wahlen!* beschlagnahmt. Der Zensur zum Opfer fielen ferner einige Presseorgane, in denen regierungskritische Aufsätze abgedruckt waren,¹⁸ u.a. das Organ *Zhe yi dai* ("Diese Generation") sowie die Nr.1 (aus Jg.6) der Zeitschrift *Xia-chao* ("Sommerflut"). Zur Begründung hieß es, daß in beiden Zeitschriften Artikel erschienen seien, die die "Liebe zu Taiwan" schmälerten und dazu angetan seien, die "Bevölkerung zu entzweien".¹⁹

- Im September 1978 wurde der Herausgeber der parteiunabhängigen Tageszeitung *Taiwan ribao* ("Taiwan Tageszeitung") in Taizhong gezwungen, die Editorenschaft einem der GMD-Regierung nahestehenden Unternehmer aus Hongkong, Henry Xu, zu überlassen. Diese "Transaktion" erfolgte kurz vor den Ergänzungswahlen für die Nationalversammlung und den Legislativ Yuan im Dezember 1978.²⁰

Es wäre freilich ungerecht, diese Maßnahmen zu dramatisieren. Trotz aller "Zensuren", die übrigens in der Presse stets große Schlagzeilen machten,²¹ mußte doch jeder Beobachter Taiwans letztlich einräumen, daß das Leben auf Taiwan durchaus ungezwungen war, wenn man nicht gerade für den Kommunismus warb oder aber offen gegen den Alleinvertretungsanspruch der RCh auftrat. Ganz im Gegensatz zum Festland gab es beispielsweise keine Übergriffe gegen Religionsgemeinschaften, keine Anti-Beethoven- oder Anti-Konfuzius-Kampagnen und auch keinerlei Einschränkungen für die Verbreitung und die Lektüre chinesischer oder westlicher Klassiker oder philosophischer Darstellungen. Den "Existenzialismus" als "geistige Verschmutzung" zu verunglimpfen, wie es auf dem Festland geschah, wäre beispielsweise in Taiwan niemandem einfallen!

5.1.2.4.

Das Jahr 1979 und der Dauerbrenner "Taidu"

1979 kamen zwei Ereignisreihen zusammen, die die GMD aufs äußerste beunruhigten: Da nahmen die USA diplomatische Beziehungen mit der VR China auf und traten damit eine außenpolitische Lawine los. Aber auch innenpolitisch schien sich plötzlich alles gegen das Führungszentrum in Tai bei verschworen zu haben. Zwei Oppositionsfälle vor allem ließen Emotionen aufkommen, nämlich der Casus "Meilidao" und die Verhaftung Yu Dengfas.

5.1.2.4.1.

Der Meilidao-Zwischenfall

Innenpolitisch hatte sich die Opposition im Zeichen der Carter-Ära zunächst auf eine höchst subtile Art und Weise zu regen begonnen, nämlich mit literarischen Mitteln - und eher hinter vorgehaltener Hand. Die Ursprünge der neuen Bewegung reichten bei genauerem Hinsehen bis in die späten 60er Jahre zurück. Damals hatten gleichgesinnte junge Literaten einer literarischen Strömung zum Leben verholfen, die unter der Bezeichnung "Xiangtu" ("Heimaterde") firmierte und der es darum ging, die Aufmerksamkeit auf das gegenwärtige Taiwan zu lenken. Hatte vorher Festlandsapologetik (und -larmoyanz) die literarische Szene bestimmt, so rückte nun die Inselwirklichkeit in den Blickpunkt: mit ihrem Alltag und mit dem Schicksal ihrer kleinen Leute - angefangen

vom Arbeiter über den Bauern und Fischer bis hin zur Verkäuferin; Schilderungen, die ein getreues Spiegelbild der für jedermann nachvollziehbaren Realität lieferten und die dazu angetan waren, den Sinn für konkrete Zeitfragen zu schärfen und soziopolitische Probleme zu thematisieren.

Kein Wunder, daß diese zunächst so stille literarische Richtung schon bald politischen Charakter annahm und sich schließlich - am 8. September 1979 - ein eigenes Sprachrohr in Form der Zeitschrift *Meilidao* ("Formosa") schuf, das zu aller Erstaunen innerhalb von drei Monaten bereits eine Auflage von fast 100.000 Stück erreichte.²²

Das neue Organ löste bei der Regierung sogleich extremes Unbehagen aus, da es nicht nur den Untertitel *The Magazine of Taiwan's Democratic Movement* trug, sondern weil sich in seinen Redaktionsstuben alles die Hände reichte, was in der Demokratisierungs- und Taiwanisierungsbewegung Rang und Namen hatte, so daß es wohl kaum übertrieben war, die neue Zeitschrift als Zentralorgan der Dangwai, ja als Sammelbecken aller bisher heimatlosen und versprengten Regimegegner zu bezeichnen.

Daß die Zeitschrift bei den Lesern ein so starkes Echo fand, hätte man in Tai bei eigentlich verstehen müssen. Soziologische Feldforschungen gerade aus den 70er Jahren hatten ja gezeigt, daß der Durchschnittsbewohner Taiwans von seiner Regierung nicht sehr viel mehr wollte, als daß sie ihn unbehelligt seinen täglichen Geschäften nachgehen ließ und ihn nicht für irgendwelche politischen Zwecke einspannte, die ihm im Grunde seines Herzens fremd waren, wie z.B. für die "Rückkehr aufs Festland". So gesehen standen die Ziele der Unabhängigkeitsbewegung seinem Herzen am nächsten. Wenn es jetzt eine Zeitschrift gab, die dem neuen, auf "Heimat" und "Mitbestimmung" ausgerichteten Zeitgeist Ausdruck verlieh, so füllte sie ein allem Anschein nach bestehendes Vakuum.

Die Regierung, die vor allem mit dem "Menschenrechts"-Freund Carter in gutem Einvernehmen bleiben wollte, hatte literarisch vorgetragene Kritik in den vorangegangenen Jahren zwar meist geduldig hingenommen und sie nur ab und zu "politisch zu kanalisie-

ren" (zhengzhi goutong) versucht. Mit der Anerkennung Beijings ausgerechnet durch die Carter-Administration allerdings waren Rücksichten dieser Art entfallen, so daß nach dem Tauwetter an der literarischen Front nun wieder Frost angesagt war - ein echter Fall außenpolitisch dimensionierter Innenpolitik!

Angesichts des Erfolgs der neuen Zeitschrift war es kein Wunder, daß schon bald auch außerhalb Taiweis Redaktionsfilialen entstanden. Als ein solcher neuer Ableger der *Meilidao* in der südlichen Hafenstadt Gaoxiong am Abend des 10. Dezember 1979 zwischen 18 und 23 Uhr einen Fackelzug zum "Internationalen Tag der Menschenrechte" veranstalten wollte, kam es zur Machtprobe: Die Regierung ließ nämlich zur gleichen Zeit und am gleichen Ort "Sicherheitsmanöver" durchführen, wobei die Truppen allerdings unbewaffnet antraten. Gleichwohl wurde die "Übung" von den Kundgebungsteilnehmern als Provokation empfunden, und es kam zu Übergriffen gegen das staatliche Sicherheitspersonal, das bemerkenswert zurückhaltend reagierte, obwohl - nach Regierungsangaben - 180 Beamten verletzt wurden.²³ Drei Tage später erfolgte dann die Reaktion, und zwar in Form einer Verhaftungswelle, die 152 Personen, darunter die meisten Redakteure der *Meilidao*, erfaßte.²⁴ Acht Hauptangeklagte wurden im Februar 1980 vor dem Militärgericht des Taiwan Garnisonskommandos beschuldigt, den Zwischenfall von Gaoxiong angezettelt und außerdem die Zeitschrift *Meilidao* einzig und allein zu dem Zweck gegründet zu haben, die Regierung zu stürzen. Entsprechend schockierend fielen die Strafen aus: einmal lebenslänglich, sechsmal 12 und einmal 10 Jahre Gefängnis.

Gleichzeitig wurde die Zeitschrift *Meilidao* verboten - und Hand in Hand damit auch gleich ein paar weitere regierungskritische Organe, nämlich *Bashi Niandai* ("Die 80er Jahre") und *Chunfeng* ("Frühlingswind").²⁵

Mit diesem Doppelschlag war die Opposition auf Anhub lahmgelegt.

Zufall oder nicht: Am 28. Februar 1980, dem Jahrestag des "2-2-8-Ereignisses", wurden zwei Töchter und die Mutter Lin Yixions, eines der Hauptredakteure der *Meilidao*, am helllichten Tag in ihrer Wohnung in der Taibeier In-

nenstadt erstochen. Obwohl die Polizei sogleich eine hohe Belohnung für zweckdienliche Hinweise aussetzte, konnten die Täter nie ausfindig gemacht werden. Schon vorher freilich war es wiederholt zu Überfällen auf verschiedene Redaktionsfilialen durch rechtsradikale Gruppierungen gekommen, von denen man annahm, daß sie mit dem Geheimdienst unter einem Hut steckten.²⁶

5.1.2.4.2.

Die Verhaftung Yu Dengfa

Schon am Vorabend der "derecognition" Taiwans durch die USA hatte der Fall Yu Dengfa in der öffentlichen Meinung Taiwans hohe Wellen geschlagen,²⁷ und zwar vor allem deshalb, weil der inzwischen 76jährige schon während der Kolonialzeit mehrmals gegen Maßnahmen des japanischen Gouvernements öffentlich protestiert hatte und deshalb von der Kolonialmacht in ein Arbeitslager gesteckt worden war.

Mit diesem Widerstandsbonus hatte Yu in den vorangegangenen Jahren zahlreiche politische Wahlsiege erringen können. U.a. war es ihm gelungen, bei den Wahlen in seiner Heimatstadt Gaoxiong mehrere Male GMD-Rivalen aus dem Rennen zu werfen. Seine Popularität hatte sich auch dadurch noch erhöht, daß er gegen dunkle Machenschaften lokaler GMD-Gremien eingeschritten und bei den Wahlkämpfen als "Guomintang kouxing" ("Widerstern der GMD") aufgetreten war.²⁸

Auch Mitglieder seiner Familie hatten bei etlichen anderen Wahlen GMD-Kandidaten das Nachsehen gegeben.

Beim Prozeß von 1978 wurde Yu - wiederum vom Taiwan Garnisonskommando - beschuldigt, an der Gründung eines Revolutionskomitees der "Freien Republik Taiwan" in Tokyo mitgewirkt und davon gewußt zu haben, daß diese Organisation für den 28.9.1978 einen Aufstand in Gaoxiong plante. Er wurde deshalb am 16. April zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Bekanntgabe des Urteils erfolgte beziehungsweise erst sechs Tage nach Unterzeichnung des Taiwan Relations Act durch Präsident Carter. Möglicherweise hatte man in Taipei befürchtet, der Spruch könnte in letzter Minute noch einen Stimmungswandel in den USA hervorrufen.²⁹

5.1.2.4.3.

Politische Gefangene

Zum ersten Mal gab die RCh-Regierung im Dezember 1976 die Zahl ihrer politischen Gefangenen bekannt. Nach Jiang Jinguos Worten seien in den letzten drei Jahren wegen "Hochverrats" 95 Personen verurteilt worden, und zwar 21 i.J. 1974, 41 i.J. 1975 und 33 i.J. 1976. Insgesamt saßen "z.Zt." 254 Personen aus politischen Gründen im Gefängnis.³⁰

Amnesty International allerdings bezweifle diese Angaben und sprach von etwa 1.000 politischen Gefangenen;³¹ ein Jahr vorher noch hatte es die Zahl 8.000 ins Spiel gebracht³² - ein Zeichen für den unsicheren Informations- und Definitions(!)-Stand.

Der Grund für die überraschende Bekanntgabe war der Beschluß der amerikanischen Carter-Administration, an solche Länder keine Militärhilfe mehr zu leisten, die die Menschenrechte verletzen. Jiang Jinguo, der die obigen Zahlen bekanntgab, versäumte es denn auch nicht, darauf hinzuweisen, daß die Menschenrechte in Taiwan streng beachtet würden.

Rückblickend erscheinen die Fälle *Meilidao* und Yu Dengfa wie ein letztes Aufbäumen der Staatsmacht gegen die immer ungeduldiger auftretende Demokratiebewegung, deren Forderungen Bestandteil des Zeitgeistes geworden war und denen sich die Führung, wie sich schon bald zeigen sollte, auf die Dauer nicht länger verschließen konnte.

5.2.

Wirtschaft: Nach dem Take-off das Wirtschaftswunder

5.2.1.

Die Lage: Erfolge und neue Herausforderungen

Nach 1971/72 begann eine auf den ersten Blick paradoxe Entwicklung: Während nämlich der taiwanesischen Politik im diplomatischen Bereich der Boden unter den Füßen wegbröckelte, gewann sie bei der Wirtschaft ein um so solideres Fundament: Schaufelten doch bis 1975 ausländische Investoren nicht weniger als 1,2 Mrd. US\$ auf die Insel.³³ Gleichzeitig steigerte sich die Industrieproduktion zu atemlosem Tempo und erreichte 1978 den höchsten Zuwachs in der Geschichte des Landes - mit einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von sage und schreibe 25%.³⁴

Politische Verluste wurden m.a.W. durch wirtschaftliche Gewinne wieder wettgemacht, und auch das Vertrauen der Bevölkerung in die eigene Zukunft kehrte plötzlich wieder zurück.

Im Spiegel dieser Erfolge wirkten düstere Beijinger Propagandaprognozen aus dem Jahre 1974 geradezu grotesk. Die "erbarmungslose Konkurrenz ausländischen Kapitals" hieß es dort, stürze die Insel in eine "langanhaltende Stagnation" und lasse "die Produktion verfallen".³⁵ Hier war offensichtlich der Wunsch Vater des Gedankens.

Von wegen Verfall: Mit seinen wirtschaftlichen Erfolgen war Taiwan bereits Ende der siebziger Jahre zur wohlhabendsten Provinz geworden, die es wohl jemals in der chinesischen Geschichte gegeben hat. In Taipei-Stadt besaßen damals bereits 98% aller Haushalte einen Fernsehapparat, 61% einen Telefonanschluß, 70% eine Waschmaschine und 17% eine Klimaanlage. Der PKW-Anteil war allerdings mit 3,1% noch bescheiden, wohingegen 25% aller Einwohner bereits Motorräder besaßen.³⁶ Daß es sich bei alledem keineswegs nur um eine Scheinblüte handelte, bewies die weitere Entwicklung. Ende 1988 beispielsweise hatte das Pro-Kopf-Einkommen bereits 6.000 US\$ erreicht und war damit beinahe an den Stand führender Industrienationen herangekommen.

Schon jetzt hätte die Führung darüber nachdenken können, ob es nicht besser sei, sich künftig weniger mit der "Rückkehr" und dafür um so stärker mit dem "Wirtschaftswunder" zu legitimieren.

Für einen echten Chinesen gilt es freilich als ausgemacht, daß jeder Erfolg auch immer schon die Keime des Scheiterns, besser: die Gefahr des Entstehens neuer Probleme in sich birgt. Drei große Herausforderungen waren es denn auch, mit denen sich die Wirtschaft Taiwans schon gleich zu Beginn der 70er Jahre konfrontiert sah, nämlich die in den 50er Jahren eingeleitete und auch jetzt noch fortdauernde Arbeitsintensität der Produktion, die anfangs zwar der Arbeitslosigkeit vorgebeugt hatte, in deren Gefolge jetzt aber der Arbeitsmarkt leergesaugt war, zweitens der Infrastrukturrückstand im Energie- und Verkehrsbereich sowie nicht zuletzt die Verdüsterung des Außenwirtschaftsklimas im Gefolge der

ersten Ölkrise und der damit zusammenhängenden weltweiten Stagflation sowie des zunehmenden Protektionismus der Partnerländer, auf die Taiwan doch so sehr angewiesen war.

Darüber hinaus begann aber auch in der Landwirtschaft die Wirkung der Bodenreformspritze langsam nachzulassen.

Effizient wie die Regierung war, hatte sie all diese Gefahren rechtzeitig diagnostiziert und ein Therapieraster entwickelt, das sich nachträglich als höchst wirksam erwies, und das sich stichwortartig auf die Dreierformel außenwirtschaftliche Liberalisierung, Infrastrukturausbau und technologische Innovation bringen läßt.

5.2.2.

Die drei großen Antworten der neuen Wirtschaftspolitik

5.2.2.1.

Die Entwicklung der Außenwirtschaft zur Paradedisziplin

Für die Führung in Taipeh stand es bereits in den 60er Jahren fest, daß sich das Überleben der Inselwirtschaft langfristig nur sichern ließ, wenn es gelang, mit den Industrienationen nicht nur technologisch Schritt zu halten, sondern überdies die Außenwirtschaftsströme zu diversifizieren, d.h. erstens möglichst viele Partner zu gewinnen, also nicht nur bei Japan und den USA zu bleiben, und zweitens die Sicherheit der Handelsrouten, des technologischen Transfers und des Zugangs zu ausländischem Kapital zu erhalten.

Die Regierung handelte in diesem Sinne und konnte schon in kurzer Zeit Erfolge einfahren.

5.2.2.1.1.

Erfolgsbilanz

Zum Prunkstück der taiwanesischen Wirtschaft entwickelte sich gerade in den 70er Jahren der Außenhandel. Nie vorher und auch danach nie wieder konnten auch nur annähernd vergleichbare Zuwachsraten eingefahren werden; lagen doch die jährlichen Wertsteigerungen zwischen 1970 und 1980 zumeist bei rd. 30%, so z.B. von 1970 auf 1971 bei 32,9%, von 1971 auf 1972 bei 40,9%, von 1972 auf 1973 bei 43,3% und von 1973 auf 1974 sogar bei 51,7%. Dann jedoch schien der Erfolg plötzlich ins Gegenteil umzuschlagen:

Bedingt durch die Ölkrise gab es 1974 auf 1975 einen tiefen Einbruch von -10,7%, der jedoch im Zeitraum 1975/76 durch ein erneutes Wachstum von 40% wieder wettgemacht wurde. Erst in den 80er Jahren mußte sich Taiwan dann mit "bescheideneren" Zuwachsraten von zumeist unter 15% begnügen.³⁷

Hauptschwungrad der Wirtschaft waren zu dieser Zeit die Exporte, die von 59 Mrd. NT\$ i.J. 1970 auf 712 Mrd. i.J. 1980 hochschnellten, sich also verzehnfachten.³⁸

1970 war das letzte Jahr, in dem sich der Außenhandel in kontinuierlich³⁹ im Minus befand. Von 1971 an begann Taiwan nur noch Überschüsse zu erzielen, sieht man einmal von den zwei im Zeichen der Ölkrise stehenden Jahren 1974⁴⁰ und 1975 ab, in denen nochmals zwei leichte Rückschläge hingenommen werden mußten. Im übrigen aber bewegte sich das Wachstum der Überschüsse während der 70er Jahre zumeist in der Region zwischen +30 und +40%.⁴¹

Bereits 1979 bestritt Taiwan 1,1% des Weltexportvolumens und war damit auf Platz 24 der internationalen Bestenliste vorgerückt. Zum Vergleich: Die Bundesrepublik bestritt im gleichen Jahr 11,6%, die USA 12,1% und Japan 7% des gesamten Weltexports.

Bei den Weltimporten nahm Taiwan 1% des gesamten Einfuhrvolumens auf (die Bundesrepublik dagegen 10,5%, die USA 14,6% und Japan 7,4%).

Hand in Hand mit diesen Zuwachserfolgen nahm freilich auch - und dies war die Kehrseite des Erfolgs - die Abhängigkeit der taiwanesischen Volkswirtschaft vom Weltmarkt zu - eine Entwicklung, die vor allem bei den Ölkrisen schmerzhaft fühlbar wurde. Hatte das Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts zu den Exporten (= Güter + Dienstleistungen) i.J. 1970 noch 26% betragen⁴², so war es 1980 auf 47%⁴³ hochgeschellt.⁴⁴

Weltweit gab es damals nur zwei Volkswirtschaften, die noch etwas abhängiger als Taiwan waren, nämlich Puerto Rico und die Niederlande. Anders ausgedrückt: 1980 wurde nicht weniger als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts exportiert! Taiwan war damit zu einem Dynamo im ostasiatischen Kräftefeld geworden.

Bei der Zusammensetzung der Exporte gab es eine kräftige Verlagerung zugunsten der Schwerindustrie. War das Verhältnis zwischen Landwirtschaftsprodukten, verarbeiteten Agrarerzeugnissen und Industriegütern i.J. 1970 noch bei 8,6:12,8:78,6 gelegen, so hatten sich die Relationen 1980 bereits auf 3,6:5,6:90,8 verschoben.⁴⁵ Besonders gefragt auf dem Weltmarkt waren hierbei taiwanesisches Metallprodukte, Maschinen, Elektrogeräte und Transportausrüstungen.⁴⁶ Seit Mitte der 70er Jahre schlug auch der Export kompletter Fabrikanlagen immer gewinnträchtiger zu Buch, vor allem im Bereich der Zucker-, Zement-, Papier- und Seifenherstellung sowie der Plastikverarbeitung. Bei den Importgütern andererseits beschränkte sich Taiwan hauptsächlich auf die Einfuhr von Rohstoffen sowie von Investitionsgütern, während Konsumgüter fast bedeutungslos waren. Das Verhältnis zwischen den dreien lautete prozentual i.J. 1970 62,8:32,3:4,9, i.J. 1980 69:24,6:6,4.⁴⁷

Die drei Haupthandelspartner waren seit 1952 Japan, die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Hinzu kamen noch acht weitere Länder von Bedeutung, nämlich Australien, Hongkong, Singapur, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Saudi-Arabien und Korea. Mit diesen elf Volkswirtschaften wickelte Taiwan im Durchschnitt stets zwischen 80 und 90% seines gesamten Außenhandels ab, d.h. die ohnehin schon extrem abhängige Wirtschaft Taiwans konzentrierte sich noch ein weiteres Mal auf diese elf Länder.⁴⁸

Aus dieser Beengung suchte Taiwan schon in den 70er Jahren auszubrechen, als es nämlich seine Fühler zu einigen Ländern Osteuropas ausstreckte, denen gegenüber bisher aus anti-kommunistischen Erwägungen Berührungssängste bestanden hatten. Außerdem kam in den 80er Jahren der Handel mit der VR China hinzu, der allerdings auf dem Umweg über Hongkong erfolgte, und dessen schnell wachsendes Volumen den Stadtstaat schon bald auf die dritte Stelle der Handelspartner Taiwans vorrücken ließ, so daß die Bundesrepublik einen Platz zurücktreten mußte.

Bis 1963 waren die USA der Hauptlieferant Taiwans gewesen, wurden in dieser Rolle aber 1964 von Japan abge-

löst. 1967 wurden die USA zum Hauptabnehmer taiwanesischer Produkte und traten damit an die bisherige Stelle der Japaner.⁴⁹

Die ganzen 70er Jahre über bestritten die USA und Japan zusammen weitaus mehr als 50% des taiwanesischen Außenhandelsumsatzes.⁵⁰

Während der Außenhandel mit Japan für Taiwan seit 1956 ein kontinuierliches Defizit einbrachte, war er mit den USA seit 1968 ebenso kontinuierlich positiv, wobei die Überschüsse von 1976 an stets weit über 1 Mrd. US\$ lagen, bis sie 1980 sogar die 2 Mrd.-Grenze überschritten. Auch der Handel mit der Bundesrepublik fiel, von wenigen Jahren wie 1976, 1975 und 1982 abgesehen, fast immer positiv zugunsten der Inselwirtschaft aus.

Betrachtet man Taiwan im Kontext der internationalen Handelsströme, so diente die Insel als eine Art Konverter, der die Gewinne aus dem Handel mit den meisten anderen Partnern vor allem vier Ländern zuführte, nämlich den Japanern, den Saudis, den Kuwaitis und den Brasilianern,⁵¹ wobei Japan fortgeschrittene Industrieprodukte, die drei anderen Partner aber fast ausschließlich Rohstoffe lieferten.

Gegenüber Industrieländern wie den USA, der Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich erzielte Taiwan seine Überschüsse hauptsächlich durch seinen Lohn-, gegenüber Drittweltländern dagegen bereits durch seinen Technologievorsprung. Taiwan konnte nunmehr sogar die Volksrepublik China hinter sich lassen, und zwar mit einer Größenordnung von rd. 4,2 Mrd. US\$ i.J. 1971. Etwas spitz pflegten denn auch RCh-Politiker ihre ausländischen Partner gelegentlich zu fragen, weshalb sie sich denn eigentlich so sehr um den "Chikom" ("China-Kommunisten")-Markt bemühten, wo doch der Handel mit Taiwan soviel gewinnbringender sei.⁵²

Doch hatte Taiwan keinen Grund zur Klage; waren doch zwischen 1952 und 1974 bereits 2.103 Projekte im Gesamtwert von 1,28 Mrd. US\$ auf der Insel investiert worden.⁵³

Auch der Tourismus florierte in den siebziger Jahren. Bereits im Juni 1971 war beim Verkehrsministerium ein Staatliches Tourismusbüro eingerichtet

worden, dessen Arbeit schnell Früchte zu tragen begann. 1976 durchstieß der Tourismus auf Taiwan die Traummarke - oder sollte man sagen Schallmauer? - von einer Million Besucher innerhalb eines einzigen Jahres. Gefeierte wurde in diesem Zusammenhang ein Heidelberger Soziologieprofessor, der am 28.12. auf dem internationalen Flughafen in Taipei angekommen war.

5.2.2.1.2.

Gründe für den Erfolg

Die Antwort nach den Erfolgsgründen ist schnell gegeben: Quintessenz waren hier Flexibilität und unbürokratisches Verhalten im allgemeinen sowie Exportverarbeitungszone, organisatorisch-steuerlich-finanzielle Förderungsmaßnahmen und Diversifizierungsschachzüge im besonderen. Im einzelnen:

5.2.2.1.2.1.

Die Weiterentwicklung der Exportverarbeitungszone

Im Bereich der EVZen konnte man auf den bereits in den 60er Jahren errichteten Fundamenten weiterbauen, wobei die in einem Jahrzehnt gewonnenen Erfahrungen verwertet und die als erfolgreich getesteten Exportanreize noch einmal zusätzlich verfeinert wurden.

Vor allem kamen jetzt weitere EVZen hinzu, nämlich in Nanzi (Südtaiwan) und in Taizhong (Zentraltaiwan) mit Gesamtflächen von 88,4 bzw. 22 ha.

Bis 1978 hatten sich bereits 295 Betriebe mit einem Gesamtinvestitionswert von 241 Mio. US\$ in den drei EVZen in Gaoxiong, Nanzi und Taizhong angesiedelt, 67% der Summe kamen aus dem Ausland (38% davon aus Japan, 18% aus Europa und 13% aus den USA), 13% wurden von Überseechinesen und 17% von einheimischen Unternehmern beigesteuert. Das aus den EVZen exportierte Warenvolumen machte in den 70er Jahren rund 7% der taiwanesischen Gesamtexporte aus.

Damals begannen sich auch zahlreiche europäische Firmen für die EVZen zu interessieren, u.a. Grundig-Elektronik, Bauer und Sohn-Optik, Adidas-Sportwaren, Triumph-Frauenbekleidung, Nivea-Kosmetik (Bundesrepublik), ICI-Chemie (England) und Vespa-Motorräder (Italien).

Bis 1976 hatten sich in Gaoxiong 143 Betriebe, in Nanzi 105 und in Taizhong 44 Werke angesiedelt. 75 dieser Betriebe gehörten zur Elektroindustrie, 34 zur Kunststoffindustrie, 28 zur Metallverarbeitung und 22 zum Textilgewerbe - um hier nur die wichtigsten zu nennen.⁵⁴

Neben den EVZen entstanden bis 1979 noch zusätzliche "Industriezone", die sich von ihren Vorgängern vor allem durch verstärkte Spezialisierung unterschieden. So gab es nunmehr beispielsweise eine Petrochemie-IZ und eine Stahlerzeugungs-IZ, daneben aber auch immer noch eine Reihe von Allgemeinen IZen alten Stils. Viele dieser "Parks" wurden wegen Lärmbelästigung oder Umweltverschmutzung küstennah errichtet.

Sogar 10 "Agrarindustrialzone" entstanden jetzt, die möglichst gleichmäßig über das Land verteilt wurden.⁵⁵

Die EVZen, z.T. aber auch die IZen, hatten auf die taiwanesischen Umwelt eine zumindest dreifache Auswirkung:

- Da waren zunächst die in ihrer Quersumme beeindruckenden wirtschaftlichen und technologischen Vorteile: Von Januar 1966 bis Juli 1980 beliefen sich die Gesamtexporte aus den EVZen auf immerhin 6,4 Mrd. US\$, während die Importe nur 3,8 Mrd. ausmachten - ein Gewinn von 2,6 Mrd., und noch dazu in Devisen! Außerdem zogen die EVZen Ankoppelungs-, Beschäftigungs-, Technologietransfer- und Außenhandelsförderungseffekte nach sich. Bereits 1980 stammten beispielsweise rd. 30% aller Zulieferungen für EVZen aus taiwanesischen Quellen. Zur gleichen Zeit waren etwa 81.000 Personen in allen drei Zonen beschäftigt - 3% der industriellen Arbeitskraft Taiwans. Etwas zäher vollzog sich der Technologietransfer: Im allgemeinen wurden in Taiwan zunächst einmal nur Teile zusammengebaut, die aus anderen Ländern stammten und insofern nur bescheidene Transferwirkungen mit sich brachten. Diese Zurückhaltung der Partner hing nicht zuletzt damit zusammen, daß Taiwan sich damals noch beharrlich weigerte, Mitglied der Internationalen Konvention für den Schutz industriellen Eigentums zu werden. Langfristig freilich konnte die Zurückhaltung der Partner den technologischen Lernprozeß in Taiwan nicht aufhalten.

- Günstig waren auch die politischen Auswirkungen, insofern hohe Investitionen vor allem aus den USA und Japan bei den dortigen Kapitalgebern ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung des politischen Status quo hervorriefen. Je attraktiver Taiwan wirtschaftlich blieb, um so sicherer auch sein politischer Status - zumindest war dies das Kalkül der Regierung in Taipei.

- Es gab aber auch Schattenseiten, die schon bald Kritik hervorriefen, vor allem im sozialen Bereich: 85% aller in den EVZen beschäftigten Arbeitskräfte waren Frauen, die zumeist noch aus dem bäuerlichen Hinterland stammten und sich schnell in einer psychologisch schwierigen Situation wiederfanden. Nicht selten verpaßten sie beispielsweise in der von Frauenüberschuß gekennzeichneten Arbeits- und Wohnwelt das passende Heiratsalter und befanden sich damit in einer heiklen Situation, da die taiwanische Gesellschaft, konservativ, wie sie nach wie vor war, die Heirat und damit die Rückkehr in den Schoß der Familie nach wie vor als Maß aller Dinge betrachtete.

Sozialpolitisch nicht unproblematisch war auch die bereits erwähnte repressive Toleranz gegenüber Gewerkschaften, der die Überlegung zugrunde lag, daß die EVZen ihren Ruf als "Investitionsparadies" behalten und nicht wie Hongkong oder Malaysia in den Geruch von Streiks und Unruhen kommen sollten. Viele Konflikte blieben dadurch unter der Oberfläche und begannen dort krebbsartig auszuwuchern. Möglicherweise war dies einer der Gründe, warum nicht wenige Investoren bereits zu Beginn der 80er Jahre dazu übergingen, sich lieber wieder außerhalb der EVZ-Reservate niederzulassen.⁵⁶

5.2.2.1.2.2.

Kammern, Banken und Finanzämter als Geburtshelfer

Die schnellen Fortschritte im Außenhandel, aber auch im Investitionsbereich wurden u.a. von mehreren Dienstleistungsagenturen mitgetragen, die dafür sorgten, daß der Partner mit Informationen und Krediten versorgt, ja bisweilen auch verwöhnt wurde. Zu nennen sind hier vor allem drei Institutionen, nämlich die Kammern, die Banken und die mit Steuerbefreiungen oder -nachlässen geschmeidig hantierenden Finanzämter.

Kammern: Da waren erstens zwei Wirtschaftsförderungsagenturen, die nach rein kommerziellen Gesichtspunkten vorgingen und sich in ihrer Vorreiterrolle als außerordentlich effizient erwiesen.

- Am 1. Juli 1970 entstand der "China External Trade Development Council" (CETRA, chin.: ZHMG dui wai maoyi fachu xiehui), dessen Aufgabe es sein sollte, die internationalen Märkte zu durchdringen und Taiwan noch stärker als bisher in das Netzwerk der Weltwirtschaft einzuflechten, d.h. sowohl In-als auch Ausländern bei Ex- und Importgeschäften mit Rat und Tat kostenlos zur Seite zu stehen. CETRA führte von Anfang an Ausbildungsseminare durch, organisierte ein "Design and Packaging Department" und gründete in späteren Jahren zwei imposante Ausstellungsanlagen, nämlich das (1990 inaugurierte) "Taipei World Trade Center" (Taipei shimao zhongxin) und die "Sunghshan Airport Exhibition Hall".⁵⁷

CETRA beschäftigt, wie es in einer Selbstdarstellung⁵⁸ heißt, über 500 Spezialisten in Taiwan und hat die Aufgabe, "eine Brücke zwischen taiwanesischen Herstellern und ausländischen Importeuren zu schlagen". Zu diesem Zweck sollte sie Handelspartner vermitteln, ausländische Händler empfangen, Handelsinformationen verbreiten und Ausstellungen im In- und Ausland organisieren.

Bereits Mitte der siebziger Jahre hatte CETRA 33 Verbindungsbüros in aller Welt - seit 1989 übrigens auch in Düsseldorf und in Hamburg.

- 15 Monate, nachdem CETRA aus der Taufe gehoben war, entstand im September 1979 eine "Schwesterorganisation",⁵⁹ nämlich der "Far East Trade Service", der das Netz der CETRA durch zusätzliche Büros erweiterte.

Wenn die Außenwirtschaftsbeziehungen Taiwans nach dem "Nixon-Schock" von 1971/72 keinen Einbruch erlitten, sondern im Gegenteil sogar neuen Aufwind bekamen, so war dies zu einem nicht geringen Teil das Verdienst dieser beiden "Schwestern", die überall Kontakte anknüpften, ausländische Handelspartner mit Informationen und Publikationen geradezu überschütteten und ausländischen Geschäftsleuten bei

der Einarbeitung, bei der Bürobeschaffung, beim Ausfüllen von Formularen und bei der Verfrachtung halfen.

Beide Organisationen galten von Anfang an als "gemeinnützige und unabhängige Organisationen" und wurden, wie es offiziell heißt,⁶⁰ von taiwanesischen Firmen und Firmenverbänden "unterstützt". In Wirklichkeit handelt es sich hier um eine Art Zwangsabgabe von seiten taiwanesischer Exporteure in Höhe von 0,06% ihrer überseeischen Einkommen. Angesichts der Effizienz der beiden "Schwestern" hatte jedoch kein Exporteur Anlaß, über diese Abgabe zu klagen, vor allem kein Kleinunternehmer, der ja ohne Unterstützung von seiten der CETRA überhaupt nicht in der Lage wäre, direkt auf dem Weltmarkt aufzutreten.⁶¹

Es waren die informellen Kontakte der beiden "Schwestern", die Taiwan überall Anschluß finden, und die das Land auf dem außenwirtschaftlichen Parkett wesentlich einfallsreicher erscheinen ließen als auf dem internationalen.

Auf Anraten des CETRA ordnete das Wirtschaftsministerium am 30.11.1977 Maßnahmen zur Unterstützung von Firmenfusionen und zur Gründung von Außenhandelsgroßfirmen an, um endlich auch die Außenhandelsstrukturen modernen Erfordernissen anzupassen. Bisher war ja rd. die Hälfte des Exportwerts nicht von den Produzenten direkt, sondern von Handelshäusern - also indirekt - abgewickelt worden, wobei ausländische Firmen, vor allem japanische, den Absatz und den Kundendienst übernahmen. Warum aber sollten Ausländer dieses Geschäft machen? Einheimische Großfirmen mußten her, die im Konkurrenzkampf mithalten konnten! Taiwanesischen "Großhandelsfirmen" der neuen Kategorie mußten, um diesen Erfordernissen zu genügen, über ein reales Grundkapital von über 200 Mio. NT\$ verfügen und in der Lage sein, Zweigstellen im Ausland zu errichten.⁶²

Das erste "Großhandels"-Unternehmen des neuen Typs entstand im November 1978 unter der Firmenbezeichnung "Pan Overseas Corporation". Es war mit einem Grundkapital von 6 Mio. US\$ ausgestattet und kündigte an, bis spätestens 1981 ein Netz von 32 Filialen in aller Welt, vor allem aber in Südostasien aufzuziehen.⁶³

Banken: Eine zweite Maßnahme war die Verfeinerung der finanziellen Anreizinstrumente, die für einen harmonischen Dreiklang von Kapital-, Technologie- und Wissensintensität sorgen sollten.

Ganz im Gegensatz zur deutschen Praxis gab es in Taiwan lange Zeit keine Universal-, sondern nur Spezialbanken nach anglo-amerikanischem Muster, wobei es allerdings an einem genügend breiten Spektrum fehlte. Noch Ende der 60er Jahre beispielsweise existierten praktisch nur Depositenbanken, d.h. Geldinstitute, die kurzfristige Kredite vergaben, während an Handels- und Investitionsbanken, also an Instituten für die Vergabe mittel- und langfristiger Kredite, Mangel herrschte.

Hier bestand Handlungsbedarf. Im Mai 1969 erließ deshalb der Exekutiv Yuan die "Prinzipien zur Errichtung von Investment- und Trustbanken". Zwei Jahre später gab es bereits die ersten sieben Kapitalanlagebanken, u.a. die "Cathay Investment & Trust Co.", die "Taiwan First Investment & Trust Co.", die "Overseas Chinese Investment & Trust Co.", die "Taiwan Land Development Investment & Trust Corp." und andere Institute. Kapitalbanken durften, ganz im Gegensatz zu den Depositenbanken, keine Spareinlagen annehmen, sondern hatten sich hauptsächlich aus Eigenkapital und aus Krediten in- und ausländischer Partner zu finanzieren. Ferner mußten ihre Kredite über eine Laufzeit von mindestens einem Jahr vergeben werden.⁶⁴

Darüber hinaus wurden zwischen 1972 und 1980 insgesamt 13 ausländische und überseeische Banken zugelassen, darunter 7 aus den USA (u.a. die Chase Manhattan), eine aus Singapur, eine aus Kanada und drei aus Europa, darunter die britische "Singer and Friedlander Banking Corp.", die "Bank of Dutch" und eine Tochter der Deutschen Bank, nämlich die "Europe-Asia Bank".

Ferner wurden, beginnend mit dem Jahr 1976, zahlreiche Sparkassen in "Banken für den Mittelstand" umgewandelt. 1979 schließlich entstand die "Export and Import Bank of China".

Nicht wenig stolz war die wirtschaftspolitische Führung darauf, daß Taiwan, ganz im Gegensatz zu fast allen Ent-

wicklungsländern, nie ganz ins Schlepptau ausländischen Kapitals geriet. So hatten beispielsweise bei der Kreditgewährung i.J. 1979 die inländischen Banken einen Anteil von immerhin 75%, während sich die ausländischen Geldinstitute mit bescheidenen 5% begnügen mußten.⁶⁵

Auch die bisherigen Devisenregelungen bedurften einer Revision: Da die Währungen der Haupthandelspartner Taiwans, vor allem der US\$, im Zeichen der Ölkrise (1973 ff.) immer unberechenbarere Sprünge vollführten, sahen sich die Wirtschaftsplaner in Taipeh zu einer Revision ihrer bisherigen Devisenpolitik veranlaßt, die im wesentlichen darin bestanden hatte, den NT\$ starr an den US\$ anzubinden. Infolge dieser Koppelung hatte der NT\$ vor allem gegenüber der japanischen Währung ständig an Wert verloren, so daß die Einfuhr von Maschinen und anderen Investitionsgütern aus Japan schmerzhaft teuer wurde.

Die Regierung handelte und beschloß, den NT\$ vom US\$ abzukoppeln und ein flexibles Devisensystem einzuführen.⁶⁶ Das Zeitalter des Devisenmarkts wurde in Taiwan mit dem Erlaß der neugefaßten Devisenkontrollbestimmungen am 8.12.1978 eingeläutet. Von jetzt an war die US\$-Bindung aufgehoben. An ihre Stelle trat ein flexibles System mit Ober- und Untergrenzen des NT\$ gegenüber anderen Währungen. Die Floatingmargen sollten von Zeit zu Zeit, je nach Angebot und Nachfrage, von der Zentralbank neu festgelegt werden. Zuständig dafür war das "Foreign Exchange Trading Center", das sich im Februar 1979 als staatliches Lenkungsinstrument etablierte.

Bis Ende 1978 hatte noch eine allseitige Devisenkontrolle durch die Zentralbank gegolten, d.h., Devisen waren in jedem Fall abzuliefern und bei Bedarf neu zu beantragen.⁶⁷

Seit der Neuregelung entfiel die Ablieferungspflicht. Die Exporteure brauchten ihre Devisen nicht mehr bei den für ausländische Währungen zugelassenen Banken zu hinterlegen, sondern konnten sie direkt bei ihren Hausbanken einzahlen und nach Belieben wieder abheben. Auch die Banken durften jetzt untereinander Devisen handeln, nicht jedoch Privatpersonen! Wer keine Devisen auf der Bank hatte, mußte sie bei den für Devisen-

geschäfte zugelassenen Banken beantragen. Der Erwerb von Devisen für andere als außenhändlerische Zwecke war allerdings nach wie vor genehmigungsbedürftig. Insgesamt waren es bis 1980 25 Geldinstitute, die Devisengeschäfte abwickeln durften, darunter 12 einheimische und 13 ausländische Banken. Bis 1980 wurden 11 Währungen für den Devisenhandel zugelassen, darunter der US-Dollar, der Schweizer Franken und die DM, wobei allerdings der US-Dollar den Löwenanteil von nicht weniger als 96% des Devisenhandels bestritt.⁶⁸

Die 70er Jahre waren der Zeitraum, in dem sich das Finanz- und Kreditinstrumentarium Taiwans am schnellsten entfaltete. Bereits zu Beginn der 80er Jahre verfügte die Inselwirtschaft über ein hochentwickeltes Geldschöpfungs- und -verteilungswesen, mit dessen Hilfe die Wirtschaftsexpansion und die technologische Innovation flexibel finanziert werden konnte.

Welchen Grad von Anpassungsfähigkeit das Bankensystem bereits zu Beginn der 70er Jahre erreicht hatte, zeigte u.a. seine Reaktion auf den "Nixon-Schock": Schon wenige Wochen nach dem UNO-Austritt der RCh vom 25. Oktober 1971 z.B. verwandelte sich die seit 1904 in Staatshand befindliche "Bank von China" (Zhongguo yinghang) in ein privates Unternehmen und hieß von jetzt an "Chinesische Internationale Handelsbank" (ZG guojijiangye yinghang).⁶⁹

Taipei hatte damit rasche Konsequenzen aus einigen bitteren Erfahrungen gezogen, die es hatte sammeln müssen, als in mehreren Ländern, die mit der VRCh diplomatische Beziehungen aufnahmen, auch die dortigen Bankfilialen den "Besitzer wechselten" und von der RCh auf die VRCh übergingen - ein Beispiel dafür war Großbritannien.

Solchen "Transaktionen" pflegte Taipei jetzt zuvorzukommen. Da half es auch nichts, daß Beijing gegen die Privatisierungsmaßnahme protestierte⁷⁰ und darauf hinwies, daß es sich bei der Bank und ihren ausländischen Filialen sowie bei den Einlagen um "gestohlenes Volkseigentum" handle, das an das "chinesische Volk zurückgegeben" werden müsse.

Eine dritte Maßnahme, die ausländisches Investitionsinteresse wecken sollte, war steuerlicher Art: Am 19.9.1974

wurden die Bestimmungen zur Investitionsförderung durch neue Anreize steuerlichen Charakters garniert. Danach mußten Firmen, die seit dem 31.12.1973 in Betrieb gegangen waren, weniger als 25% an Steuern bezahlen, falls sie technologie- oder kapitalintensiv investierten. Ferner sollten künftig alle Aktiendividenden steuerfrei bleiben, soweit sie für Reinvestitionen verwendet würden.⁷¹ Zusätzlich setzte der Gesetzgebungsyuan am 25. Mai 1979 die Umsatzsteuer für alle Güter und Rohstoffe herab, die für Exportproduktion bestimmt waren.⁷²

5.2.2.1.2.3.

Außenwirtschaftliche Diversifizierung
Mitte der 70er Jahre war die taiwanische Wirtschaft auch mit ihrer Diversifizierungspolitik ein Stück weiter vorgekommen. Stets von dem Wunsch getrieben, die einseitige Abhängigkeit gegenüber Japan und den USA zu lockern, war sie hauptsächlich in die westeuropäischen Märkte hineingestoßen und hatte ihre Exporte dorthin bereits 1974 gegenüber dem Vorjahr um nicht weniger als 51,2%, ihre Importe aus Europa sogar um 154,9% erhöht.⁷³

Nach dem Carter-Schock wiederholte sich dieser "Umschaltungsprozeß" ein zweites Mal, insofern nämlich Taiwans Europaexporte in den ersten vier Monaten d.J. 1979 gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahrs um 40,3% und die Importe von dort um 42,1% ruckartig angehoben wurden.⁷⁴

Im November 1979 faßte Taibei dann den Grundsatzbeschuß, seine Außenwirtschaftsbeziehungen auch auf die Länder Osteuropas auszudehnen, die bis dahin aus prinzipiell antikommunistischen Erwägungen als Tabuzone gegolten hatten.⁷⁵

Auch mit der Neueröffnung von Flugrouten nach Europa kam die "Taiwan GmbH" nach anfänglichen Schwierigkeiten zurecht; zwar scheiterten Verhandlungen mit größeren Firmen, wie z.B. der Lufthansa,⁷⁶ doch kam es dann überraschend zu Luftverkehrsabkommen mit der Lux Air (Juni 1978) und der niederländischen Martinair (Februar 1983), so daß die CAL (China Air Lines) nun gleich zwei Anflugschneisen nach Europa hatte, nämlich nach Luxemburg und nach Amsterdam.

5.2.2.1.2.4.

"Ausgleichspolitik" gegenüber den Handelspartnern

Taiwan, das sich außenpolitisch in einer heiklen Situation befand, legte - anders als beispielsweise Japan - seit Beginn seiner Außenhandelsoffensive Wert darauf, daß keiner seiner Handelspartner in tiefrote Zahlen geriet. Eine "Beggar your Neighbour"-Mentalität sei den Taiwanesen fremd, hieß es immer wieder. Vor allem galt es, sich mit dem wichtigsten Verbündeten, den USA, gutzustellen, die ja, wie erwähnt, gegenüber Taiwan zunehmend ins Defizit gerieten.

Bereits zwischen 1974 und 1976 führte Taiwan daher aus den USA 6 Mio.t Getreide im Werte von 800 Mio.US\$ ein. (Darin zeigte sich übrigens auch eine Umstellung der Ernährungsweise von Reis auf Weizen. Die damals rd. 16 Millionen Einwohner verbrauchten jährlich 7-8 Mio.t Getreide, von denen weit über die Hälfte importiert werden mußte.⁷⁷)

Mitte der 70er Jahre begann außerdem eine Praxis, die für Taiwan fortan typisch werden sollte, nämlich die Entsendung von Einkaufsdelegationen in Länder, die gegenüber der Insel verschuldet waren. Allein 1978 reisten drei solche Delegationen in die USA und bestellten dort Waren für 1,55 Mrd.US\$; sie sollten von da an, wie sich schon bald zeigte, unter einen elementaren Wiederholungszwang geraten, zumal die Inselwirtschaft im gleichen Jahr gegenüber den Vereinigten Staaten einen Exportüberschuß von 1,96 Mrd. erzielt hatte.⁷⁸

Ähnliche Delegationen schwärmten im Lauf der nächsten Jahre auch nach Europa aus.

5.2.2.1.2.5.

Vermeidung "lateinamerikanischer Fehler"

Zur Exportförderung hätte es theoretisch durchaus auch eine Alternative gegeben, wie sie beispielsweise von zahlreichen lateinamerikanischen Ländern durchexerziert worden war, nämlich die "Vertiefung" und "vertikale Integration" der Industriebetriebe auf dem Binnenmarkt.

Da aber ein solches Verfahren, das ja technologie- und kapitalintensiv zu sein pflegt, für die einheimischen Betriebe in aller Regel nicht finanzierbar war,

mußten wohl oder übel multinationale Gesellschaften herangezogen werden, die sich verständlicherweise am Gewinn ihrer eigenen Firmen und nicht an den Interessen des Gastlands orientierten. Da die Bevölkerung nicht nur von der Mitarbeit an diesen hochintegrierten Betrieben, auch von ihren Einkünften ausgeschlossen blieb, kam es zu "linken" Protesten und - als Antwort darauf - zu militärisch-autoritären Reaktionen der einheimischen Regierungen, deren Ziel es war, weiterhin für ein "investitionsfreundliches Klima" zu sorgen, notfalls auch um den Preis repressiver Maßnahmen gegen Gewerkschaften oder gegen sozialrevolutionäre Bewegungen.

Auch in Taiwan hatte es eine Zeitlang Überlegungen zu einer "industriellen Vertiefung" gegeben, die sich an einigen Stellen zwar in der Praxis niederschlugen, so z.B. in Form eines integrierten Stahlwerks in Gaoxiang, die im großen und ganzen aber die Ausnahme blieben, da sich am Ende die Strategie der Exportförderung in breiter Front durchsetzte.⁷⁹

5.2.2.2.

Ausbau der Impulszone Infrastruktur
Die zweite große Errungenschaft der 70er Jahre bestand in einem zügigen Ausbau der Infrastruktur, die vor allem aus drei Gründen großformatig ausfiel:

Zum einen zeigte sich hier erneut der Weitblick der Wirtschaftsplaner, zweitens verlangte der industrielle Innovationsschub mehr Elektrizität, leistungsfähigere Straßen und dichtere Kommunikationsnetze; drittens aber hatte die Ölkrise (1973 ff.) zu einem plötzlichen Erlahmen des Investitionswillens geführt. In dieser Situation der Ernüchterung und Zurückhaltung beschloß die Regierung, in die Bresche zu springen und durch großzügige Infrastrukturvorhaben die Nachfrage anzukurbeln, sei es nun im Energie-, Verkehrs-, Gesundheits-, Schul- und Kommunikationswesen oder aber im sozialen Wohnungsbau und in der Landwirtschaft.

Dies war die Geburtsstunde der "Zehn wichtigen Projekte" (shi xiang zhongyao jianshe), die 1971 in Angriff genommen wurden. Sechs dieser Projekte lagen im Bereich des Transportwesens und betrafen den Bau der Nord-Süd(sog. Sun Yixian)-Autobahn, die

Elektrifizierung der Nord-Süd-Eisenbahn, den Bau der Nordring-Eisenbahn (also des ersten Teilstücks des später einmal um die ganze Insel herumzuführenden Eisenbahn-rings), die beiden internationalen Häfen in Taizhong (Mittleres Westtaiwan) und Su'ao (Nordosttaiwan) sowie den Jiang Zhongzheng-Flughafen in Taoyuan bei Taibei.

Drei weitere Projekte sollten der Schwer- und Chemieindustrie zugute kommen, nämlich ein vollautomatisiertes Stahlwerk in Gaoxiong, eine Großschiffswerft ebenfalls in Gaoxiong und ein petrochemischer Komplex in Taoyuan.

Letztes Projekt war ein Kernkraftwerk, das die bisherigen Engpässe in der Stromversorgung beseitigen sollte.

Effizienz wurde auch jetzt zum Markenzeichen. Es dauerte nur acht Jahre, ehe die letzten Projekte, die 1971 begonnen worden waren, im Dezember 1979 ihrer Bestimmung übergeben werden konnten. Schon 1978 beispielsweise konnte der Autofahrer auf der neuen Sun Yixian-"Rennbahn" von der nördlichen Hafenstadt Jilong bis zum südlichen Hafen von Gaoxiong in einem Zuge durchfahren.

Auch beim Stromverbrauch gab es jetzt keine Engpässe mehr. Nach Fertigstellung des ersten KKW (30.3.1978) konnten bereits 1979 insgesamt 37,8 Mrd.kWh Strom erzeugt werden, davon 27,3 Mrd. von Thermo-, 4,5 Mrd. von Hydro- und 6 Mrd. von Kernkraftwerken. Allein die Industrie bediente sich aus diesem Angebot mit 26,8 Mrd.kWh.⁸⁰ 1971, als die Zehn großen Projekte in Angriff genommen wurden, hatten nur 15,1 Mrd.kWh zur Verfügung gestanden.⁸¹ Die Aufwärtsentwicklung ging schnell weiter. Mitte der 80er Jahre hatten mehr als 99% aller Haushalte und Geschäftsbetriebe Stromanschluß.⁸²

Auch die Verkehrsinfrastruktur hatte einen gewaltigen Sprung vorwärts getan, wengleich die Erweiterung des Eisenbahnstrecken- und Autobahnnetzes ständige Bodenverluste zur Folge hatte, da vor allem die Autobahnen mitten durch die fruchtbarsten Landstriche im Westen der Insel gelegt wurden.

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur führte nicht nur zu leistungsfähigeren Einrichtungen, sondern auch zu einem

Ausgleich zwischen den Regionen. Durch die Anlegung zusätzlicher Häfen wurde beispielsweise der Vorsprung Gaoxions wieder etwas eingeholt. Von den 260,5 Mio.t Fracht, die 1987 in den internationalen Häfen Taiwans gelöscht wurden, entfielen auf das südliche Gaoxiong 160,5 Mio., auf das nordöstliche Jilong 79,9 Mio., auf das an der Westküste gelegene Taizhong 11,9 Mio., auf das östliche Hualian 4,5 Mio. und auf Su'ao, den nordöstlichen Entlastungshafen Jilongs, 3,7 Mio. Mitte der 80er Jahre auch avancierte Gaoxiong zu einem der größten Häfen Asiens und zum zweitgrößten Containerhafen der Welt nach Rotterdam.

Am 21.Februar 1979 wurde der neue, nach Jiang Jieshi benannte Zhongzheng-Flughafen bei Taibei eingeweiht - eine der schönsten und auch von ihrem Baumaterial her aufwendigsten Anlagen dieser Art in ganz Asien, der überdies auf der Hauptflugroute zwischen Tokyo und Hongkong liegt. Im Vergleich zum "Chiang Kai-shek-Airport" wirkten die damaligen Flughäfen von Beijing und Shanghai wie Landfelder für den Agrarflugzeugbetrieb. Taibei wußte, was es seinem "Gesicht" schuldig war.

Mit den "Zehn Projekten" war ein Doppelziel verbunden, nämlich zum einen die Infrastruktur für die 80er und 90er Jahre zu schaffen, zum anderen aber in einem Konjunktural "die Pflerde wieder zum Saufen zu bringen".

Beide Ziele wurden erreicht. Vor allem bekam Taiwan einen soliden Unterbau für weitere Wirtschaftserfolge - und stand insofern wesentlich günstiger da als beispielsweise der alte Konkurrent Südkorea.

Die Gesamtkosten der Investitionen beliefen sich auf 7,48 Mrd.US\$ und machten während der Jahre 1973 bis 1979 durchschnittlich 7% der gesamten Regierungseinnahmen aus. Da das Geld in einer Zeit der Konjunkturlaute verausgabt wurde, zog es keine Inflation nach sich, sondern trug im Gegenteil zur Wiederbelebung der Wirtschaft bei.⁸³

So erfolgreich waren die "Zehn Projekte", daß die Regierung 1978 gleich weitere "Zwölf Entwicklungsprojekte" (shier xiang jianshe gongcheng) und 1985 "Vierzehn Schlüsselprojekte" folgen ließ.

Für die "Zwölf neuen Projekte" fiel der Startschuß bereits im Juli 1978. 218 Mrd.NT\$ (= 5,71 Mrd.US\$) konnten diesmal verbaut werden. Geplant waren (1) die Vollendung des Eisenbahn-rings um die ganze Insel, (2) drei neue Ost-West-Fernstraßen, (3) die Verbreiterung der südtaiwanesischen Fernstraße Pingdong-Eluanbi auf vier Fahrstreifen, (4) die Verlängerung der Sun Yixian-Autobahn von Fengshan nach Pingdong, (5) der Ausbau des Hafens von Taizhong, (6) die Kernkraftwerke Nr.2 und 3, (7) der Ausbau des Stahlwerks von Gaoxiong, (8) die weitere Mechanisierung der Landwirtschaft sowie (9) der Bau verbesserter Be- und Entwässerungsanlagen, (10) Fluß- und Küstendeiche, (11) Städteplanung und Wohnungsbau sowie (12) eine Reihe von Kulturzentren. Von der Gesamtsumme in Höhe von 5,71 Mrd.US\$ sollten 1,5 Mrd. auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgenommen, der Rest aus Krediten und Haushaltsmitteln finanziert werden.⁸⁴

5.2.2.3.

Technologisierung, Schwerindustrialisierung und weitere Privatisierung
Technologische Innovationen konnte die Regierung nur in solchen Betrieben fördern, wo sie auch für das Management zuständig war, nämlich in den Staatsunternehmen. Im übrigen jedoch mußte sie sich darauf beschränken, günstige Rahmenrichtlinien zu setzen, wobei sie sich, wie schon in der Außenwirtschaft, wieder hauptsächlich steuerlicher und finanzieller, aber auch regionalstrukturfördernder und pädagogischer Mittel bediente.

Zahlreiche steuerbezogene Gesetze wurden in den 70er Jahren entweder neu erlassen oder aber novelliert, darunter das Gewerbesteuer-, das Importzoll-, das Grundsteuer- und das Einkommensteuergesetz sowie eine Reihe von Investitionsbestimmungen.

Steuerlich begünstigt wurden vor allem solche Betriebe, die entweder technologische Innovationen einführten oder die ihre Produktion dadurch optimierten, daß sie mit anderen Betrieben Fusionen eingingen, oder die mit Rohmaterialien und Energie besonders sparsam haushalteten.

Da auch ausländische Investoren nach solchen Kriterien bevorzugt wurden, ergab sich hier ein der technologischen Innovation günstiger Synergieeffekt.

Die Erfolge stellten sich schon bald ein: insgesamt wuchs die warenproduzierende Industrie zwischen 1971 und 1979 jährlich um durchschnittlich 13,9%, wobei der Sektor "Präzisionsmaschinen" mit 59,1% Spitzenreiter war - gefolgt von der "Chemie" (21,4%), "Elektrik und Elektronik" (21,1%), "Lederwaren" (20,5%) und "Fahrzeuge" (19%).⁸⁵

Besonders rasant vollzog sich die Aufwärtsentwicklung der Schwerindustrie. Hatte sie an der gesamten warenproduzierenden Industrie i.J. 1960 nur einen Anteil von 40% und 1970 von 46% bestritten, so lag sie 1979 bereits bei 56%.⁸⁶ Da der Begriff "Schwerindustrie" etwas diffus ist, sollte man darauf hinweisen, daß wirklich "schwere" Projekte erst in den *späten* 70er Jahren anliefen. So ging beispielsweise im Februar 1977 die Großwerft von Gaoxiong, die erste ihrer Art auf Taiwan, unter dem Namen "China Shipbuilding Corp." in Betrieb. Kurz vorher war bereits im Auftrag einer US-Firma der 445.000 t schwere Tanker "Burmah Endeavour" auf Kiel gelegt worden,⁸⁷ das damals drittgrößte Schiff der Welt, das bereits im Mai 1977 vom Stapel laufen konnte.

Ebenfalls im Februar 1977 und gleichfalls in Gaoxiong nahm das Eisen- und Stahlwerk der am 2. November 1971 gegründeten "China Steel Corp." seine Arbeit auf. Wenige Wochen später, im Mai 1977, öffnete die Erdölraffinerie der "Chinese Petroleum Corp." in Taoyuan ihre Pforten.

Mit diesen drei Mammutprojekten war das Zeitalter der Schwerindustrie auf Taiwan definitiv eingeläutet.

Neben der technologischen Intensivierung und der Schwerindustrialisierung begann sich zwischen 1978 und 1979 noch ein dritter Trend abzuzeichnen, nämlich die Zunahme der Privatbetriebe. Waren die staatlichen Unternehmen i.J. 1970 am Gesamtproduktionswert (zu Preisen von 1981) noch mit 27,7% beteiligt, so mußten sie sich 1979 mit nur noch 21,1% begnügen. Umgekehrt hatte sich der Anteil der Privatunternehmen von 72,3% auf 78,9% gesteigert.⁸⁸

Sieht man einmal von den "unaufholbar davongeeilten" Zuwachsraten der Außenwirtschaft ab, so gehört das Wachstum der Industrieproduktion mit

zu den beeindruckendsten Leistungen der Inselwirtschaft - es betrug, wie oben erwähnt, zwischen 1971 und 1979 jährlich 13,9%.

Allerdings liefert diese Pauschalangabe ein etwas zu glattes Bild; denn der Gesamtverlauf war mehr als ungleichmäßig. Vor allem bei den beiden Ölkrisen in den 70er und 80er Jahren gab es katastrophale Einbrüche, so z.B. 1975 (gegenüber dem Vorjahr) -4,5%. In den darauffolgenden Jahren schnellte die Kurve zwar wieder nach oben (1976: 23,3%, 1978: 22,5%), brach jedoch 1982 erneut ein, diesmal auf -0,9%.⁸⁹: erneut ein Zeichen für die hochgradige Abhängigkeit Taiwans von den Schwankungen der Weltkonjunktur. Die Erkenntnis war nicht länger von der Hand zu weisen, daß Taiwan künftig aufblühen würde, sobald die Sonne schien, daß es sich schnell aber auch eine Lungenentzündung holen konnte, wenn Regen fiel.

Dies galt übrigens nicht nur für die Industrie, sondern auch für die immer mehr sich industrialisierende Landwirtschaft - ein weiteres Charakteristikum der neueren Wirtschaftsentwicklung.

Angesichts dieser Gefährdung mußte sich das Auge jedes Wirtschaftspolitikers - und eigentlich auch jedes weit-sichtigen Unternehmers - mehr oder weniger magisch zum chinesischen Festland hingezogen fühlen: lag dort nicht ein riesiges "Hinterland", wie es von der inzwischen schon fast unter Überproduktionskrisen leidenden Inselwirtschaft benötigt wurde, und dessen Aufnahmefähigkeit umgekehrt dazu beitragen konnte, Taiwan vom Weltmarkt unabhängiger zu machen!? Der Festlandsmarkt mußte um so verlockender erscheinen, als sich die Volkswirtschaften diesseits und jenseits der Taiwanstraße auf geradezu ideale Weise ergänzen konnten. Was wäre auf die Dauer stärker - die wirtschaftlichen Anziehungs- oder aber die politischen Abstoßungskräfte?

5.2.3.

Marginalisierung der Landwirtschaft? Der Bauer - ein Bürger zweiter Klasse?

Zu Beginn der 70er Jahre zeigte die Landwirtschaft Schwächemomente: die bäuerliche Bevölkerung war zurückgegangen, und die auf den Höfen beschäftigten Arbeitskräfte setzten sich

immer mehr aus Frauen und älteren Männern zusammen, während die Jugend, vor allem der männliche Nachwuchs, in die städtischen Industrie- und Dienstleistungsbetriebe abwanderte, wo wesentlich höhere Gehälter und interessantere Beschäftigungen lockten. Bereits 1963 auch hatte die Industrie, was ihren Anteil am Nettoinlandsprodukt anbelangt, die Landwirtschaft hinter sich gelassen.⁹⁰ Seitdem war der Landwirtschaftsanteil immer mehr geschrumpft.⁹¹

Im Ausgangsjahr der nachjapanischen Statistik (1952) hatte das Verhältnis zwischen Beschäftigten im Primär-:Sekundär-:Tertiärbereich bei 56,1:16,9:27 gelegen. Zehn Jahre später (1962) lauteten die entsprechenden Werte 49,7:21:29,3, zwanzig Jahre später (1972) 33:31,8:35,2 und dreißig Jahre später (1982) 18,9:41,2:39,9.⁹² Taiwan war m.a.W. aus dem vorindustriellen Zeitalter der frühen 1952er Jahre in den Zustand der Hochindustrialisierung übergegangen.⁹³

Die Peripetie im Beschäftigungsverhältnis zwischen Landwirtschaft und den beiden Konkurrenzsektoren trat beim Tertiärbereich 1971 ein, als nämlich beide mit 35% gleichauf lagen, und bei der Industrie i.J. 1973, als die Landwirtschaft plötzlich nur noch 30,5%, die Industrie dagegen 33,7% aller Beschäftigten auf sich vereinigte. 1988 schließlich überholte außerdem der Tertiärssektor erstmals den Industriesektor. Damit war in Taiwan der Startschuß zu einer postindustriellen Gesellschaft gefallen.⁹⁴

Die Verschiebungen im Beschäftigungsbereich wirkten sich auch auf den Anteil der Landwirtschaft am Nettoinlandsprodukt (= BSP minus Außenwirtschaft) aus: hatte dieser 1952 noch 36% betragen (Industrie: 18%, Dienstleistungen: 46%), so war er 1979 auf 10,4% (bzw. 45,1:44,5) zusammengeschrumpft und 1988 sogar auf nur noch 6,1% (bzw. 46,2:47,7).⁹⁵

Der Rückgang der Landwirtschaftsbevölkerung hing nicht nur mit der Abwanderung zur Industrie und zu Dienstleistungsberufen, sondern auch mit der damit unmittelbar verknüpften Landflucht zusammen - ein Warnsignal für die Regierung und zugleich auch ein Fingerzeig zur Rückbesinnung auf das Dorf, das offensichtlich attraktiver werden mußte.

Zwar hatte sich das durchschnittliche bäuerliche Einkommen zwischen 1953 (am Ende der Bodenreform) und 1988 verdoppelt, so daß die Bauern Taiwans, an asiatischen Verhältnissen gemessen, zu den Großverdienern gehörten und ja auch schon weitgehend mit Motorrädern, Farbfernsehern, Kühlschränken, Waschmaschinen und Telefonen versorgt waren.

Doch wurden andererseits die Wachstumsraten der Landwirtschaft von denen der Industrie weit in den Schatten gestellt, so daß ein Stadt-Dorf-Gefälle zu entstehen drohte - und dies wäre das letzte gewesen, was die GMD sich hätte wünschen können.

Während der Zuwachs in der Industrie beispielsweise zwischen 1953 und 1962 bei durchschnittlich 11,7%, zwischen 1963 und 1972 bei 18% und zwischen 1973 und 1988 immerhin auch noch bei 9,3% lag, gab es in der Landwirtschaft lediglich Zuwächse in Höhe von 5 bzw. 4,9 bzw. 3,2%.⁹⁶ Mitte der 80er Jahre lag das Einkommen des Durchschnittsbauern bei nur 70% des durchschnittlichen Stadtbewohners.

Verursacht war dieser wachsende Rückstand durch Effizienzdefizite, die wiederum eine Folge zu kleiner Bodenflächen, unzureichender Mechanisierung und nicht zuletzt auch der bereits erwähnten Schiefelage waren, daß nämlich auf den Höfen zumeist nur ältere Männer oder Frauen zurückblieben, während die jüngere Generation, vor allem die Männer, in die attraktiveren städtischen Betriebe abwanderte.

Aus diesen Mängeln ergaben sich drei klare Therapievorgaben, nämlich Mechanisierung, Zusammenschluß landwirtschaftlicher Minibetriebe zu leistungsfähigeren Einheiten und Erhöhung der Lebensqualität auf den Dörfern. Auf keinen Fall wollte die Regierung das durch die Bodenreform verscheuchte Gespenst des alten Stadt-Dorf-Dualismus wieder hochkommen lassen.

Ein höherer Mechanisierungsgrad und eine attraktivere Ausgestaltung der Dörfer ließe sich, wie die Regierung hoffte, mit finanziellen Mitteln erreichen.

Zu diesem Zweck wurden zunächst einmal die Landwirtschaftssteuern gesenkt und, zweitens, neue Subventio-

nierungsmethoden eingeführt: Jahrelang hatte die Regierung ein "verstecktes" Subventionssystem praktiziert, indem sie den für ihre Staatsangestellten und Soldaten benötigten Reis bei den Erzeugern nicht mit Geld aufkaufte, sondern ihn gegen Düngemittel erkaufte. Dieses "Reis-Düngemittel-Tauschsystem" wurde 1973 durch ein "System des garantierten Reismindestpreises" ersetzt, das den Subventionscharakter erstmals offen ans Tageslicht kommen ließ. Da der garantierte Mindestpreis im allgemeinen über dem Marktpreis lag, verkauften die Bauern ihren Reis lieber an die Regierung als an Privathändler - pro Jahr durchschnittlich rd. 0,4 Mio.t. Da auch die Bodensteuer nicht in Geld, sondern in Form von Reis eingezogen wurde, verfügte die Regierung über genügend Masse, um den Reispreis zum Wohle der Bauern beeinflussen zu können.

Drittens wurden im März 1970 die Preise für die (vom Staat monopolisierten) Düngemittel gesenkt. Viertens erhielten die Bauern "weiche" Kredite, die den "landwirtschaftlichen Investbau" fördern sollten. Zu diesem Zweck erließ die Provinzverwaltung parallel zu den seit 1953 laufenden zentralen Vierjahresplänen einen Zehnjahresplan, der sich von 1965 bis 1974 erstreckte und die Ziele Bewässerung, Flutkontrolle und Mechanisierung in den Mittelpunkt stellte.

Weitere Anreize gingen von den bereits erwähnten "Agrarindustrialzonen" für Sojabohnen, Mais, Mangos, Bananen, Blumen, Tee, Seidenraupenzucht, Fischzucht und Milchkühe aus.

Hand in Hand damit wurden die Erbfolgebestimmungen neu gefaßt und eine landesweite Flurbereinigung in Angriff genommen.⁹⁷

Wie aber ließ sich das dritte Hauptziel erreichen, nämlich die bäuerlichen Haushalte zu Großbetrieben zusammenzufügen? Angesichts der winzigen landwirtschaftlichen Betriebsflächen (pro Bauernfamilie waren es 1952 1,29 ha, 1988 dagegen nur noch 1,22 ha),⁹⁸ war eine grundlegende Modernisierung nur dann erfolversprechend, wenn die Landwirte sich zusammenschlossen. Eine Zwangskollektivierung nach festländischem Muster kam dafür auf Taiwan freilich von vornherein nicht in Betracht. So stellte sich also erneut die Genossenschafts-

frage, die sich bereits in den 50er Jahren erhoben hatte (dazu C.a., Mai 1990, S.384 f.), ohne daß die Bewegung damals bereits den nötigen Schwung entfaltet hätte. Hier war offensichtlich ein neuer Anlauf nötig. Als Hebel dienten auch jetzt wieder finanzielle Anreize, die für eine - wie es hieß, "gemeinsame Bewirtschaftung von Ackerland" in Aussicht gestellt wurden. Schon bald sollte sich zeigen, daß die Regierung mit dieser Politik auf die richtige Karte gesetzt hatte; denn das Genossenschaftswesen schoß kräftig ins Kraut: es entwickelten sich Bauern-, Bewässerungs- und Fischereiverbände sowie Genossenschaften mit den verschiedensten Zielsetzungen. Hierbei konnten die modernen Verbände aus dem Organisationspotential schöpfen, das der traditionellen chinesischen Danwei(Grundeinheiten)-Struktur innewohnt, und das eine kraftvolle zelluläre Autonomisierung im Dorfframen begünstigt.

Bis Mitte 1987 gab es in Taiwan 268 Bauernverbände auf Gemeinde- und 21 auf Kreis-/Stadtebene, die gemeinsam einem Provinzialverband (mit zusammen 1,4 Millionen Mitgliedern) unterstanden. Daneben hatten sich Verbände auch in den beiden provinziellen Städten gebildet. Taibeiberbergte beispielsweise zehn Stadtbezirks-Bauernverbände und einen Dachverband, die Stadt Gaoxiong je einen Bezirks- und einen Stadtverband.

Aufgabe dieser genossenschaftlichen Zusammenschlüsse war es, die Bauern mit verbilligten Geräten, Düngemitteln und Saatgut zu versorgen, ihnen beim Absatz der Ernte zu helfen, Nebenerwerbsprogramme anzukurbeln und sie vor allem zur gemeinsamen Bodennutzung zu motivieren.

Welche Organisationsdichte die taiwanische Bauernschaft erreichte, zeigte sich auch darin, daß bis 1987 zusätzlich zu den Bauernverbänden noch 17 Bewässerungsverbände mit zusammen 900.000 Mitgliedern und 38 Fischereiverbände mit etwa 247.000 Mitgliedern entstanden waren.⁹⁹

5.2.4. Zwischenbilanz

5.2.4.1.

Was hatte sich geändert und was war gleich geblieben?

Noch zu Beginn der 60er Jahre waren für Taiwans Wirtschaft vier Eigenschaften charakteristisch gewesen,

nämlich (1) ein hoher Anteil an staatlicher Industrie, (2) ein Finanzierungsmodus für den Industriesaufbau, der hauptsächlich aus drei Quellen, nämlich aus Beiträgen der Regierung, der Privatwirtschaft und der USA schöpfte, (3) eine führende Rolle der Lebensmittelveredelung und (4) eine hochgradige Abhängigkeit der Industrie von importierten Rohmaterialien.

Bis Ende der 70er Jahre hatten sich diese ursprünglich so holzschnittartig ausgeprägten Merkmale z.T. verflüchtigt: der Einfluß der öffentlichen Hand war geringer geworden, die Finanzierung der Entwicklung erfolgte nun größtenteils aus der Privatwirtschaft, und mit dem Rückgang der Landwirtschaft an der Gesamtproduktion hatte auch die Lebensmittelveredelung mit einem bescheideneren Platz vorlieb nehmen müssen. Lediglich die Rohmaterialienfrage brannte nach wie vor auf den Fingern - jetzt sogar stärker noch als früher: Erzfunde existierten praktisch nicht, die Kohleförderung war - nach einer Reihe schwerer Grubenunglücke und wegen zu hoher Förderungskosten - bis zur Bedeutungslosigkeit zurückgegangen, und auch die Hoffnungen auf eigenes Erdöl hatten sich nicht erfüllt. Zwar hatten sich an der Westküste Taiwans einige Lager finden lassen, deren Ausbeute jedoch eher ein Tropfen auf dem heißen Stein war.¹⁰⁰

Taiwan befand sich m.a.W. in einer ähnlichen Situation wie die Bundesrepublik Deutschland oder Japan: es war abhängig von Rohstoffimporten und auf der anderen Seite von Fertigwarenexporten. Es mußte sich also im wesentlichen auf die Tüchtigkeit seiner Bevölkerung verlassen.

Unverändert geblieben waren auf der anderen Seite einige bewährte Planungsgrundsätze, die im wesentlichen aus fünf Elementen bestanden: (1) systematischer Ausbau der Grundindustrie - angefangen von Energie und Transport bis hin zur Sicherstellung des Rohstoffnachschiebs, (2) Wahrung des Gleichgewichts zwischen Industrie und Landwirtschaft - und nicht etwa asymmetrische Bevorzugung der Schwerindustrie, wie sie auf dem Festland praktiziert wurde, (3) Rückgriff auf lokale Rohmaterialien (vor allem im Bereich der Zement-, Glas-, Salz- und Sodaindustrie), (4) Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials durch ar-

beitsintensive Produktionstechniken - mit der Folge, daß Arbeitslosigkeit auf Taiwan schon früh zu einem Fremdwort geworden war, und (5) Diversifizierung der Produktion, und zwar sowohl was die Warenpalette als auch was die Eigentumsformen anbelangt. Vor allem der Privateigentumssektor sollte in jeder Hinsicht Vorrang haben, auch wenn es immer noch einen beachtlichen Staatsindustrieanteil gab.¹⁰¹

In der Unterstützung der Privatindustrie sah die Regierungspolitik nach wie vor eine ihrer Schwerpunktaufgaben, sei es nun, daß sie die Ersparnisbildung sowie private Investitionen förderte, sei es, daß sie Seminare und Trainingskurse durchführte, ausländisches Kapital für Joint Venture-Beteiligungen einwarb oder Flächen für Industrieparks und Exportverarbeitungs-zonen auswies.

5.2.4.2.

Hauptdefizite und Haupterfolge

Zur Achillesferse Taiwans hatte sich in den 70er Jahren die ungewöhnlich starke Außenabhängigkeit entwickelt, die freilich nicht weiter zu verwundern brauchte, da sie der Inselwirtschaft geradezu ins Stammbuch geschrieben war. Hatte Taiwan doch während der gesamten Periode der japanischen Kolonialzeit den Bedürfnissen des japanischen Kaiserreichs dienen und vor allem Agrarprodukte und industrielle Halbfertigwaren bereitstellen müssen. Die Insel war also von Anfang an in keiner Weise auf Autarkie gerichtet. Selbst die Jahre der Importsubstitution waren von den Planern seit Anbeginn lediglich als kurzfristige Übergangszeiträume ins Auge gefaßt worden, die so bald wie möglich einer systematischen Exportförderung als der eigentlichen Lokomotive des gesamten weiteren Aufbauprozesses Platz machen sollten.

Angesichts dieser Abhängigkeit mußte die Zusammenarbeit mit der ganz und gar komplementären Festlandswirtschaft früher oder später zur *conditio sine qua non* werden.

Mitte der 70er Jahre standen sich in der chinesischen Welt gleich drei verschiedene Wirtschaftsmodelle gegenüber, nämlich zum einen die beiden Stadtstaaten Hongkong und Singapur, die hauptsächlich auf Leichtindustrie und Handel sowie auf freie Marktwirtschaft setzten, sodann - am anderen

entgegengesetzten Ende der Skala - die Volksrepublik China, die der Schwerindustrie den Vorrang einräumte, Dienstleistungen als unproduktiv einstuft und eine möglichst straffe Planwirtschaft zu verwirklichen trachtete, sowie, drittens, zwischen diesen beiden Extremen, die RCh, die vorsichtig von der Landwirtschaft über die Leichtindustrie zur Schwerindustrie übergegangen war, und die gleichzeitig das Dienstleistungswesen (vor allem im Binnen- und Außenhandel) systematisch gefördert hatte sowie ein Mischsystem von Plan- und Marktwirtschaft pflegte.

Man war in Taiwan nicht wenig stolz darauf, daß von allen drei Typen das eigene Modell wohl die attraktivsten Züge aufwies.

5.3.

Außenpolitik: Das Rennen mit Beijing geht verloren

5.3.1.

Die Fieberkurve im Verhältnis zu den USA

5.3.1.1.

Das rabenschwarze Jahr 1971/72: UNO-Fiasko und Beijingbesuch Nixons

Außenpolitisch kam die Stunde der Wahrheit um die Jahreswende 1971/72, und zwar in Form des "Nikeshende chongji" - des "Nixon-Schocks". Zwar ließen sich die USA mit der offiziellen Anerkennung der VR China einweilen noch Zeit, doch war der erste Schritt zur "derecognition" der RCh getan - mit verheerenden Folgen vor allem in der UNO.

Aus der Sicht Taiwans hatten die 70er Jahre bereits unter düsterem Vorzeichen begonnen: Im Januar 1970 waren die sino-amerikanischen Botschaftergespräche in Warschau nach zwei Jahren Unterbrechung wieder aufgenommen worden. Im März hatte die Nixon-Regierung bekanntgegeben, daß amerikanischen Staatsbürgern künftig von seiten der Regierung keine Steine mehr in den Weg gelegt würden, falls sie sich zu einem Besuch des chinesischen Festlands entschlossen. Ferner waren die Patrouillen der amerikanischen 7. Flotte in der Taiwanstraße endgültig eingestellt und die US-Schutzgarantien für Jinmen und Mazu von seiten verschiedener Kongreßabgeordneter einer heftigen Kritik unter-

zogen worden.¹⁰² Im gleichen Jahr auch hatten Italien, Kanada, Äthiopien, Äquatorialguinea und Chile diplomatische Beziehungen mit Beijing aufgenommen, dem damit zum ersten Mal seit 1964 wieder ein breiter Durchbruch an der diplomatischen Front gelungen war. Die Zeichen standen auf Sturm.

5.3.1.1.1.

Die Ankündigung des Chinabesuchs Nixons und das RCh-Desaster in der UNO

Noch schlimmer kam es 1971, als sich die Hiobsbotschaft in Taipei zu häufen und die Ereignisse zu überstürzen begannen.

Am 6. April wurde eine amerikanische Tischtennismannschaft nach Beijing eingeladen und dort von keinem Gefangenen als von Zhou Enlai empfangen. Acht Tage später hob Washington das 21 Jahre alte Handelsembargo gegen die Volksrepublik auf; vom 9. bis 11. Juli führte Außenminister Kissinger in Beijing Geheimverhandlungen mit Zhou Enlai und Mao Zedong. Am 15. Juli gab US-Präsident Nixon die Geheimverhandlungen Kissingers bekannt und kündigte ein Ereignis an, das seinerzeit zur internationalen Sensation wurde, nämlich seinen persönlichen Besuch in der VR China. Am 2. August 1971 erklärte Außenminister Rogers, die USA befürworteten eine Aufnahme der Volksrepublik in die UNO, jedoch nicht um den Preis eines Ausschlusses der RCh. Vom 20. bis 26. Oktober besuchte Kissinger dann erstmals in aller Öffentlichkeit erneut die Volksrepublik China, und am 25. Oktober beschloß die Generalversammlung der UNO mit 76 gegen 35 Stimmen (bei 17 Enthaltungen) die Aufnahme der Volksrepublik in die Vereinten Nationen. Der Antrag der USA, den Ausschluß Taiwans weiterhin als "important matter" im Sinne der UNO-Charta zu behandeln, so daß nach wie vor eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Ausschluß nötig gewesen wäre, wurde mit 59 gegen 55 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) abgelehnt.

Der eigentliche Höhepunkt dieser Entwicklungsreihe war der Besuch Nixons in der Volksrepublik China vom 21. bis 28. Februar 1972, der mit dem bekannten Shanghai-Kommuniqué endete.

Damit war Taipei innerhalb weniger Wochen aus fast all seinen außenpolitischen Verankerungen gerissen worden.

Obwohl sich der Sturm schon seit langem angekündigt hatte, konnte die Regierung in Taipei nur hilflos reagieren.

Bei der entscheidenden 26. UNO-Vollversammlung im Herbst 1971 erklärte Beijings Außenminister Qiao Guanhua, daß "China einer der Mitbegründer der UNO" gewesen sei, und daß die Volksrepublik "nur aufgrund der Behinderung von seiten der US-Regierung so lange Zeit ihrer legitimen Rechte beraubt" und durch die "längst vom chinesischen Volk verworfene Jiang Jieshi-Clique in den Hintergrund gedrängt" worden sei - eine "grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas".¹⁰³

Sodann folgte der berühmte, weil später immer wiederholte Taiwan-Passus: "Taiwan ist eine Provinz Chinas, und die 14 Millionen Einwohner Taiwans sind blutsverwandte Landsleute des chinesischen Volkes. Gemäß der Kairoer Erklärung und der Potsdamer Deklaration war Taiwan nach dem Zweiten Weltkrieg bereits dem Vaterland zurückgegeben worden... Die US-Regierung hatte diese Tatsache in den Jahren 1949 und 1950 zwar mehrere Male offiziell anerkannt und feierlich erklärt, daß die Taiwan-Frage zu den inneren Angelegenheiten Chinas gehöre, in die die USA sich nicht einmischen wollten. Nachdem jedoch der Koreakrieg ausgebrochen war, wurde die US-Regierung wortbrüchig, indem sie ihre Streitkräfte zur Besetzung des chinesischen Taiwan und der Taiwanstraße entsandte, wo die Verbände noch heute stehen. Mancherorts wird inzwischen die absurde Behauptung verbreitet, daß 'Taiwans Status noch unbestimmt' sei. Dies ist jedoch ein Komplott zur Schaffung eines 'unabhängigen Taiwan', zur Fortsetzung der Intrige 'Ein China, ein Taiwan', die in Wirklichkeit auf die Schaffung 'zweier Chinas' hinausläuft. Im Namen der Regierung der VR China bekräftige ich hiermit erneut: Taiwan ist ein untrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums, weshalb die gewaltsame Besetzung Taiwans und der Taiwanstraße durch die USA an der Souveränität der Volksrepublik China über Taiwan nicht das Geringste ändert; sämtliche Streitkräfte der USA müssen sich aus Taiwan und der Taiwanstraße zurückziehen; jede Intrige zur Abtrennung Taiwans vom Vaterland wird von uns entschieden bekämpft. Das chinesische Volk wird Taiwan unbedingt befreien, und keine Macht kann es daran hindern."¹⁰⁴

Bis 1971 hatten die USA das Vordringen der VR China in die UNO immer noch durch eine altbewährte Notbremse blockieren können, nämlich durch die Erhebung der Frage zur "wichtigen Angelegenheit".

Bereits im Oktober 1967 aber hatte Nixon in der Zeitschrift *Foreign Affairs* geschrieben, daß "wir es uns auf die Dauer einfach nicht leisten können, China für immer aus der Familie der Nationen auszuschließen". Ein Volk, das ein Viertel der Erdbevölkerung repräsentiere, könne nicht ständig isoliert bleiben. Ein neues Verhältnis zu China müsse deshalb zum Kernstück einer künftigen Asienpolitik werden.

Ganz auf dieser Linie verkündete Nixon 1969 auf der westpazifischen Insel Guam seine nach ihm benannte "Doktrin", derzufolge die USA in Asien künftig nicht mehr den Polizisten spielen, sondern die Lösung der regionalen Konflikte den Asiaten selbst überlassen sollte. Washington schwenkte damit auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs (1964-1972) von der Interventions- zur Selbstheilungspolitik um.

Diese Konzeption hatte nur noch wenig mit den Ideen von Dulles gemeinsam, für den Nationalchina/Taiwan stets eines der Hauptbollwerke gegen die "Flut des asiatischen Kommunismus" gewesen war. Zwar wurde die Politik der Eindämmung (des "Containment") im Prinzip keineswegs aufgegeben, doch änderten sich jetzt die Methoden: statt einer starren Verteidigungslinie von Japan über Okinawa und Taiwan bis hinunter zu den Philippinen sollte es künftig flexible Verteidigungsstellungen geben, die den Gegner bewußt im unklaren darüber ließen, wann und wie die USA von Fall zu Fall auf eine "kommunistische" Provokation reagieren würden.

Diese zum System erhobene Unberechenbarkeit mußte vor allem den Verbündeten in Taiwan Kopfzerbrechen bereiten. Die Nixon-Doktrin ließ erstmals sogar Zweifel darüber aufkommen, ob Jinsen als Hauptbestandteil der seit dem Koreakrieg aufgebauten Vorpostenkette in der neuen amerikanischen Strategie überhaupt noch eine Rolle spielen sollte.

5.3.1.1.2.

Das Shanghai-Kommuniqué

Der Chinabesuch Nixons wurde zu einem der historischen Höhepunkte der Nachkriegszeit. Kaum ein anderes Er-

eignis, vom Korea- und Vietnamkrieg einmal abgesehen, hat die Öffentlichkeit so bewegt wie die anfangs noch fast unwirklich anmutenden Bilder vom Zusammentreffen der Spitzenpolitiker zweier Staaten, die sich über zwei Jahrzehnte lang als Todfeinde bekämpft hatten. Unglaublich für Taiwan, aber wahr: der Volksrepublik flogen überall die amerikanischen Herzen zu: Ihr kam jetzt zugute, daß sich bei vielen Amerikanern eine fast schon "romantische" Einstellung gegenüber China herausgebildet hatte, die sich offensichtlich aus vielen Quellen speiste, seien es nun die so viele Jahrzehnte bestehenden Handelsverbindungen der Vorkriegszeit, die freundlichen Berichte amerikanischer Missionare oder aber die verschiedenen, seit Beginn des Jahrhunderts geschlossenen Bündnisse. Der Durchschnittsamerikaner pflegt den Japanern mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberzustehen und weiß mit Indern im allgemeinen überhaupt nichts anzufangen; für China aber hegt er die freundlichsten Gefühle. Fast über Nacht hatte man vergessen, daß in Beijing immer noch dieselben Politiker regierten, die jahrelang zu Finsterlingen stilisiert worden waren. In der Zwischenzeit jedoch schienen sie ihr "kommunistisches Gesicht" verloren zu haben und nur noch Chinesen zu sein. Das kleine Taiwan, in dem ja ebenfalls Chinesen lebten, hatte nicht den Hauch einer Chance, in der damaligen Stimmungslage hier mitzuhalten.

Höhepunkt des Besuchsreigens war das Shanghai-Kommuniqué, das am 28.2.1972 von Nixon und Zhou Enlai unterzeichnet wurde und dessen Wortlaut schon Wochen vorher bis ins Detail abgeklopft worden war. Der berühmt gewordene Taiwan-Passus wurde nicht in Form einer Unisono-Erklärung, sondern durch getrennte Wiedergabe der beiden Standpunkte abgefaßt. Wörtlich: "Die chinesische Seite bekräftigt ihre Auffassung: Die Taiwan-Frage ist das entscheidende Problem, das der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den USA im Wege steht; die Regierung der VR China ist die einzige rechtmäßige Regierung (weiyi hefa zhengfu) und Taiwan eine Provinz Chinas, die schon seit langem zum Mutterland zurückgekehrt ist. Die Befreiung (jiefang) Taiwans ist eine innere Angelegenheit Chinas (Zhongguo neizheng), in die sich einzumischen kein anderes Land ein Recht hat; alle amerikani-

schen Kräfte und militärischen Einrichtungen müssen von Taiwan abgezogen werden. Die chinesische Regierung lehnt entschlossen alle "Aktivitäten" (huodong) ab, die auf die Schaffung von 'Ein China, ein Taiwan' (yi Zhong, yi Tai), 'Ein China, zwei Regierungen' (yige Zhongguo, liangge zhengfu), 'Zwei Chinas' (liangge Zhongguo) oder auf ein 'Unabhängiges Taiwan' (Taiwan duli) abzielen oder befürworten, daß über den Status Taiwans erst noch entschieden werden muß (Taiwan diwei mo ding)."

Sodann folgte die amerikanische "Erklärung" (shengming): "Die USA erkennen an, daß alle Chinesen auf beiden Seiten der Meerenge von Taiwan (Taiwan haixia liangbian de suoyou Zhongguoren) der Auffassung sind, daß es nur *ein* China gibt und daß Taiwan ein Teil Chinas ist (Zhongguo de yi bufen). Die amerikanische Regierung stellt diesen Standpunkt nicht in Frage (bu tichu yiyi), sie bekräftigt ihr Interesse an einer friedlichen Regelung der Taiwan-Frage (heping jie jue Taiwan wenti) durch die Chinesen selbst. Mit dieser Aussicht vor Augen versichert sie, daß das Endziel der Abzug aller amerikanischen Streitkräfte und militärischen Einrichtungen von Taiwan ist. In der Zwischenzeit wird die amerikanische Regierung ihre Streitkräfte und militärischen Einrichtungen auf Taiwan fortschreitend in *dem* Maße abziehen, wie sich die Spannung in diesem Raum vermindert."¹⁰⁵

Dieser vom gewiegten Taktiker Kissinger maßgeblich mitformulierte Text war streckenweise in Runen geschrieben, d.h. er ließ Fragen offen und war vielfach interpretierbar: Während für die VR China offensichtlich "alles klar" war, hatten sich die USA lediglich auf das Anerkenntnis eingelassen, daß (1) die Chinesen auf beiden Seiten der Taiwanstraße von der Existenz eines einzigen China und von der Zugehörigkeit der Provinz Taiwan zu eben diesem China ausgehen, daß (2) ein Interesse an der friedlichen Regelung durch China selbst bestehe und daß (3) mit Rücksicht auf diese Friedlichkeit der Rückzug aller US-Streitkräfte zugesagt werde. Washington hatte sich damit eine doppelte Hintertür offen gehalten: es konnte erstens darauf verweisen, daß der Abzug nur erfolge, wenn eine friedliche Lösung der Taiwan-Frage gesichert sei - am besten womöglich durch eine Nichtangriffser-

klärung Beijings; und es hatte, zweitens, die entscheidende Frage, welche Regierung am Ende China repräsentiere, bewußt offengelassen.

Es sollte sieben Jahre dauern, bis der etwas schlichter denkende Präsident Carter dieses von Kissinger fein gewirnte Gewebe zerriß und eine un-zweideutige Option für die Volksrepublik abgab.

Die USA wollten in der besten beider Welten leben und einerseits ihre diplomatischen Beziehungen zu Taipei aufrechterhalten, andererseits aber mit Beijing quasidiplomatische Beziehungen begründen. Dies gelang ihnen für den Augenblick auch, wenngleich jedermann ahnen konnte, daß Washington früher oder später Farbe bekennen müsse. Beijing ging auf diese Linie ein und begnügte sich vorderhand mit der Errichtung beiderseitiger sog. "Verbindungsbüros" (Liaison Offices, Zhumen banshizhu).

Die "Büros" wurden von beiden Seiten gleichzeitig im Februar 1973 eröffnet, und zwar für die VR China in Washington und für die USA in Beijing. Außer dem Namen nach waren diese "Verbindungsbüros" von Anfang an vollentwickelte Botschaften. Hochrangig auch die Besetzung. Auf amerikanischer Seite beispielsweise war der spätere Präsident, George Bush, eine Zeitlang Chef des "Büros", während die VR China umgekehrt einen ihrer Spitzendiplomaten, Huang Zhen, entsandte.¹⁰⁶

Ihre Zwei-China-Theorie hatten die USA bereits mit dem Shanghai-Kommuniqué aufgegeben. Nun war es nur noch eine Frage der Zeit, bis aus dem amerikanischen "Verbindungsbüro" in Beijing eine Botschaft und aus der Botschaft in Taipei ein "Büro" wurde.

5.3.1.1.3.

Die Suche nach einer Schadensbegrenzung: Reaktionen Taipeis

Der GMD-Führung in Taiwan wurde durch die neue amerikanische Außenpolitik buchstäblich der Boden unter den Füßen weggerissen; hatte doch ihr gesamtes politisches Handeln bisher unter dem Leitmotiv der "Rückkehr" gestanden. Zwar war die Frage, welche von beiden chinesischen Regierungen nun letztlich China vertrete, im Shanghai-Kommuniqué offengelassen worden, doch wußte Taipei recht wohl, daß sich der Wind zu seinen Ungunsten gedreht hatte.

Der Wiedervereinigungsanspruch der GMD hing bekanntlich mit dem von Sun Yixian übernommenen Erbe zusammen. Bei der Reorganisation der GMD i.J. 1924 waren die Drei Volkslehren endgültig zum offiziellen Programm der Partei erhoben worden; dazu gehörten vor allem die nationale Einheit, die baldige Verwirklichung demokratischer Verhältnisse und ein sozialer Auftrag, der u.a. mit Bodenreformvorstellungen verknüpft war. Im Zeichen dieser "Sanminzhuyi" hatte die GMD, die sich 1927 zur führenden Kraft im republikanischen China hatte aufschwingen können, das Land geeinigt und einen Prozeß eingeleitet, in dessen Verlauf der Nationalgedanke auf Kosten der beiden anderen Elemente über Gebühr in den Vordergrund geschoben wurden.

Erst nach der Vertreibung vom Festland hatte sich die GMD wieder auf ihren alten Sozialauftrag besonnen und eine Bodenreform durchgezogen. Darüber freilich war die Einheitsvision keineswegs in Vergessenheit geraten, sondern hatte sich in Wiedervereinigungsforderungen niedergeschlagen, die in den ersten Jahren noch einlösbar erschienen, deren Verwirklichung nach über zwei Jahrzehnten Taiwan-Exil jedoch kaum noch begründet war.

Wie es die Führung in Taiwan mit der Vergangenheitsbewältigung hielt, war zu Beginn der 70er Jahre auf merkwürdige Weise an einem zunächst durchaus nebensächlichen Vorgang deutlich geworden. Damals hatte ein amerikanischer Professor von der University of Dallas, namens Anthony Kubek, die verblüffende These aufgestellt, daß die Niederlage der GMD im Bürgerkrieg 1946/49 vor allem durch die Hetzkampagnen einiger amerikanischer Wissenschaftler, Diplomaten und Journalisten gegen die RCh verursacht worden sei, wobei als Hauptverleumdungsforum die von einflußreichen US-Politikern geleitete Zeitschrift *Amerasia* gedient habe - als ob ein Jahrhundertphänomen wie der Sieg des Sinokommunismus mit den Intrigen einiger Außenseiter hätte erklärt werden können! Statt die These als ebenso anregend wie gleichzeitig auch absurd abzutun, wurde Kubek bei seinem Taiwanbesuch Mitte 1970 wie ein Nationalheld empfangen und sogar zur Audienz beim Generalissimus geladen.

Angesichts solcher ideologischer Verhärtungen war die 180°-Wendung Nixons in der Chinapolitik für Taipei schon schlimm genug. Mehr noch als die Tatsache selbst war es freilich die Art und Weise, wie Taiwan von seinem engsten Verbündeten hinter Licht geführt und wie es ohne jede Vorbereitung vom einen auf den anderen Tag mit den "neuen Realitäten" konfrontiert wurde. Mit schier ungläubigem Staunen nahm die GMD-Führung die Mitteilung zur Kenntnis, daß US-Außenminister Kissinger sich bereits seit Monaten mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai in Beijing klammheimlich zu treffen pflegte, und daß es jetzt auch nur noch wenige Wochen dauere, ehe Nixon höchstpersönlich in die VR China reisen würde.

Die Regierung in Taipei tat zunächst einmal das Naheliegendste, indem sie ihren Botschafter in Washington Protest einlegen ließ - ein Schritt, der freilich nichts einbrachte, obwohl der Beauftragte deutlicher sprach, als er es sonst zu tun pflegte, und die neue Politik als "schäbigen Handel" (a shabby deal) bezeichnete.

Wesentlich handfester reagierte die Öffentlichkeit Taiwans: in den Medien gab es geharnischte Kritik, in der Filiale der "Bank of America" in Taipei ging ein Sprengsatz hoch, beim US-Konsulat in Taipei wurden mehrere Fenster eingeworfen, und außerdem wurde auf das US Information Service Bureau in Tainan ein Bombenanschlag verübt.

Beijing rieb sich die Hände und kommentierte Vorgänge dieser Art mit dem Hinweis, daß nun endlich "der Kampf gegen die US- und Jiang-Reaktionäre auf Touren" komme.¹⁰⁸

Doch schon wenige Tage später hatten sich die Gemüter wieder beruhigt, da jedermann sehr wohl wußte, daß Taiwan ohne das Wohlwollen, vor allem aber ohne die weitere Unterstützung der USA künftig einen noch schwereren Stand gegenüber Beijing haben würde. Was blieb also anderes übrig, als zur Tagesordnung zurückzukehren und sich zu arrangieren? Schnell hatte die Führung eine neue Wortregelung parat: Der Verlust des Sitzes in den Vereinten Nationen und das Abbröckeln zweiseitiger diplomatischer Beziehungen seien zwar unangenehm, doch könnten sie den Wohlstand der RCh am Ende weder mindern noch

beeinflussen. Vielmehr sei die diplomatische Herausforderung ganz im Gegenteil dazu angetan, die Kräfte Taiwans zu neuen Höchstleistungen zu stimulieren. Die RCh müsse sich auf ihre ureigenste Waffe besinnen, nämlich ihre vitale Wirtschaft. Fünf Maßnahmen gelte es zu ergreifen, nämlich (1) die zusätzliche Belebung der staatlichen Außenwirtschaftspolitik, (2) die verstärkte Hinorientierung der taiwanesischen Betriebe auf den Außenhandel, (3) die Vernetzung der eigenen Wirtschaft mit den europäischen, afrikanischen, amerikanischen und asiatischen Märkten, (4) die Vereinfachung des Zugangs für Ausländer nach Taiwan und (5) die Förderung der technologischen Zusammenarbeit kleinerer und mittlerer Betriebe mit Firmen anderer Länder.

Die alte Weisheit, daß "wer Tugend hat, auch Hilfe bekommt", und daß man "mit Moral ganz gewiß auch gute Nachbarn gewinnen" kann, gelte heute noch mehr als in früheren Zeiten.¹⁰⁹

Obwohl in diesem Zusammenhang viel von "totaler Außenpolitik" (quanmian wajiao) die Rede war, lief der neue Kurs im Grunde genommen auf eine "Außenwirtschaft als Ersatz für Außenpolitik" hinaus. Jeder Unternehmer solle sich einen Ruck geben und erkennen, daß nur ein wirtschaftlich attraktives Taiwan die "Staatsenergie stärken" und damit die Überlebensfähigkeit der 14 Millionen sichern könne.

Die Regierung vermied ferner, ganz im Gegensatz zu den privaten Medien, tunlichst das Wort "Nixon-Schock" und sprach statt dessen von "Enttäuschungen", die sie mit den USA habe erleben müssen. Der Besuch Nixons könne an der Grundeinstellung der RCh, nämlich mit den Gongfei ("roten Banditen") niemals zu verhandeln, nichts ändern. Die Chinesen dächten "in größeren Zeiträumen als die Amerikaner oder die Europäer" und vertrauten im übrigen auch auf ihre "5.Kolonie", d.h. auf die Millionen von Verbündeten auf dem Festland, die allesamt Gegner des "roten Regimes" seien. Auch Franco habe nur wenig Soldaten gehabt, als er damit begann, Spanien von Afrika aus zurückzuerobern. Warum also solle das "Freie China" Angst haben?¹¹⁰

Mehr Sorgen als die USA bereite den Regierenden im Augenblick der innenpolitische Barometerstand. Mit

Argusaugen blickten sie auf Politiker und Literaten, die - den außenpolitischen Umschwung als Vehikel nutzend - im Namen einer schweigenden Mehrheit die alten Duli ("Unabhängigkeits")-Forderungen neu zu stellen begannen.

Ein führender Repräsentant des staatlichen "Chinesischen Rundfunks" und eine Reihe von Journalisten wurden wegen angeblicher kommunistischer Propaganda sowie wegen ihres Eintretens für die Taiwan-Unabhängigkeitsbewegung festgenommen.¹¹¹ Verhaftet wurden ferner mehrere suspekt Schriftsteller, darunter einer der bekanntesten Intellektuellen Taiwans, der 1935 geborene Li Ao, der schon seit geraumer Zeit boshaft über die GMD-Kontrolle an der Taiwan-Universität und den Kulturprovinzialismus auf der Insel hergezogen war und der aus eben diesem Grunde unter Schülern und Studenten als damals gerade populärster Schriftsteller gehandelt wurde. Überdies hatte er sich als Redakteur bei dem von der Regierung geschlossenen Taschenbuchverlag Wenxing (Literaturstern) verdächtig gemacht. Festgenommen wurden auch einige Japaner und des Landes verwiesen ein amerikanischer Missionar, weil sie, wie es hieß, taiwanesischen Dissidenten Hilfe geleistet hätten.¹¹²

Besonders unverblümt konnten sich auswärtige Organe äußern, so z.B. das in Houston (Texas) erscheinende Sprachrohr der "World United Formosans for Independence", die *Mayflower*,¹¹³ aus, die Anlaß der neuen US-Außenpolitik ganz offen die Forderung nach einem von China unabhängigen Taiwan erneuerte. Die Insel Formosa sei aus dem Staatsverband Chinas nun schon fast vor einem ganzen Jahrhundert ausgeschieden. Sie solle deshalb weder von der GMD regiert noch der KPCh zum Fraße vorgeworfen werden, sondern einen mittleren Weg einschlagen, wie er von ihren Bewohnern, falls sie das dazu nötige freie Entscheidungsrecht hätten, ohnehin gewählt würde. Der scheinheilige Kulturnationsbegriff müsse der "Willensnation" Platz machen. Das Prinzip der Selbstbestimmung sei heutzutage ein weltweit anerkannter Bestandteil des Völkerrechts, der auch den Einwohnern Taiwans endlich zugute kommen sollte.

Die oben geschilderten Reaktionen Taibeis auf die Unabhängigkeitsforderungen zeigten, wie dünnhäutig die

Regierung im Nachklang zur Chinareise Nixons geworden war. Doch wollte sie offensichtlich nicht nur reagieren, sondern auch selbst die Initiative ergreifen und vor allem zu positiver Meinungsbildung unter der taiwanesischen Bevölkerung beitragen. Das Ergebnis solcher Bemühungen war u.a. eine sechsteilige Artikelfolge der parteiamtlichen *Zhongyang ribao*,¹¹⁴ die aus der Feder eines anonymen Autors namens Guying ("Einsamer Schatten") stammte, und in der das Denken eines einfachen Mannes oder, wie es poetischer - und entwaffnend - hieß, die "Herzensstimme eines kleinen Bürgers" wiedergegeben wurde. Die Artikelserie verfolgte offensichtlich das Ziel, den vorlauten und ihre Unzufriedenheit flink formulierenden Professoren, Studenten und Künstlern der Inselrepublik, die im Gefolge der wachsenden diplomatischen Isolation das eigene Nest zu beschmutzen begannen, eine Abreibung zu erteilen und ihnen die Meinung der "schweigenden Mehrheit" entgegenzuhalten. "Guying" ließ Verkäuferinnen, Taxichauffeure und Hausfrauen zu Wort kommen, die mit ihrem Leben doch durchaus zufrieden seien und die, anders als ihre Landsleute auf dem Festland, nicht dauernd gezwungen würden, Mao-Worte auswendig zu lernen sowie das Kleine Rote Buch zu lesen, sondern die statt dessen am taiwanesischen Wirtschaftswunder teilhätten und sich nicht um Politik zu kümmern brauchten.

Die *Zhongyang ribao* ließ von der "Herzensstimme des kleinen Bürgers" auch gleich einen Sonderdruck anfertigen, von dem innerhalb weniger Wochen rd. 250.000 Stück verkauft waren - ein Zeichen dafür, daß die Parteizeitung es durchaus verstanden hatte, bei ihren Lesern eine Saite zum Schwingen zu bringen. Anschließend gab es in dem Organ noch wochenlang eine eigene Leserecke, in der die öffentliche Diskussion um die Serie weitergeführt wurde - angeblich mit 90%iger Leserzustimmung.¹¹⁵

Außerhalb Taiwans dauerte die Empörung wesentlich länger an und äußerte sich auch in einer drastischeren, bisweilen schon hysterischen Tonart. Hier zwei Beispiele:

- In der Hongkonger Wochenzeitschrift *Xinwen tiandi* ("Nachrichten Himmel und Erde")¹¹⁶ brach blanker

Haß gegen die USA hervor. Die Hauptursache für die Nachgiebigkeit Washingtons gegenüber Beijing liege in der "sittlichen Verkommenheit dieser Großmacht. Vom ritterlichen Geist, von dem die USA zur Zeit ihrer Staatsgründung beseelt waren, ist heute nicht mehr viel übriggeblieben". Amerika habe "tausend Löcher und hundert Wunden" und gleiche einer "Lehmfigur, die durch den Strom watter". Es nehme sich das Recht heraus, heimlich mit Beijing zu verhandeln, verlange aber von anderen, daß sie sich von den Maoisten fernhalten sollten. Diese Schizophrenie und Doppelgesichtigkeit erinnere an das chinesische Sprichwort, daß "nur der Bezirkshauptmann Feuer legen, das Volk aber keine Lampen anzünden darf".

- Eine weitere "Unabhängigkeitsstimme" meldete sich aus Tokyo, nämlich der "Schwurbund für die Erneuerung Chinas" (*Zhongguo fuxing tongmeng*), der in seinem Organ *Die Fackel* (*Huoju*) elementare Reformen als einzigen Ausweg aus der Krise forderte. Leider benehme sich Jiang Jieshi wie ein Kaiser: entgegen der Verfassung habe er das Präsidentenamt bereits zum vierten Mal besetzt, unterdrücke alle gegen ihn gerichteten Meinungsäußerungen, habe erst vor kurzem die Zeitschrift *Freies China* (*Ziyou Zhongguo*) verboten und zahlreichen Medien einen Maulkorb vorgehängt, habe die beiden noch verbliebenen "Oppositionsparteien" gespalten und beharre darauf, daß die nun schon vor über zwei Jahrzehnten in Nanjing gewählten Abgeordneten auf ihren Sesseln kleben blieben. Langfristig gebe es für Taiwan aber nur *einen* Weg zur Rettung, nämlich die Demokratisierung, die sich vor allem in einer Verwirklichung der Grundrechte und in der Zulassung starker Oppositionsparteien äußern müsse. Nur wenn die Bevölkerung uneingeschränkt hinter der eigenen Führung stehe, könne jene innere Kraft entstehen, die nötig sei, um das Überleben zu sichern. Die Bevölkerung habe sich als nächstes von einer doppelten Fremdbestimmung zu befreien, nämlich von der Alleinherrschaft der GMD und von der überstarken Bindung an die USA sowie an Japan. Gegenwärtig werde leider immer nur in extremen Bezugsgrößen gedacht: entweder sei von einer "Befreiung" Taiwans durch die VR China oder aber von einer (ebenso unrealistischen) "Rückkehr" der GMD die Rede.

Beide Wege entsprächen jedoch nicht den Wünschen der Inselbevölkerung. Taiwan müsse partout einen von der eigenen Bevölkerung bejahten mittleren Weg finden und zu einer Musterprovinz umgestaltet werden, die nicht nur für die eigene Bevölkerung, sondern auch für die Einwohner des Festlands attraktiv sei. Der Weg dorthin aber komme um Reformen nicht herum. Reformen seien das A und O und der Prüfstein für jedes Regierungshandeln.

5.3.1.2.

1972-1978: Die Übergangsjahre von der De-facto- zur De-jure-Anerkennung Beijings durch die USA

Trotz aller Ernüchterung hörte Taipei nach 1972 nicht zu hoffen auf, daß die diplomatischen Beziehungen zu Washington vielleicht doch noch langfristig erhalten blieben: In der Tat hielten die USA einstweilen nach wie vor am gemeinsamen Verteidigungspakt von 1954 fest, gewährten weiterhin umfangreiche Darlehen auf langfristiger Basis, ermunterten amerikanische Geschäftsleute zu Investitionen auf der Insel, lieferten Kriegsschiffe und Unterseeboote und beteiligten sich auch an einem Projekt zur Herstellung des F-VE-Kampfflugzeugs.¹¹⁷

Gleichwohl gab es auf seiten der Amerikaner beunruhigende Symptome, insofern sich die USA militärisch auf leisen Sohlen davonmachten und auch diplomatisch von Taipei Stück für Stück abrückten:

5.3.1.2.1.

Der dreifache militärische Rückzug der USA aus Taiwan

Im Shanghai-Kommuniqué war es zu der Vereinbarung gekommen, daß die USA ihre Streitkräfte in dem Maße von der Insel abzögen, als Beijing aufhöre, Taiwan militärisch zu bedrohen.

Einstweilen waren die USA auf der Insel zwar noch in dreifacher Weise präsent, nämlich einmal in Form der "Military Assistance Advisory Group" (MAAG), zweitens mit ihrem "Taiwan Defence Command" (TDC) und drittens mit noch rd. 1.000 Soldaten der 327. Luftdivision der U.S. Force, die auf zwei Luftwaffenbasen in Taizhong und Tainan stationiert waren und jahrelang einen Teil der Logistik für den Vietnamkrieg besorgt hatten. Doch der Rückzug hatte schon begonnen.

- Den Anfang machten die Truppenverbände. Hatten sie auf dem Höhepunkt des Vietnamkriegs, 1968, rd. 10.000 Mann umfaßt, so waren es Anfang 1973 8.600 und 1976 nur noch 2.000 - die meisten von ihnen auf der Luftwaffenbasis "Qing quangang jidi" (wörtl.: "Wachtpostenbasis bei der klaren Quelle") nahe Taizhong. Da Nachschubaufgaben seit dem Ende des Vietnamkriegs (1972) praktisch entfallen waren, gab es auch für den Rest dieser Truppen keinen zwingenden Verbleibegrund mehr; immerhin dauerte es bis April 1979, ehe auch der letzte amerikanische Soldat die Insel verlassen hatte.

1974/75 zogen die Amerikaner die Reste ihrer Luftwaffe - ein Phantom-F-4-Jagdgeschwader - von Taiwan ab, im Juni 1976 riefen sie ihre Berater aus Jinmen und Mazu zurück¹¹⁸ und Anfang 1977 montierten sie ihre Abhörstation in Linkou, 20 km nordöstlich von Taipei, ab, von der aus bis dahin Festlandsnachrichten abgefangen worden waren.

- Auch die militärischen Organisationen machten sich diskret davon:

Noch in den 50er Jahren war die MAAG ein Riesenapparat gewesen, dem beispielsweise i.J. 1955 2.347 Berater angehört hatten, und der Waffen im Werte von rd. 3 Mrd. US\$ auf die "Inselfestung" ("Island Bastion") geschleust hatte - angefangen von Schiffen und Flugzeugen über Stiefel, Uniformen und Lebensmittel bis hin zu SAM-Raketen. Auch die große PX-Station in Taipei stand unter MAAG-Verwaltung.

Mitte der 60er Jahre war diese Mammutenheit auf 200 Mann zusammengeschmolzen, zumal ihre Funktionen zunehmend auf das "Taiwan Defence Command" übergingen, das unter Regie der U.S. Navy im Gefolge des bilateralen Verteidigungsvertrags von 1954 eingerichtet worden war.

Aber auch das TDC, das zu Beginn der 70er Jahre noch wie ein Fels in der Brandung zu stehen schien, bröckelte nach und nach ab,¹¹⁹ bis schließlich am 28. April 1979 Konteradmiral James Linder, der Kommandant des TDC, die Insel verließ und damit 28 Jahre amerikanischer Militärpräsenz beendete.

Überdies hatte der Kongreß in Washington kurz vor Kissingers Chinabesuch im November 1974 die sog. "Kongreßresolution über die Verteidigung Taiwans" aufgehoben, derzufolge der US-Präsident allein über den Einsatz der auf Taiwan stationierten US-Streitkräfte entscheiden durfte.

Lange vor diesen Ereignissen bereits, nämlich 1969, hatten die USA die regelmäßigen Patrouillen der 7. US-Flotte in der Taiwanstraße eingestellt - 19 Jahre, nachdem sie im Zuge des Koreakriegs am 27. Juni 1950 aufgenommen worden waren. Washington wollte mit diesem Schritt der VR China ein Zeichen der Versöhnung zukommen lassen.

Solange Jiang Jieshi noch am Leben war, wollte niemand in Washington die Beistandsverpflichtungen der USA gegenüber Taiwan in Zweifel ziehen. Als Jiang am 5. April 1975 starb, war eine neue Situation entstanden. Wenn die USA gleichwohl auch jetzt noch am Verteidigungspakt von 1954 festhielten, so war dies der mittlerweile verzweifelten Lage in Indochina zuzuschreiben: dort fielen fast zur gleichen Zeit zwei Staaten, nämlich das frühere Südvietnam und Kambodscha, in die Hände "der Kommunisten". Nachdem die USA schon Südvietnam seinem Schicksal überlassen hatten, konnten sie nicht auch noch Taiwan einer ungewissen Zukunft überantworten. Wörtlich: "We can hardly sell two allies down the river in a single year."¹²⁰

5.3.1.2.2.

Auch diplomatisch geht Washington zu Taipei auf Abstand

Wenn es immerhin doch sechs Jahre lang dauerte, ehe die "Verbindungsbüros" in "Botschaften" umgewandelt wurden, so lag dies an einer Reihe dramatischer Entwicklungen, die nicht voraussehbar gewesen waren - man denke an den Sturz Nixons im Gefolge des Watergate-Skandals, an das amerikanische Debakel in Vietnam, an die Neuwahlen in den USA, die Ford an die Macht brachten, an die Machtkämpfe Chinas gegen Ende der Kulturrevolution, an den Tod Mao Zedongs und Zhou Enlais, an den Sturz der "Viererbande" und an den Beginn der Reformen in der VR China (Dezember 1978 ff.), nicht zuletzt aber auch an den hinhaltenden Widerstand der Taiwan-Lobby in den USA.

Nur mühsam wußte Washington die Balance zwischen Beijing und Taipei zu wahren.

- Zum Ausgleich für den Nixonbesuch beispielsweise wurde ein RCh-freundlicher und konservativer Botschafter, Leonard Unger, 1974 nach Taipei entsandt. Allerdings hätte die RCh-Regierung Verdacht schöpfen müssen, als der Karrierediplomat Unger entgegen den üblichen Rotationsgebräuchen i.J. 1977 nicht abberufen wurde. Die "Botschaft" war lesbar, aber niemand in Taipei wollte sie entziffern.

- Bevor Präsident Ford Anfang Dezember 1975 nach Beijing reiste, forderte er beim Kongreß - ebenfalls wiederum in einem Akt "ausgleichender Gerechtigkeit" - 80 Mio.US\$ Militärhilfe zugunsten Taiwans.¹²¹ Damit hatte er sich gleichzeitig eine Art "moralischen Vorschuß" für die "Pazifikdoktrin" erteilen lassen, die er am 8.12.1975 - als Morgengabe für Beijing - in Honolulu verkündete und die sechs Elemente enthielt, nämlich die Aufrechterhaltung der US-Präsenz im Pazifik, den Ausbau der Partnerschaft mit Japan als Eckpfeiler, die weitere Normalisierung der Beziehungen zur VR China, den Ausbau Südasiens zu einem stabilen Regionalgebilde, die Förderung der Entspannung in Korea und den Aufbau einer "Friedenszone in Asien".¹²²

- Ferner bemühten sich die USA, ihren politischen Rückzug aus Taiwan durch eine Verstärkung ihrer *wirtschaftlichen* Präsenz wettzumachen. Im Jahr "danach", d.h. 1973, steigerte sich der Außenhandel gegenüber dem Jahr "zuvor" um 48%.¹²³

Gutmütige Ausgleichbemühungen der Regierung waren das eine, der "Geist der Zeit" aber das andere. Die Stimmen für eine endgültige "Normalisierung" mit Beijing wurden in den USA immer lauter. Ein Beispiel dafür gab der bekannte Harvard-Professor John King Fairbank, der in einem Zeitungsartikel mit dem Titel "Way to Avoid Disaster on China"¹²⁴ den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taipei, die Beendigung des Beistandsvertrags und den endgültigen Abzug des US-Militärs aus Taiwan befürwortete, damit endlich einmal die Voraussetzungen für wirklich "normale" Beziehungen zwischen Washington und Beijing geschaffen würden. Dabei mö-

ge sich die US-Regierung an die "Japan-Formel" halten, also mit Taiwan auch weiterhin enge wirtschaftliche und kulturelle Kontakte unterhalten, gleichzeitig aber die diplomatischen Fäden durchtrennen. Der Artikel fand in US-Regierungskreisen lebhaftes Zustimmung und beeinflusste auch den damaligen Außenminister Vance, der ebenfalls "laut zu denken" und in zahlreichen Reden ähnliche Argumente vorzutragen begann.

Auch in der amerikanischen Geschäftswelt war inzwischen der Wunsch erwacht, möglichst kräftig im Chinageschäft mitzumischen. Wieder einmal hatte sich, wie schon in den 30er Jahren, eine diffuse Vorstellung von mehreren hundertmillionen Kunden in den Köpfen vieler Wirtschaftsführer eingestellt. Der Aufkauf von 750.000 t Weizen und 20.000 t Mais durch China i.J. 1978 tat ein übriges, um Phantasien dieser Art zu beflügeln.

Angesichts solcher Erwartungen begann das Taiwan-Problem für viele Amerikaner nachgerade lästig zu werden, zumal sich der Insel ja, wie man zu wissen glaubte, ohnehin ein "sanfte Lösung" nach dem japanischen Modell bot.

5.3.1.3.

Der "Carter-Coup": Washington bricht die diplomatischen Beziehungen zu Taipei ab

Dem "Nixon-Schock" von 1972 folgte 1979 der "Carter-Coup". 7½ Jahre nach dem Chinabesuch Nixons gab der neue amerikanische Präsident am 15. Dezember 1979 in einer Fernsehansprache bekannt, daß Washington die Volksrepublik als einzige legitime Regierung Chinas anerkenne und ab 1. Januar 1979 diplomatische Beziehungen mit ihr aufnehmen wolle. Gleichzeitig werde der Verteidigungsvertrag mit Taiwan mit Wirkung vom 31.12.1979 gekündigt.

Obwohl eine Entscheidung dieses Inhalts bereits seit Jahren in der Luft gelegen hatte, fielen Regierung und Bevölkerung Taiwans angesichts dieser erneuten "Nacht-und-Nebel-Aktion" aus allen Wolken. Jiang Jingguo wurde vom amerikanischen Botschafter Unger um 2 Uhr nachts (taiwanesischer Ortszeit) aus dem Bett geholt und mit der Ankündigung konfrontiert, daß die Erklärung Carters in sechs Stunden bekanntgegeben würde.

Das Kommuniqué selbst war höchst wortkarg abgefaßt:¹²⁵ es enthielt die Antihegemonieklausel, die bereits Bestandteil des Shanghaier Kommuniqués gewesen war (keine der beiden Seiten solle selbst nach Hegemonie streben und auch nicht dulden, daß ein Drittstaat Hegemonie ausübe), bekundete ferner Friedensabsichten und enthielt die Anerkennung des Beijinger Alleinvertretungsrechts. Wörtlich: "Die Regierung der USA erkennt den Standpunkt Chinas an, daß es nur *ein* China gibt und Taiwan ein Teil Chinas ist."

Kein Wort von Gewaltverzicht der VR China gegenüber Taiwan, kein Wort aber auch zur Einstellung amerikanischer Waffenlieferungen an Taiwan.

Der neuerliche Schritt Washingtons rief Beifall, gleichzeitig aber auch Protest hervor:

- In Taiwan selbst gab es wochenlange Äußerungen der Wut und des Hasses, vor allem gegen Präsident Carter persönlich. Am Abend des 15. Dezember stürmten empörte Einwohner Taipeis, allen voran Studenten der Taida, die amerikanische Botschaft, durchbrachen die Sperrkette der Polizei und hißten auf dem Gebäude die nationalchinesische Flagge. Die Amerikaner seien, hieß es in ihren Verlautbarungen, über Nacht vom Schutzherren zum Erzfeind geworden.¹²⁶ Eine US-Delegation unter Leitung des Stellvertretenden Außenministers Warren Christopher, die zu Verhandlungen über die künftigen inoffiziellen Beziehungen der USA nach Taipei gekommen war, wurde von einer wütenden Menschenmenge mit Eiern, Tomaten und Steinen beworfen. Schüler schütteten vor dem Verhandlungsgebäude einen Sack Erdnüsse auf den Boden und riefen "Das ist Carter".

Auch Staatspräsident Jiang Jingguo reagierte mit Empörung auf den "plötzlichen Vertrauensbruch". Die RCh habe jedoch schon so viele Krisen überstanden, daß sie sich auch jetzt nicht entmutigen lasse. Taiwan müsse künftig verstärkt auf sein Wirtschaftspotential und auf das politische Bewußtsein der Bevölkerung vertrauen, die den Kommunismus nie und nimmer akzeptiere. Darüber hinaus verfüge die RCh über eine halbe Million aktiver Soldaten und zweieinhalb Millionen Reservisten sowie über modernste

Verteidigungswaffen. Taipei erwarte von den USA, daß sie (1) den Frieden in Taiwan und die Sicherheit der RCh auch weiterhin gewährleisten, daß sie für ausreichenden Waffennachschub sorgten und Verträge sowie Vereinbarungen zur Wahrung substantieller Beziehungen mit der RCh eingingen. Die USA seien aufgefordert, Taiwan auch weiterhin die Meistbegünstigungsklausel einzuräumen und Investitionen amerikanischer Firmen auf Taiwan zu unterstützen.

Friedensgespräche mit den chinesischen Kommunisten kämen unter keinen Umständen in Frage: der tiefe Sturz der drei Indochinastaaten habe bewiesen, wie gefährlich es sei, Kommunisten auch nur den kleinen Finger zu reichen. Détente und Verhandlungen seien für sie nichts anderes als nichtmilitärische Eroberungsmittel. "Jede Art von Verhandlungen mit ihnen könnte nur bedeuten, daß wir unser eigenes Grab schaufeln." Besser sei es, die Entwicklungen auf dem Festland abzuwarten und sie zu einem geeigneten Zeitpunkt gegen die Kommunisten auszunutzen. Machtkämpfe seien dort ja notorische Erscheinungen, die wie Malariaanfalle immer wiederkehrten.¹²⁷

- Empörung auch in den USA: Der Gouverneur von New Hampshire ließ am 18. Dezember aus Protest gegen Carters Chinapolitik die Flaggen in seinem Bundesstaat eine Woche lang auf Halbmast setzen.¹²⁸

Am 22.12.1978 erhob der republikanische Senator Barry Goldwater gemeinsam mit 13 anderen Abgeordneten beim Bundesbezirksgericht in Washington Klage gegen Präsident Carter und US-Außenminister Vance wegen Schlendrians und Willkür bei der Aufkündigung des Beistandsvertrags mit Taiwan.¹²⁹ Der Präsident hätte vor diesem schicksalhaften Schritt die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der 100 Senatoren einholen müssen. Nach längerem Hin und Her wurde die Klage in zweiter Instanz vom Obersten Gerichtshof in Washington im Oktober 1979 abgewiesen¹³⁰ - ein Anlaß für Carter zu nachträglicher Genugtuung.

In Taiwan kam damals das Gefühl auf, daß die USA bei einer Politik wieder anknüpfen wollten, die 1950 durch den Koreakrieg unterbrochen worden war,

und die von dem Willen getragen war, Taiwan erneut - und diesmal endgültig - fallenzulassen.

Doch 1979 war nicht 1950: hatte sich Taiwan doch in der Zwischenzeit als enger Verbündeter USA bewährt und war auch zu einem interessanten Wirtschaftspartner geworden. Außerdem konnten es sich die USA nicht leisten, einen Partner wie Taiwan im Stich zu lassen, weil sie durch ihre Politik gegenüber Südvietnam in Asien ohnehin schon an Glaubwürdigkeit verloren hatten und da überdies auch andere Partner Washingtons, z.B. Israel, eine solche Flucht aus der Verantwortung als Präzedenzfall hätten betrachten müssen.

Am Ende kam Taiwan mit weniger Blessuren davon, als es anfangs zu befürchten war. Vor allem sorgte die Übernahme der japanischen Formel durch Washington dafür, daß die Wirtschaftsbeziehungen mit der RCh verstärkt ausgebaut wurden. Darüber hinaus sollten auch alle jene Waffen weitergeliefert werden, die die "Inselfestung" für ihre Verteidigung benötigte. Je weniger politische, desto substantiellere außer-politische Beziehungen - dies war der Leitfaden der neuen "Ausgewogenheits"-Strategie Washingtons.

Wenn die VR China dieser Entwicklung zunächst tatenlos zusah, so erklärt sich dies vor allem aus der damaligen innenpolitischen Position Deng Xiaopings, der - mitten im Prozeß der Umstellung vom maoistischen auf das reformerische Zeitalter - darauf angewiesen war, Erfolge vorweisen zu können, um sich so gegen die immer noch starke konservative Front im eigenen Lande durchzusetzen. Einen solchen Erfolg konnte er u.a. mit seiner USA-Reise vom 28.12.1978 bis 6.1.1979 verbuchen. Seit dem Besuch Chruschtschows zwanzig Jahre früher hatte keine Staatsvisite mehr soviel Aufregtheit und Ausgelassenheit hervorgerufen. Deng, der den Amerikanern die "Freundschaft der 900 Millionen Chinesen" anbot und ihnen überdies auch noch Hoffnung auf Milliardenengeschäfte machte, unterließ bei seinen Kundgebungen jede ideologische Anspielung, sprach bescheiden von der Armut und der Rückständigkeit Chinas und von seiner Hoffnung auf amerikanische Hilfe. China wolle von den Amerikanern lernen usw.

Kurz: Deng unterließ nichts, um den Amerikanern Honig um den Mund zu streichen - und er hatte damit am Ende auf ganzer Linie Erfolg. Wer hätte da noch an Taiwan gedacht oder sich den Kopf über das Schicksal der nicht einmal 20 Millionen Taiwanesen zerbrochen, die ja ohnehin als sicher aufgehoben galten!¹³¹

Das Gewicht des neuen sino-amerikanischen Verhältnisses wurde, wie sich schon bald zeigen sollte, von beiden Seiten weit überschätzt. So erhofften sich die USA beispielsweise von China einen starken Verbündeten gegen den Erbfeind Sowjetunion, während das reformerische China umgekehrt gewaltige Kapital- und Technologietransfers erwartete. Nachdem sich die erste Begeisterung gelegt hatte, kam auf beiden Seiten schnell Ernüchterung auf - eine Entwicklung, die nun wiederum der RCh zugute kam.

Trotz solcher Enttäuschungen blieb die Carter-Regierung bei ihrer Meinung, daß mit der diplomatischen Anerkennung Beijings durch Washington eine "Anerkennung der Realität" stattgefunden habe. Man müsse langfristig denken und dürfe nicht vergessen, daß nun endlich der "volkreichste Staat der Welt mit der stärksten Macht der Welt normale Beziehungen aufgenommen" habe.¹³²

Mit dem Schritt vom 1. Januar 1979 war außerdem die Taiwan-Frage zum größten Teil "entamerikanisiert" und zu einem innerchinesischen Problem gemacht worden. Nicht zuletzt aber ging mit der "derecognition" gegenüber Taiwan ein Stück Nachkriegsgeschichte zu Ende.

Ein Jahr nach dem "Carter-Coup" kam in Taipei wieder Hoffnung auf, daß das Rad der Geschichte vielleicht doch noch einmal zurückgedreht würde; versprach doch einer der aussichtsreichsten Kandidaten, der um das Amt des Präsidenten gegen Carter antrat, nämlich Ronald Reagan, die Wiederherstellung der Beziehungen zu Taiwan. Reagan gewann den Wahlkampf zwar gegen den von Taipei verabscheuten Carter, doch mußte auch er sich am Ende den Realitäten beugen und schließlich sogar den wachsenden Protesten Beijings gegen die fortgesetzten Waffenlieferungen der USA an Taiwan nachgeben.

5.3.1.4.

Balsam auf die Wunden: Der TRA (Taiwan Relations Act)

Alle Befürchtungen erwiesen sich am Ende als gegenstandslos: weder ließen die USA Taiwan fallen, noch kam es zu einem Aufstand der taiwanesischen Bevölkerung noch erlitt die Inselwirtschaft auch nur den geringsten Einbruch - vielmehr war das Gegenteil der Fall.

Besonders tröstlich aber für Taiwan war es, daß der US-Kongreß, bei dem die Interessen Taiwans immer schon bestens aufgehoben waren, bereits Ende März 1979 das "Taiwan-Gesetz", den berühmten "Taiwan Relations Act" erließ, der u.a. die Fortsetzung der Lieferung von Defensivwaffen an die Inselrepublik vorsah.¹³³ Zusätzlich gab das Repräsentantenhaus und der Senat am 13.3.1979 die Erklärung ab, daß ein Angriff der VR China auf Taiwan von den USA als "ernste Angelegenheit" (grave concern) betrachtet würde.

Der "TRA", wie er von nun an zitiert zu werden pflegte, sollte die legale Basis für eine reibungslose Fortsetzung der amerikanischen Beziehungen zu Taiwan liefern, und zwar sowohl auf politischem und wirtschaftlichem als auch auf militärischem Gebiet. Er bestand aus 18 Paragraphen, in denen es, auf eine kurze Formel gebracht, darum ging, die RCh in jeder Hinsicht als Quasistaat zu behandeln.¹³⁴ Dieses "Als ob" - also eine juristische Fiktion - war der rote Faden, der sich durch das gesamte Gesetzeswerk zog.

Ziel des TRA sollte es nach § 2 sein, freundschaftliche, geschäftliche, kulturelle und "andere" Beziehungen zwischen den "Völkern" der USA und Taiwans aufrechtzuerhalten, wobei die Doppelerwartung bestehe, daß die Zukunftsprobleme Taiwans ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst würden, und daß Taiwan bei einer Herausforderung mit "nicht-friedlichen Mitteln" (u.a. auch mit Boykotts und Embargos) in der Lage sein müsse, sich selbst zu verteidigen.

Sodann folgen Regelungen über die praktische Durchführung dieser Politik, die vor allem mit zwei Instrumenten bewerkstelligt werden sollte, nämlich erstens einer US-"Sicherheitsgewähr", die anstelle des in der Zwischenzeit gekündigten Verteidigungsvertrags trete, und zweitens mit beider-

seitigen "Büros", die de facto diplomatischen Charakter besitzen und insofern den "Liaison Offices" gleichen sollten, wie sie sechs Jahre lang zwischen Washington und Beijing bestanden hatten.

Sicherheitsgewähr sollte gem. § 3 dadurch geleistet werden, daß die USA der Insel Taiwan Verteidigungsmittel ("defence articles and defence services") in solchen Mengen bereitstellen, wie sie für die Selbstverteidigung benötigt würden. Aus Beijinger Sicht war durch diese Klausel ein "Äquivalent" für den gekündigten Verteidigungsvertrag von 1954 geschaffen - oder besser: der damalige Pakt in "verkleideter Form wiederhergestellt" worden.¹³⁵

Das zweite Instrument war diplomatischer Natur: In § 6 werden die Modalitäten eines in Taibei zu errichtenden "American Institute of Taiwan" (AIT) festgelegt, das als "nichtkommerzielle Körperschaft" nach den Regeln des "District of Columbia" zu registrieren sei, und das auf Taiwan für alle jene Geschäfte zuständig sein sollte, die früher von den diplomatischen oder konsularischen Vertretungen wahrgenommen wurden. Das "Institut" sollte also Beglaubigungen und Beurkundungen erledigen, Eide abnehmen, jede andere Notariatsaufgabe durchführen, Trauungen vornehmen u.dgl. mehr. Es brauchte keine Steuern zu zahlen und sollte von Personal besetzt werden, das für die Dauer seiner Beschäftigung beim "Institut" vom Staatsdienst zu beurlauben sei, nach Rückkehr an die ursprüngliche Dienststelle aber alle Rechte aus dem früheren Beschäftigungsverhältnis behalten solle (§ 11). Das Institut könne auch Abkommen schließen, die dem Kongreß vorzulegen, also genauso zu behandeln seien, als wären es reguläre völkerrechtliche Abmachungen (§ 12).

Der taiwanesischen Seite wurde nahegelegt, ein ähnliches "Instrument" auf amerikanischem Boden zu errichten (§ 10). Dem Personal dieses "Instruments" stünden die im diplomatischen Verkehr üblichen Privilegien und Immunitäten zu.

Gem. § 4 sollte Taiwan nach wie vor als vollwertiger Vertragspartner behandelt werden, sollte weiterhin das Recht haben, vor amerikanischen Gerichten als Kläger oder Beklagter auf-

zutreten und sollte - bis auf den offiziellen Staatsnamen - die gleichen Rechte und Pflichten genießen wie jeder andere Staat.

Mit Ausnahme des (bereits gekündigten) Verteidigungspakts von 1954 und der darauf unmittelbar bezogenen Abkommen blieben sämtliche Verträge und Abkommen zwischen den USA und Taiwan aus der Zeit vor 1978 weiterhin in Kraft.

Als hätte sich zwischen Washington und Taibei seit dem 1. Januar 1979 nicht das Geringste geändert, nahm das AIT bereits drei Monate, nachdem die US-Botschaft in Taibei (am 1.3.1979!) ihre Pforten geschlossen hatte, seinen Betrieb auf. Am 27. Juni 1979 trat Charles Cross als erster Direktor des "Taipei Office of the AIT" seine Stellung an.

Auch die RCh verlor keine Zeit und errichtete sogar schon am 1. März 1979 anstelle ihrer früheren Botschaft das "Washington Office of the Coordination Council for North American Affairs", das mit Berufsdiplomaten besetzt wurde und unter seiner Kurzbezeichnung "CCNAA" das diplomatische Alltagsgeschäft unter geändertem Vorzeichen weiterbetrieb und in den nächsten Jahren auch eine Reihe von Verträgen typisch völkerrechtlichen Charakters abschloß:

- Am 5. März 1980 beispielsweise unterzeichneten AIT und der "Koordinationsrat für Nordamerikanische Angelegenheiten" einen Vertrag über den zivilen Luftverkehr,¹³⁶ dessen weitere Einzelheiten in den nachfolgenden Monaten ausgehandelt wurden. Am 16. November 1979 erhielt die CAL die Erlaubnis, zusätzlich zu ihren bisherigen Zielen noch vier weitere Stops in den USA einzulegen, nämlich auf Guam, in Seattle, in New York und in Dallas-Fort Worth.
- Am 18. November 1982 folgte das Abkommen über Wolle, Baumwolle, Kunstfasern und Textilprodukte,¹³⁷
- am 3. Februar 1983 die Vereinbarung über die Einrichtung einer amerikanischen Schule in Taibei,¹³⁸
- ferner ein Abkommen über die Gewährung von Privilegien und Immunitätsrechten an die Angehörigen der beiden Quasibotschaften¹³⁹
- und am 7. Juni 1982 ein Fischereiabkommen.¹⁴⁰

Außerdem war noch zwei Tage vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen ein Handelsvertrag zwischen Washington und Taipei geschlossen worden, in dem beiderseitige Zollermäßigungen für bestimmte Waren vereinbart wurden. Darüber hinaus hatte man sich darüber geeinigt, daß der US-Geheimdienst CIA auch weiterhin auf Taiwan bleiben und dort in der Nähe von Taipei eine Station zur Beobachtung der sinokommunistischen Luftwaffe betreiben dürfe.¹⁴¹

Anfangs gab es noch eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden:

- Die AIT-Büros in Taipei und Gao-xiong übernahmen von Anfang an alle Funktionen der früheren Botschaft und der Konsulate, mußten allerdings von nun an mit 55 statt früher mit 110 Angestellten auskommen. Außerdem mußte AIT, bevor es Visa für Taiwanesen ausstellte, die Genehmigung des US-Konsulats in Hongkong einholen - ein etwas umständliches Verfahren.

- Auch der CCNAA mußte sich etwas einschränken: Hatte Taiwan vorher in den USA 14 Konsulate unterhalten, so waren es jetzt nur noch 9 Quasikonsulate. Daneben kam es immer wieder zu Schwierigkeiten mit den amerikanischen Waffenlieferungen,¹⁴² gegen die Beijing ohne Unterlaß protestierte.¹⁴³

Auch das TRA geriet eine Zeitlang unter den Dauerbeschuß der volksrepublikanischen Medien.¹⁴⁴ Beijing beschwerte sich darüber, daß sich an den "Beziehungen zwischen den USA und der Provinz Taiwan praktisch nichts geändert" habe.

5.3.1.5.

Das amerikanisch-chinesische Kommuniqué vom 17.8.1982 und die fort-dauernden Waffenlieferungen an Taiwan

Der TRA war für die Regierung in Beijing von Anfang an ein Dorn im Auge⁴⁵ - und wurde es immer mehr, je intensiver die USA ihre FMS (Foreign Military Sales), d.h. also ihre offiziellen Waffenlieferungen, fortsetzten, um so, wie es hieß, den "Bedürfnissen der Verteidigung Taiwans" Rechnung zu tragen. Bereits am 3. Januar 1980 kündigte die US-Regierung die Wiederaufnahme der Waffenlieferungen an Taiwan an, die zwischenzeitlich ein Jahr lang unterbrochen worden waren.

Immer gereizter wies Beijing von jetzt an darauf hin, daß der TRA und die FMS-Praxis im Widerspruch zum Shanghaier Kommuniqué von 1972 und zum diplomatischen Aufnahme-kommuniqué von 1979 stünden.

Als es anläßlich der Lieferungen von F-5-Flugzeugen wieder einmal zu zornigen Kommentaren Beijings und zu einer weiteren Trübung im beiderseitigen Verhältnis kam, ließ sich die amerikanische Seite Ende 1981 auf 10monatige Verhandlungen mit der VR China ein, an deren Ende das "Gemeinsame Kommuniqué vom 17. August 1982" stand. Beide Seiten erklärten in diesem Schriftstück, daß für sie die Prinzipien von 1972 (Shanghaier Kommuniqué) und 1979 (Aufnahme diplomatischer Beziehungen) nach wie vor verbindlich seien. Sodann stellte die chinesische Seite fest, daß die FMS die "chinesische Souveränität beeinträchtigen". Die FMS-Frage müsse auf der Grundlage des Souveränitätsprinzips gelöst werden. Eigentlich hätte die amerikanische Seite ihre Waffenlieferungen ja längst einstellen müssen; doch offensichtlich handle es sich hier um ein Problem, das von der Geschichte hinterlassen worden sei, und das deshalb nicht über Nacht, sondern Schritt für Schritt über einen längeren Zeitraum hin zu bereinigen sei.

Ganz in diesem Sinne auch erklärte die amerikanische Seite, daß sie "nicht daran denke, eine langfristige Politik der Waffenverkäufe zu betreiben, und daß ihre FMS an Taiwan weder qualitativ noch quantitativ das Niveau der Lieferungen in den letzten Jahren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den USA überschreiten werden. Die USA planen vielmehr, schrittweise ihre Waffenlieferungen an Taiwan zu reduzieren und sie schließlich, nach einer gewissen Zeit, endgültig einzustellen" (terminate completely over period of time).¹⁴⁶ Die Vorschläge zur "Nichtausweitung" und zur "allmählichen Einstellung" waren übrigens von chinesischer Seite in die Verhandlungen eingebracht worden.¹⁴⁷

Aus der Sicht Chinas gab es von jetzt an drei Plattformen, die für das sino-amerikanische Verhältnis bestimmend sein sollten, nämlich das - jetzt schon archetypische - Shanghai-Kommuniqué vom 28. Februar 1972, ferner das Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vom 1. Ja-

nuar 1979 und das neue Gemeinsame Kommuniqué über die allmähliche Einstellung der Waffenlieferungen an Taiwan vom 17. August 1982.¹⁴⁸

Taipei, das die Verhandlungen längere Zeit voller Mißtrauen verfolgt hatte, konnte aufatmen und mit Befriedigung feststellen, daß die Amerikaner (1) kein Datum für die Beendigung der FMS gesetzt hätten, daß sie (2) den Beijinger Forderungen nach einer Revision des TRA weiterhin die kalte Schulter zeigten, daß sie (3) die RCh nicht zu Verhandlungen mit Beijing zwingen wollten, und daß sie (4) auch weiterhin von der Souveränität Taiwans ausgingen.¹⁴⁹

Auch in der "Post-Kommuniqué-Periode" gingen die amerikanischen Waffenverkäufe an Taiwan zunächst fast ungebremst weiter. Hatten sie sich 1980 auf eine Summe von 520 Mio. US\$ belaufen (davon 462 FMS und 58 kommerzielle Lieferungen), so waren es 1983 784 (699:85), 1985 755 (700:55), 1987 720 (510:210) und 1988 700 Mio. (600:100).¹⁵⁰

Zu den amerikanischen Lieferungen gehörten Jagdflugzeuge (darunter beispielsweise 66 F-104 G-Flugzeuge, die übrigens aus Beständen der deutschen Bundesluftwaffe übernommen worden waren, ferner Raketen, Luftabwehrgeschütze und Antitankgeschütze. In der Entwicklung gab es eine deutliche Verschiebung von regierungsoffiziellen FMS auf privat-kommerzielle Verkäufe - eine zukunftssträchtige Entwicklung! Im Februar 1983 lieferten die USA 66 US-Kampfflugzeuge¹⁵¹ und im Juli 1983 Flugabwehrraketen und andere Defensivwaffen¹⁵² - ein dauerndes Ärgernis für Beijing und eine Genugtuung für die amerikanische "Taiwan-Lobby".

Die Frage, welche Lieferungen nötig sind, um die "Selbstverteidigungsfähigkeit" Taiwans aufrechtzuerhalten, wurde zum Ausgangspunkt ständiger Querelen zwischen Beijing und Washington.

Obwohl die Kommuniqué-Vereinbarung vom August 1982 keine Einschränkung der US-Waffenlieferungen nach sich zog, hielt es Taiwan doch für ratsam, sich zunehmend mit Waffen eigener Produktion einzudecken, wobei es insgeheim die - teuer zu bezahlende - Hilfe zahlreicher ausländischer

Rüstungsbetriebe in Anspruch nahm. Vertreter von Rüstungsfirmen aus aller Welt gaben sich vor allem seit Beginn der 80er Jahre in Taibei die Klinke in die Hand. Nur mit ihrer Hilfe war es möglich, Kriegsschiffe und Flugzeuge modernster Bauart zu entwickeln. Im Dezember 1988 rollte der erste "Indigenous Defence-Fighter" (IDF), also der erste angeblich vollständig in Taiwan entwickelte Jagdbomber, von den Bändern und wurde (unter der Bezeichnung "Jingguo" - zu Ehren des verstorbenen Staatspräsidenten) einer zentraltaiwanesischen Basis der RCh-Luftwaffe übergeben.¹⁵³ Die Regierung habe für den IDF 1 Mrd. US\$ als Entwicklungs- und Produktionskosten bereitgestellt, hieß es. Die Führung war sich bei diesem teuren Projekt der Tatsache bewußt, daß die Luftwaffe das Hauptabfanginstrument der vordersten Linie war. Vor allem hatte sie den Luftraum über der Formosastraße abzuschirmen und damit die neuralgischste Aufgabe im Glacis Taiwans zu erfüllen. Da Beijing nie ausdrücklich auf Gewalt gegen Taiwan als Mittel zur Lösung der Wiedervereinigungsfrage verzichtet hatte, erschien Wachsamkeit auch jetzt als oberstes Gebot.¹⁵⁴

5.3.2.

Diplomatischer Durchbruch der VR China an allen Fronten

Nach dem Nixon-Besuch startete China - unter Zhou Enlais Führung - mit einer außenpolitischen Offensive des Lächelns, die durchschlagende Erfolge nach sich zog. Allein 1972 nahmen nicht weniger als 16 Staaten (2 aus Asien, 4 aus Afrika, 4 aus Amerika, 4 aus Europa und 2 aus Ozeanien) mit Beijing diplomatische Beziehungen auf, unter ihnen Japan, die Bundesrepublik Deutschland, Australien, Neuseeland, Mexiko und Argentinien. Mit wenigen Ausnahmen, so z.B. der Bundesrepublik, die bis dahin weder mit Beijing noch mit Taibei diplomatisch verbunden gewesen war, geriet diese Entwicklung zu einem Nullsummenspiel auf Kosten der RCh: Was Beijing gewann, ging Taibei verloren.

5.3.3.

Der "Verrat" Japans

5.3.3.1.

Der "Tanaka-Schock"

Mit asiatischen Staaten erlebte Taibei sein diplomatisches Fiasko erst in den 70er Jahren. 1972 "liefen" Japan und die Malediven, 1974/75 Malaysia, die

Philippinen, Thailand und Bangladesh nacheinander zur Volksrepublik "über". Indien, Birma, Indonesien, Pakistan, Nepal, Sri Lanka und Kambodscha hatten sich der VR China bereits in den 50er Jahren zugewandt, und Laos war 1962 gefolgt.

Die schmerzlichste Enttäuschung aber bereitete Japan, dessen Ministerpräsident Tanaka am 29. September 1972 diplomatische Beziehungen mit Beijing aufnahm und gleichzeitig das offizielle Verhältnis zu Taibei abbrach sowie den 1952 mit der RCh geschlossenen Friedensvertrag für aufgehoben erklärte (schon wenige Tage später übrigens wurden während eines Besuchs des damaligen Außenministers Walter Scheel am 11. Oktober 1972 diplomatische Beziehungen auch mit der Bundesrepublik vereinbart).

Nach allem, was bisher zwischen der GMD-Regierung und Japan geschehen war, schien der japanische Schritt aus RCh-Perspektive ungeheuerlich: Nach dem Ersten Weltkrieg hatte Japan aufgrund des Versailler Vertrags die deutschen kolonialen Rechte und Besitzungen in der chinesischen Provinz Shandong übernommen und dies, obwohl China offiziell mit zu den damaligen Siegermächten gehört hatte. 1931 hatte Nippon die nordostchinesischen Provinzen besetzt und dort 1932 den Marionettenstaat "Manzhouguo" errichtet. Schlimmer noch: 8 Jahre lang, von 1937 bis 1945, hatten die Armeen des Tenno einen totalen Krieg gegen China geführt. Gleichwohl hatte sich Jiang Jieshi bei der Kairoer Konferenz (1943) für die Beibehaltung des Tenno-Systems und der weiteren Einheit Japans eingesetzt und gefordert, daß "Böses mit Gutem vergolten" werde (yi de bao yuan). Auch wenn diese Haltung nicht nur edlen Motiven, sondern realpolitischen Überlegungen entsprungen war, glaubte die RCh-Führung doch, von Japan Entgegenkommen, ja Dankbarkeit erwarten zu dürfen, zumal die RCh im Friedensvertrag von 1952 auf Kriegsreparationen verzichtet hatte.

Eine Reihe von japanischen Regierungen, u.a. die Kabinette Yoshida und Sato, hatten diesen Erwartungen durchaus auch entsprochen. Doch dann war Tanaka Ministerpräsident geworden - ein Politiker, der sich bereits im Wahlkampf für einen eindeutigen Pro-Beijing-Kurs ausgesprochen

hatte. Die Führung in Taibei war eine Zeitlang der Meinung, daß es sich bei Äußerungen dieser Art um bloßes Wahlkampfgetöse handle und hatte sich einfach nicht vorstellen können, daß Japan allen (nach konfuzianischer Ethik begründeten) Dankbarkeitsverpflichtungen zuwiderhandeln und sich auf Pro-Beijing-Kurs begeben könnte.¹⁵⁵

Als das Undenkbare dann doch eintrat und Japan die Seiten wechselte, gab es in Taibei nicht nur empörte Proteste, sondern auch lange innenpolitische Auseinandersetzungen über Sanktionen, sei es nun den Boykott japanischer Waren oder aber die Sperrung der Taiwanstraße für japanische Schiffe,¹⁵⁶ zumal sich die RCh ja nach Aufkündigung des Vertrags von 1952 de jure wieder im Kriegszustand mit Japan befände.

Doch nichts wird so heiß gegessen wie es gekocht wird - auch nicht in Taiwan: Zwar wurde am 8. September 1972 die Höchstgrenze für japanische Lieferungen auf 20 Mio. US\$ pro Auftrag festgelegt; höhere Einfuhraufträge sollten künftig nach Europa oder an die USA vergeben werden.¹⁵⁷ Doch all diese Gegenmaßnahmen erwiesen sich schon bald als stumpfe Waffe. Zwar war Taiwan, den Behauptungen vieler seiner Gegner zum Trotz, keineswegs schon wieder ein Bestandteil der japanischen "Großasiatischen Wohlstandssphäre" geworden, doch lief seine Wirtschaft seit nunmehr schon zwei Jahrzehnten erneut so sehr im Fahrwasser Japans, daß es bei einer Abkoppelung mehr sich selbst als den Japanern geschadet hätte.¹⁵⁸ Außerdem stand immer noch die Möglichkeit offen, vom Einfluß der in Japan nach wie vor gewichtigen Taiwan-Lobby künftig stärkeren Gebrauch zu machen.

Nicht zuletzt aber verlief die Umpolung von offiziellen auf halboffizielle Beziehungen am Ende wesentlich schmerzloser als befürchtet: Kaum hatten die Botschaften beider Länder ihre Pforten geschlossen, errichteten sie auch schon quasidiplomatische Ersatzorganisationen. Taiwan gründete im November die "Gesellschaft für Beziehungen mit Ostasien" (East Asia Relations Association, Yadong guanxi xiehui), Tokyo die "Japanische Gesellschaft für Beziehungen mit Taiwan" (Japan-Taiwan Interchange Association, Ri Tai jiaoliu xiehui).

Nach außen hin traten als Initiatoren und Gründungsmitglieder zwar Industrielle auf (in Taiwan hatten sich zu diesem Zweck 45 Wirtschaftsvertreter zusammengefunden), doch ihrem ganzen Charakter nach waren die "Büros" eher Ersatzbotschaften. Die Zweigstellen der Büros wurden denn auch überall dort eingerichtet, wo es früher Konsulate gegeben hatte, nämlich für Taiwan in Tokyo, Osaka und Fukuoka, für Japan in Taibei und in Gaoxiong. An die Spitze des "Büros" der "Japanischen Gesellschaft für Beziehungen mit Taiwan" in Taibei rückte obendrein ein früherer Botschafter in Taiwan, Osamu Itanaki.¹⁵⁹ Beide "Gesellschaften" wurden ferner z.T. mit Regierungsmitteln finanziert.

Ganz im Stile diplomatischer Gepflogenheiten schlossen die beiden Gesellschaften am 26.12.1972 einen Vertrag über die Modalitäten ihrer künftigen gegenseitigen Beziehungen ab. Allerdings wurden Pässe für Japaner von nun an von der RCh-Botschaft in Seoul, solche für Taiwanchinesen vom japanischen Generalkonsulat in Hongkong ausgestellt.

Noch allerdings gab es Turbulenzen. Am 19. April 1974 beispielsweise erklärte Taibei die Flugverbindungen mit Tokyo für beendet, nachdem das japanische Außenministerium erklärt hatte, daß das nationalchinesische Emblem auf CAL-Flugzeugen in Japan nicht länger anerkannt werde. Japanischen Flugzeugen wurde nun eine Zeitlang sogar das Überfliegen des nationalchinesischen Luftraums verboten.

Flexibel wie beide Partner waren, fanden sie jedoch auch hier schon bald eine brauchbare Ersatzlösung. Am 9. Juli 1975 einigten sie sich darauf, daß die CAL künftig den alten Tokyoter Flughafen Haneda anfliegen, der neue Airport Tokyos, Narita, aber der VR-chinesischen CAAC vorbehalten bleiben solle. Umgekehrt gründete die Japan Air Lines eine Tochter, die "Japan Asia Airways", die ausschließlich dem Zweck dienen sollte, den Flugverkehr nach Taiwan abzuwickeln. Die "Taiwan GmbH" hatte auf diese Weise erneut ein Schlupfloch gefunden, um ihren offiziellen Vertretungsanspruch für ganz China und ihre Wirtschaftsinteressen auf einen Nenner zu bringen. Tokyo machte dieses Spiel gerne mit, da Taiwan nicht nur ein interessanter Wirtschaftspartner, sondern auch ein

strategischer Vorposten im südlichen Glacis Japans bleiben sollte. U.a. plädierte Tokyo in den USA dafür, daß der taiwanesisch-amerikanische Verteidigungspakt von 1954 beibehalten werden möge.

5.3.3.2.

Streitigkeiten um die Klippeninseln Diaoyutai

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Tokyo vom 29.9.1972 hatte in Taiwan nicht zuletzt auch deshalb so starke Emotionen wachgerufen, weil es gerade vorher eine monatelange, von beiden Seiten mit Erbitterung geführte Auseinandersetzung um eine kleine "ölverdächtige" Insel gegeben hatte, in deren Verlauf alte, längst vergessene geglaubte antijapanische Ressentiments wieder hochgekommen waren; offensichtlich bedurfte es nur eines kleinen Anstoßes und schon kam Lava aus dem Vulkan.

Diaoyukai ("Fischfangterrasse" oder einfach "Angelplatz"), das von den Japanern "Senkaku" ("Spitzpavillon-Insel") genannt wird, liegt etwa 180 km nordöstlich von Taiwan und rd. 350 km südwestlich von Okinawa. Da in seiner Umgebung seit einiger Zeit Erdöl vermutet wurde, hatte Taibei im August 1970 drei amerikanische Ölgesellschaften mit Versuchsbohrungen beauftragt.¹⁶⁰

Ganz unerwartet für die RCh-Regierung legte das japanische Gaimusho (Außenministerium) gegen die Vertragsabschlüsse Protest ein, und zwar mit dem Hinweis, daß die Insel zu Japan gehöre, nämlich zur Ryukyu-Kette, die damals zwar noch unter amerikanischer Militärverwaltung stand, jedoch bis Ende 1972 an Japan zurückgegeben werde.¹⁶¹

Die Öffentlichkeit Taiwans reagierte empört, und die Regierung in Taibei wurde nicht müde, immer neue Argumente für die eigenen Positionen ins Feld zu führen: Diaoyutai gehöre keineswegs zu den Ryukyus, sondern sei eine Insel, die auf dem chinesischen Festlandsockel (Schelf) aufsitze und topographisch von der Ryukyu-Kette aufs markanteste durch einen rd. 1.000 m tiefen Seegraben getrennt sei. Schon während der japanischen Kolonialherrschaft übrighens habe ein Tokyoter Gericht i.J. 1941 die Diaoyutai-Insel bezeichnenderweise der Verwaltung Jilongs unterstellt.¹⁶²

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen fuhr eine Gruppe von taiwanesischen Journalisten am 25. August 1970 zur Diaoyutai-Insel und pflanzte dort die RCh-Flagge auf.¹⁶³

Als der Streit zwischen den müde gewordenen Gegnern abzuflauen begann, schaltete sich Beijing, das bisher als lachender Dritter zugesehen hatte, in die Diskussion ein und bezeichnete die ganze Auseinandersetzung als gegenstandslos, da Diaoyutai ja zweifellos zu China gehöre, und daß dessen Regierung es niemals "erlauben würde, daß die Reaktionäre der USA und Japans die Meeresbodenschätze unseres Landes plündern".¹⁶⁴ Damit hatte sich eine Macht eingeschaltet, mit der nicht gut Kirschen essen war und mit der Japan sich ja überdies gutstellen wollte. Es wurde wieder ruhig um Diaoyutai, zumal sich die Ölerwartungen offensichtlich als Luftblasen erwiesen hatten.¹⁶⁵ Einige Jahre später, im Mai 1979, flakerte der Diaoyutai-Streit erneut kurzzeitig auf, als das japanische Verkehrsministerium einen Hubschrauberflugplatz auf der Insel anlegen wollte.¹⁶⁶

5.3.4.

Der Streit um die Inseln im Südchinesischen Meer

Hatte sich Taiwan schon bei den Auseinandersetzungen um Diaoyutai mächtig ins Zeug gelegt, so erst recht bei den Streitigkeiten um die Spratleys und Paracels (Xisha und Nansha) im Südchinesischen Meer. Hier zeigte sich, daß Taibei nach wie vor in gesamtchinesischen Kategorien dachte.

Auf den ersten Blick wirkt der Streit grotesk; sind doch die einzelnen Inseln so winzig - die größte hat nur 2 qkm Landfläche! -, daß sie ohne Versorgung von außen nicht einmal dauerhaft bewohnt werden könnten. Aus diesem Grunde auch haben sich bisher nur Soldaten und Wissenschaftler über längere Zeit dort aufgehalten. Wenn das Eigentum an den Inselchen gleichwohl zur politischen brisanten Frage geworden ist, so deshalb, weil das Südchinesische Meer als Nord/Süd- und als Ost/West-Trasse der internationalen Schifffahrt bedeutsam, und weil das flache Meer außerdem eine Fundgrube für Rohstoffe ist, vor allem für Öl. Im wesentlichen handelt es sich um vier Hauptarchipele, nämlich Pratas (chin.: "Ostsandinseln", Dongsha qundao), Macclesfield Bank

(chin.: "Mittelsandinseln", Zhongsha qundao), Paracel (chin.: "Westsandinseln", Xisha qundao) und um die Spratleys (chin.: "Südsandinseln", Nansha qundao). Die erstgenannten drei Archipele werden inzwischen von der VR China kontrolliert - der Paracelarchipel vor allem seit dem Seegefecht der volksrepublikanischen Marine mit den Streitkräften des früheren Südvietnam i.J. 1974, bei dem die VBA Siegerin geblieben war.

Der mit rd. 100 Inseln weitaus größte Archipel, Spratley, ist dagegen zwischen mehreren Staaten umstritten, und zwar zwischen der VR China, Vietnam, den Philippinen, Malaysia und - Taiwan/RCh.

Taiwan hält die größte der Spratleys, Itu Aba (chin.: "Taiping dao"), die 43 ha groß ist und - typisch für all die dortigen Inseln - lediglich rd. 4 m über den Meeresspiegel herausragt.

Als hätte es sonst keine Sorgen, leistet sich Taiwan dort seit Beginn der 60er Jahre eine ständige Garnison von 500 bis 1.000 Mann. Nachschub und Entsatz kommen dreimal im Jahr auf einem kleinen Konvoi, der aus einem Zerstörer, einem Tanker und einem Versorgungsschiff zu bestehen pflegt. Außerdem wurde auf dem Inselchen eine Landebahn angelegt und 1974 ein Postamt eingerichtet.

Taiwan war mit seinen Besitzansprüchen am Südchinesischen Meer nicht weniger unbescheiden als die VR China¹⁶⁷ und zeigte überdies Bereitschaft, seine Ansprüche notfalls auch militärisch zu verteidigen. Im Juni 1976 protestierte es gegen die Pläne mehrerer philippinischer Unternehmen, im Bereich der Spratleys nach Öl zu bohren. Beijing schloß sich diesen Erklärungen an.¹⁶⁸ Diese merkwürdige Kumpanei hielt auch in anderen Bereichen vor. Als es beispielsweise am 14. März 1988 zu einem Seegefecht zwischen Einheiten der VR China und Vietnam im Archipelbereich kam, erklärte Taiwan, es werde den festlandchinesischen Kräften notfalls zu Hilfe eilen, fügten allerdings im gleichen Atemzug hinzu, daß das festländische China eine solche Hilfe offensichtlich nicht benötige.¹⁶⁹

Am 6. September 1979 erklärte die Regierung in Taibei, daß die Territorialgewässer der RCh von 3 auf 12 sm ausgedehnt und daß außerdem 200 sm

als Wirtschaftszone beansprucht würden.¹⁷⁰ Wahrscheinlich möchte Taiwan diese Ansprüche auch rings um Itu Aba herum verwirklicht sehen!

5.3.5.

Das Spiel mit der Moskau-Karte

Es gab eine Zeit, da die Sowjetunion der Regierung in Taibei als erwägenswerte Alternative erscheinen mochte, vor allem in den Jahren 1969 bis 1973, als die Beziehungen zwischen Beijing und Moskau bis zum Zerreißen gespannt waren und als Taibei überdies aus der UNO ausgeschlossen wurde, sowie erneut in den Jahren 1978 ff., als die USA diplomatische Beziehungen mit Beijing anbahnten und Taiwan endgültig in die Isolierung zu geraten schien.

Taibei glaubte dadurch einen Freibrief bekommen zu haben und begann intensiv - und laut - über eine Annäherung an die UdSSR nachzudenken. Gab es da für beide Seiten nicht beträchtliche Vorteile? Die Sowjetunion beispielsweise könnte Hafenrechte in Taiwan erwerben und müßte ihre Pazifikflotte fortan nicht mehr - von Wladivostok und Sowetskaia Gavan aus - durch vier Wasserstraßen-Nadelöhre zwingen, die gefährlich nahe dem japanischen und südkoreanischen Territorium lagen. Wie schon den Japanern in den Jahren nach 1895 müßte Taiwan, so dachte man, der Sowjetunion als Marinebasis außerordentlich verlockend erscheinen, da es von hier aus nur noch "einen Steinwurf" bis zur amerikanischen Marinebasis Subic Bay war, da hier außerdem das Operationsgebiet der 7. US-Flotte lag, und da von hier aus nicht zuletzt auch die Zugänge nach Südostasien sowie die Küsten der Volksrepublik China optimal überwacht werden konnten.

Auch für Taiwan schien eine Verbindung mit der Sowjetunion durchaus vorteilhaft. In offiziellen Verlautbarungen¹⁷¹ hieß es, daß die Sowjetunion in der Not zu einem "Rettungsgürtel für die Republik China" werden könne, wobei alle möglichen Formen der Zusammenarbeit, angefangen von symbolischen bis hin zu militärischen Beziehungen, möglich seien. Auch könne es Moskau verhindern, daß Taiwan zu einem "zweiten Südvietnam" werde. Mit warnendem Unterton gab es Hinweise, daß sich Jiang Jingguo 12 Jahre lang in der Sowjetunion aufgehalten habe, fließend russisch spreche, mit einer

Russin verheiratet sei, daß ferner 200 der taiwanesischen Stabsoffiziere das Russische beherrschten, und daß nicht zuletzt das in der Sowjetarmee übliche Doppelkommando von Kommandant und Partioffizier auch in der chinesischen Nationalarmee eingeführt worden sei.

Vor allem in den Jahren der sino-sowjetischen Eiszeit kam es zu Annäherungen zwischen Taibei und Moskau, die allerdings eher symbolischen Charakters waren.¹⁷² Im Mai 1969 und im Oktober 1978 beispielsweise besuchte der Moskauer Korrespondent Victor Louis die Inselrepublik.¹⁷³ Bei seiner ersten Visite hatte er u.a. auch Gespräche mit dem damaligen Verteidigungsminister Jiang Jingguo geführt. Wenige Monate später, im Mai 1969, hatte der Stellvertretende Erziehungsminister der RCh, Gu Yuxin, die Sowjetunion besucht, und im Mai 1973 hatte ein sowjetischer Flottenverband aus fünf Kriegsschiffen die Insel umfahren und war dabei zum ersten Mal in die Formosastraße eingedrungen, wobei er zur festländischen Küste einen Abstand von rd. 50 km hielt. Vermutlich hatte der Konvoi Auftrag, die Küstenverteidigung der Volksrepublik auszukundschaften. Die Regierung in Taibei, die über dieses Manöver von Anfang an informiert war, rührte nicht einen Finger, obwohl ihre Flotte in früheren Jahren mehrmals Frachtschiffe der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Staaten in diesem Gebiet aufgebracht hatte.¹⁷⁴ Zufall oder nicht: Das Manöver fand zwei Tage statt, bevor David K. Bruce als erster offizieller Vertreter der Vereinigten Staaten sein Amt als Vorsitzender des U.S. Liaison Office in Beijing antrat.

Trotz zahlreicher symbolischer Gesten kam es aber dann - fast erwartungsgemäß - doch zu keinem Bündnis zwischen Taibei und Moskau. Für beide Seiten war die Diskussion um bilaterale Beziehungen allem Anschein nach lediglich Spielmaterial, dessen phantasivolle Anwendung die jeweiligen Gegner nachdenklich machen sollte.

Sowohl Taiwan als auch die Sowjetunion waren vermutlich schon bald zu der Erkenntnis gekommen, daß die Nachteile eines Rapprochements am Ende schwerer zu Buche schlugen als die Vorteile:

- Taiwans Wirtschaft beispielsweise war viel zu sensibel und viel zu sehr in den Weltmarkt integriert, als daß sich

die Insel eine Allianz mit einem Land wie der Sowjetunion hätte leisten können. Vermutlich hätte ein solches Bündnis vor allem auf westliche Investoren abschreckend gewirkt. Außerdem hätte Taiwan noch stärker als bisher den Unwillen Beijings auf sich gezogen. Überdies machte sich auch die Last der Geschichte bemerkbar: Niemand in der damaligen GMD-Führung hätte sich wohl nicht an die unzähligen Einmischungsversuche der Komintern in die Angelegenheiten Chinas während der 20er, 30er und 40er Jahre erinnert. Noch 1955 hatte Jiang Jieshi all diese Interventionen in seinem Buch "Sowjetrußland in China" aufgelistet - einem Werk, das zu einer einzigen bitteren Abrechnung mit der UdSSR geraten war.

- Für die Sowjetunion andererseits hätte ein Bündnis mit Taiwan zusätzliche Spannungen zur VR China gebracht. 1969 standen sich die beiden Riesen - im Zusammenhang mit dem Ussuri-Zwischenfall - ohnehin schon Gewehr bei Fuß gegenüber. Sollte man hier wirklich noch zusätzliches Öl ins Feuer schütten!? Basen auf Taiwan würden vermutlich auch die Spannungen zu den USA erhöhen.¹⁷⁵

Offensichtlich unter der Devise "Keine gefährlichen Experimente!" ließen beide Seiten spätestens Mitte der 70er Jahre endgültig vom Mimikry- oder gar erst vom Bündnisgedanken ab. Erst nach der reformerischen Wende in der Sowjetunion, als die UdSSR aus der Sicht Taiwans ihre "sozialistische" Substanz verloren hatte, kam es wieder zu Annäherungen. Zum Ärger Beijings vereinbarte die Aeroflot i.J. 1990 direkte Flugverbindungen mit Taibei. Auch der "Osthandel" Taiwans hatte sich zu dieser Zeit bereits angelassen.

5.3.6. Tauziehen im IOK

Nicht nur in der UNO, sondern auch in anderen internationalen Organisationen hatte Taiwan um seine Selbstbehauptung zu kämpfen - dort manchmal sogar schon früher als vor den Vereinten Nationen. Besonders weit, nämlich bis in die frühen 60er Jahre zurück, reichte das Tauziehen im Internationalen Olympischen Komitee. Schon bei den Olympischen Spielen von Rom durfte die Equipe Taiwans nicht unter der Bezeichnung "Republik China" einmarschieren. Taibei hatte sich dieser Anordnung gebeugt und

seine Mannschaft am 25.8.1960 ein Transparent mit den Worten "Unter Protest" mitführen lassen.

Am Vorabend der Olympischen Spiele von Montreal (1976) gab Taiwan bekannt, daß es die ihm aufgezwungene Tarnkappe nicht länger tragen, sondern von jetzt an wieder als "Republik China" antreten wolle. Kanada, das zu dieser Zeit gerade in umfangreichen Weizengeschäften mit der VR China stand, pochte - offensichtlich auf Druck Beijings - darauf, daß die Sportmannschaft der Insel entweder unter dem Namen "Taiwan" oder aber namenlos unter der olympischen Fahne auftreten solle. Daraufhin verzichtete Taibei auf die Teilnahme überhaupt und zog seine Mannschaft, die bereits in Ottawa angekommen war, wieder zurück. Der "Geist der Olympischen Spiele" sei, wie es in Taibei hieß, "unter kanadischen Weizenbüscheln begraben worden".¹⁷⁶

Am 7. April 1979 beschloß das IOK, die Volksrepublik China als neues Mitglied aufzunehmen, ohne allerdings die RCh aus ihren Reihen auszuschließen. Beijing hatte zwar nichts gegen das Verbleiben des nationalchinesischen NOK einzuwenden, verlangte aber, daß dessen Name künftig "Chinesisches Olympisches Komitee Taiwan" zu lauten habe.¹⁷⁷ Am 25. Oktober 1979 gab das IOK diesen Vorstellungen nach. Das nationalchinesische NOK müsse sich künftig "Chinesisches Olympisches Komitee mit Sitz in Taibei" nennen und darauf verzichten, Flagge und Hymne der RCh zu verwenden.¹⁷⁸

Taibei brauchte einige Zeit, um diese neue Zumutung zu verdauen, beugte sich aber schließlich im März 1981 den Forderungen des IOK. Diese Entscheidung war ein früher Vorbote der späteren "flexiblen Außenpolitik" (tan-xing waijiao) und trug außerdem dem Bedürfnis der RCh Rechnung, sich in den Leistungen ihrer Sportler auch weiterhin vor der Weltöffentlichkeit zu sonnen. Sportliche Spitzenergebnisse waren bisher hauptsächlich auf das Konto vor allem zweier taiwanesischer Athleten gegangen, nämlich C.K. Yangs, der 1960 den Weltrekord im Zehnkampf gebrochen, und der Läuferin sowie Weitspringerin Qi Zheng, die 1968 bei den Olympischen Spielen in Mexico die Bronzemedaille im 80 m-Hürdenlauf gewonnen hatte. Überdies

konnten taiwanesischen Athleten bei den Olympischen Sommerspielen in Seoul (1988) erste Plätze in zwei Taekwon-Do-Disziplinen gewinnen. Nicht zuletzt aber ist Taiwan bereits mehrere Male Weltmeister im Baseball geworden.

5.3.7.

Taiwan und die "93.Division" in Nordthailand

Die diplomatische Anerkennung Beijings durch mehrere asiatische Staaten hatte einige überraschende Nebenwirkungen. So schritt beispielsweise die thailändische Regierung, noch ehe sie mit Beijing diplomatische Beziehungen aufnahm (dies war am 1.7.1975), zur Auflösung und Entwaffnung der GMD-Truppen, die sich am Ende des chinesischen Bürgerkriegs (1949) auf der Flucht vor der "Volksbefreiungsarmee" in das gebirgige "Goldene Dreieck" zwischen Laos, Thailand und Birma abgesetzt hatten. Es handelte sich hierbei um rd. 10.000 Soldaten der 93.Division, von denen sich Anfang 1973 noch rd. 5.000 auf thailändischem Gebiet befanden, wo sie z.T. dem gewinnträchtigen Mohnanbau und Opiumhandel nachgingen. Ende 1970 war in dem von der 93.Division kontrollierten Grenzabschnitt der thailändischen Provinz Chiang Rai zum Zweck der psychologischen Kriegsführung gegen China eine mit Taibeier Zuschüssen betriebene Sende- und Abhörstation eingerichtet worden.

Anfang Mai 1973 oktroyierte die thailändische Regierung der Division ein Abkommen, demzufolge die noch verbliebenen Soldaten ihre schweren Waffen abliefern, sich registrieren lassen und im übrigen vom Opium- zum Obst- und Gemüsebau übergehen sollten.¹⁷⁹

Ein Teil der ehemaligen GMD-Soldaten war zwischen 1953 und 1961 bereits nach Taiwan evakuiert worden. Der verbliebene Rest erhielt durch eine Verfügung des Bangkokener Innenministeriums vom 16. Juni 1976 die Erlaubnis, sich in Thailand endgültig niederzulassen - allerdings konzentriert in einer einheitlichen Siedlung.¹⁸⁰ Das thailändische Militär sparte in diesem Zusammenhang nicht mit Lob: die GMD-Truppen hätten der thailändischen Nation gegenüber stets Loyalität bewiesen und seien 1972 sogar bei der Unterdrückung kommunistischer Terroristen behilflich gewesen.¹⁸¹

Die Sendeanlage müsse trotzdem geschlossen werden - offensichtlich eine Geste Bangkoks gegenüber Beijing.

5.3.8.

Ohne Dogma und Hallstein-Doktrin: das "elastische" Singapur

Als Wanderer zwischen beiden Welten betätigte sich jahrzehntelang Singapur, das die Meisterleistung fertigbrachte, sowohl zu Beijing als auch zu Taipei intensive politische und wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten, ohne den entscheidenden Schritt einer Formalisierung zu tun. Ministerpräsident Lee Kuan Yew machte in periodischen Abständen beiden Hauptstädten seine Aufwartung, ließ seine Besuche in Taipei allerdings lange Zeit geheimhalten. Allein zwischen 1973 und 1986 kam Lee nicht weniger als sechsmal auf die Insel; erst bei seiner Visite vom November 1985 wurde zum ersten Mal die Öffentlichkeit informiert. Möglicherweise hatte er von Beijing dafür grünes Licht bekommen - und sollte vielleicht sogar den Vermittler zwischen beiden Regierungen spielen.¹⁸²

Von der "flexiblen Außenpolitik" des Stadtstaates scheint die RCh-Regierung sich eine Scheibe abgeschnitten zu haben. Möglicherweise leitete sich ihre "Tanxing-Politik" der 80er Jahre sogar direkt von Singapur ab!

5.3.9.

Geländegewinne Taiwans im außenpolitischen Grauzonenbereich

Nach dem 26. Oktober, dem Tag des "Rückzugs" aus der UNO, konnte Taipei nur noch winzige außenpolitische Geländegewinne erzielen und - mehr oder weniger in der Grauzone - konsularische oder sogar diplomatische Beziehungen neu anknüpfen, so z.B. mit Westsamoa (1972), Honduras (1975), Nauru (1980), Guatemala (1982), den Solomon-Inseln (1983), Dominica (1983) und Santa Lucia (1984).

Sieht man von diesen "Leichtgewichten" ab, so gab es allerdings nur noch *einen* wirklich bedeutsamen "Zuwachs", nämlich die Republik Südafrika, die am 28. April 1976 eine Botschaft in Taipei eröffnete. Schon seit Jahren hatten beide Seiten miteinander in engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen gestanden, doch hatte sich die nationalchinesische Regierung mit Rücksicht auf die schwarzafrikanischen Länder mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zum

Apartheidstaat immer wieder geziert. Erst nachdem sich die meisten afrikanischen Partner von Taipei weggestohlen und sich der VR China zugewandt hatten, sah Taiwan keinen Anlaß mehr, die Schamfrist noch länger hinauszuschieben.¹⁸³ Mit merkwürdiger Genugtuung nahm man in Taiwan zur Kenntnis, daß die Chinesen im Apartheidstaat inzwischen als "Ehrenweiße" (rongyu bairen) anerkannt wurden.

5.3.10.

Die Tür öffnet sich für Auslandsreisen

Für den Durchschnittsbewohner Taiwans war der 1. Januar 1979 ein wichtiges Datum; von jetzt an nämlich konnte er sich zu touristischen Reisen ins Ausland aufmachen. Bis dahin hatten die Behörden ein Verlassen der Insel lediglich für Studienzwecke, für Geschäfte und Konferenzen, zur Behandlung von Krankheiten oder aber für Verwandtenbesuche genehmigt. Wegen bürokratischer Schwerfälligkeiten war es zu einer Flut von Dokumentenfälschungen gekommen, denen die Regierung offensichtlich nur auf zweifache Weise beikommen konnte, nämlich entweder durch repressive Maßnahmen, die allerdings auf die Dauer kaum Verbesserungen versprochen, oder aber durch eine Liberalisierung des Reiseverkehrs. Taipei wählte den rationelleren zweiten Weg. Der Drang, einmal die eigene enge Welt zu verlassen und sich mit dem frischverdienten Geld in der Welt umzuschauen, hatte Überdruck erzeugt, dem die Regierung auf Dauer wohl kaum standhalten würde - und warum sollte sie auch!?¹⁸⁴ Betroffen mußte man in Taipei allerdings schon bald feststellen, daß zahlreiche Touristen die neue Möglichkeit dazu nutzten, via Hongkong klammheimlich in die VR China einzureisen. Aus diesem Grunde wurden Devisen für Hongkong und Macao seit April 1979 nur noch restriktiv erteilt.

5.3.11.

Ersatzdiplomatie

Nicht nur im Außenwirtschaftsbereich, sondern auch auf außenpolitischem Gebiet verstand es Taiwan geschickt, die "diplomatische Abwanderung", die seit Herbst 1971 an allen Fronten einsetzte, mit einer flexiblen Gegenstrategie zu beantworten und quasi-diplomatische Kanäle herzustellen. Schon 1973 unterhielt die Insel Handelsbeziehungen mit nicht weniger als 126 Staaten und hatte in mehr als 70 Ländern "Büros", die unter den verschiedensten

Phantasiebezeichnungen Visa und Reisepässe ausstellten, Informationen sammelten und Material über Taiwan verteilten, also praktisch Ersatzbotschaften waren.

In Madrid beispielsweise wurde der zweitwichtigste Diplomat der früheren Botschaft sofort nach dem Abbruch der offiziellen Beziehungen zum Chef des "Sun Yat-sen Centers" ernannt, in Canberra etablierte sich ein Büro der "Australia-Free China-Society" und in Tokyo, wie bereits erwähnt, ein Büro der "Vereinigung für Ostasiatische Beziehungen", das Visen mit dem Stempel "Botschaft der Republik China, Seoul" erteilte.¹⁸⁵

Deutsche Reisende, die nach Taiwan wollten, erhielten in Frankfurt "Letters of Recommendation" des Taiwan Travel Service, die durch die Flughafenbehörden in Taipei sofort in Einreisevisa umgewandelt werden konnten.

Mit all diesen quasi-diplomatischen Schachzügen bewies Taiwan, daß ein Staat auch ohne offizielle Beziehungen zur Außenwelt überleben und gedeihen kann - wenn er nur seine wirtschaftlichen Hausaufgaben gründlich löst. Taiwan verhielt sich immer mehr wie ein "Multi" und wurde insofern zur Exemplifizierung der modernen Erkenntnis, daß in der industriellen (und postindustriellen) Welt die "kleine Politik" der Wirtschaft und der Kommunikation wesentlich wichtiger ist als die "große Politik" herkömmlichen Gepräges mit ihren "nationalen Interessen", Irredentismen und ihrer oft höchst kostspieligen "nationalen Ehre".

5.4.

Krieg und Frieden: Die Dauerauseinandersetzung mit der Volksrepublik China

5.4.1.

Beijings Offensive des Lächelns gegenüber Taiwan

Hatten sich die beiden Kontrahenten diesseits und jenseits der Taiwanstraße in den 50er und 60er Jahren noch mit eisiger Miene und Gewehr-bei-Fuß gegenübergestanden, so kam seit dem Nixonbesuch in der VR China Tauwetter und manchmal sogar ein Anflug von Lächeln auf. Vor allem Beijing, für das Taiwan nach wie vor als "Heiliges Territorium Chinas" (Zhongguode shensheng lingtu)¹⁸⁶ galt, gab sich geradezu gönnerhaft.

5.4.1.1.

Angebote der VRCh zwischen 1972 und 1978

Gleich im Anschluß an den Nixonbesuch in Beijing nahm die VR China eine alte Politik wieder auf, die sie bereits in den 50er und frühen 60er Jahren praktiziert hatte, nämlich das Mittel der "Briefoffensiven". Absender solcher Episteln waren vor allem ehemalige GMD-Funktionäre, die sich nun nach langer Zeit wieder an ihre "alten Kameraden" wandten, wobei jedem dieser Schreiben ein fest umrissenes Aufbauschema zugrunde lag. Themen dieser Briefe waren beispielsweise der durch den Sozialismus begünstigten Aufbau des Landes, die eigene sichere berufliche Stellung, die Ausbildung der Kinder, die schöne Heimat, die die "Kameraden" doch so viele Jahre nicht mehr zu Gesicht bekommen hätten, der Appell an eine Erneuerung der Einheitsfront und nicht zuletzt eine Schmähung all jener Kräfte, die eine "Unabhängigkeit" Taiwans anstrebten, so z.B. Peng Mingming.¹⁸⁷

Auch die Regierung selbst aß Kreide und drückte sich - nach all den propagandistischen Entgleisungen der Mao-Ära - eine Zeitlang höchst zurückhaltend aus. U.a. wurde nicht mehr von "Befreiung" (jiefang) Taiwans, sondern von "Wiedervereinigung" (tongyi) gesprochen.

Wie sanft es die Regierung in Beijing gegenüber Taiwan auch sonst angehen lassen wollte, zeigte u.a. die Aufforderung Zhou Enlais an eine philippinische Handelsdelegation im April 1972, doch unter keinen Umständen den Handel mit Taiwan einzuschränken oder gar einzustellen. Die Bevölkerung der Insel dürfe nicht unter der Politik ihrer Führung leiden.¹⁸⁸ Wenn Taiwan längere Zeit eine wirtschaftliche Hallsteindoktrin Beijings befürchtet hatte, so konnte es jetzt aufatmen. Beijing wollte offensichtlich nur eine diplomatische, nicht aber eine wirtschaftliche Isolierung der Insel.

Auch auf militärischem Gebiet gab es nun fast keine Provokationen mehr. Nachdem mit Wirkung vom 1.1.1979 die Beschiebung Jinnens offiziell eingestellt worden war, vermieden es nun auch Luftwaffe und Marine der VRCh, in den See- oder Luftraum Taiwans einzudringen - ein Verhalten, das von RCh-Seite stumm erwidert wurde.

Fast hätte man den Eindruck gewinnen können, es habe geheime Absprachen über einen beiderseitigen Burgfrieden gegeben. Nicht zufällig kamen gerade damals besonders häufig Gerüchte über Geheimkontakte zwischen "beiden Seiten der Taiwanstraße" auf. Taiwan sei eine Familienaffäre, die friedlich gelöst werden könne, da ja nach wie vor alte Verbindungen bestünden, sei es nun zwischen den beiden Parteien GMD und KPCh, die ja zweimal in einer Gemeinsamen Front (1923 ff. und 1937 ff.) zusammengearbeitet hatten, sei es zwischen maßgeblichen Familien - man denke an die Song-Schwestern Qingling, (Witwe Sun Yixians sowie Stellvertretende Präsidentin der VR China) und Meiling, (Ehefrau Jiang Jieshis), sei es aufgrund gemeinsamer Schulvergangenheit oder gemeinsamer militärischer Ausbildung.

Als weitere Geste Taipei gegenüber gab die VR China am 22.9.1975 144 Angehörige von Stoßtruppbrigaden frei, die zwischen 1962 und 1965 von Taiwan aus zu Stör- und Sabotagemissionen aufs Festland entsandt, dort aber abgefangen worden waren.

Fast gleichzeitig entließ Beijing 108 hohe GMD-Offiziere, die während des Bürgerkriegs (1946-1949) in volksrepublikanische Gefangenschaft geraten waren, und zwar nacheinander in vier Gruppen. Den ersten 10 allerdings blieb der Weg nach Taiwan versperrt, da sie sich weigerten, an ihrem Zwischenaufenthaltsort Hongkong ein offenes antikommunistisches Bekenntnis abzugeben. Drei kehrten daraufhin in die VR China zurück, vier wählten den Weg in die USA, zwei blieben in Hongkong und einer beging Selbstmord¹⁸⁹ - ein Ereignis, das in der Öffentlichkeit schockierend wirkte. Daraufhin durften die anderen drei Gruppen unbehindert nach Taiwan umsiedeln.¹⁹⁰

Freundliche Gesten des Entgegenkommens waren das eine, das andere: Nach wie vor beschoß die volksrepublikanische Seite Jinmen und Mazu mit Propagandamunition, während umgekehrt Taiwan "psychologische Kriegsführung" in Form einer systematischen Fesselballonpolitik betrieb. Vor allem im Zusammenhang mit dem ersten Tiananmen-Massaker von 1976 und dem Tod der drei Spitzenpolitiker Mao Zedong, Zhou Enlai und Zhu De im gleichen Jahr überzogen endlose mit

Propagandamaterial bestückte Ketten von Ballons das Festland und erreichten dort, wie es in Taipei hieß, fast jeden Winkel der Volksrepublik.¹⁹¹

5.4.1.2.

Wiedervereinigungsangebote Beijings nach 1979

Die VR China hatte im Laufe der Jahre der RCh zahlreiche Wiedervereinigungsangebote unterbreitet, vor allem 1956, 1973 und 1979. 1981 folgte eine der weitestgehenden Offerten.

- Bereits am 28.Juni 1956 hatte Zhou Enlai vor dem Nationalen Volkskongreß erklärt, daß Beijing bereit sei, "mit den Taiwanbehörden über spezifische Stufen und Bedingungen für die friedliche Befreiung Taiwans in Beijing ... oder an einem anderen geeigneten Ort ... Verhandlungen zu führen".¹⁹² Angeblich soll Zhou damals sogar vorgeschlagen haben, daß Jiang Jieshi Stellvertretender Staatspräsident der VRCh und Jiang Jingguo Gouverneur von Formosa werden, daß Taiwan "volle Autonomie behalten, daß jedermann unter eine Amnestie fallen und daß der Handel zwischen beiden Seiten intensiviert werden solle. Allerdings müsse sich Taipei aus der UNO zurückziehen und seine diplomatischen Missionen im Ausland schließen."¹⁹³

- Am 28.Februar 1973, also im Zusammenhang mit dem "Zwei-zwei-acht-Ereignis" unterbreitete die VR China der Regierung in Taipei ein weiteres Verhandlungsangebot. Gleichzeitig kam es auch zur Entsendung von "Briefen an die alten Kameraden" und außerdem forderte Fu Zuoyi, ein früherer GMD-General, der 1949 beim Kampf um Beijing mit seinen Truppen zur VBA übergelaufen war, die "Landsleute in Taiwan" dazu auf, sich mit der VR China offen oder aber geheim in Verbindung zu setzen und über die Wiedervereinigung zu verhandeln. Taiwan dürfe sich nicht länger auf die USA verlassen und sei auch schlecht beraten, wenn es "mit einer anderen Macht" (gemeint war hier wohl die Sowjetunion) Kontakte aufnehme.

- 1979: Nächster Anlaß für eine Reihe weiterer Friedensgesten gegenüber Taiwan war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Washington. Am 1.Januar 1979 veröffentlichte das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses "eine

Botschaft an die Bevölkerung von Taiwan", in der ein friedliches Zusammengehen vorgeschlagen wurde. Die Volksrepublik werde im Falle einer Wiedervereinigung den Status quo Taiwans respektieren, auf die Meinung aller gesellschaftlichen Kreise Rücksicht nehmen und die Bevölkerung Taiwans vor Nachteilen schützen.¹⁹⁴

Am selben Tag ordnete der damalige chinesische Verteidigungsminister Xu Xiangqian die Einstellung der Beschießung Jinmens an, die seit Beginn der 60er Jahre zumindest formal alle zwei Tage stattgefunden hatte, auch wenn dabei in den letzten Jahren kaum noch scharfe, dafür aber um so mehr Propagandamunition verschossen worden war.¹⁹⁵

Einen Monat später errichtete das Revolutionskomitee der Provinz Fujian im Küstengebiet einige "Aufnahmestationen" für taiwanische Fischer. Bis dahin waren bereits 232 taiwanische Fischerboote in Seenot geraten und an der Festlandsküste versorgt worden: Man hatte ihren Besatzungen Unterkunft gewährt, ihnen Proviant zur Verfügung gestellt und manchmal sogar die Boote repariert. "Volksdiplomatie" nannte sich diese Politik.

Ferner bot die Volksrepublik der RCh im Januar 1979 an, reguläre Post- und Flugverbindungen zum Festland aufzunehmen und auch zum direkten Warenaustausch mit dem Festland überzugehen. Vielleicht könne man sogar gemeinsame Filme produzieren.¹⁹⁶

Als besonders rührig erwies sich damals Deng Xiaoping, der wiederholte Male versicherte, daß Taiwan im Falle einer Wiedervereinigung seine Autonomie sowohl auf politischem und wirtschaftlichem als auch auf militärischem Gebiet beibehalten könne. Die Volksrepublik stelle nur eine einzige Bedingung für die Wiedervereinigung, nämlich den Verzicht Taiweis auf die Bezeichnung "Republik China" und die Anerkennung Beijings als Hauptstadt.¹⁹⁷ Amerikanischen Senatoren gegenüber versicherte Deng, daß die Volksrepublik China Taiwan gegenüber nur in zwei Fällen Gewalt anwenden würde, falls sich nämlich die dortigen "Behörden" auf unbegrenzte Zeit der Aufnahme von Wiedervereinigungsverhandlungen widersetzen, oder falls die Sowjetunion vor den Karren Taiwans gespannt würde.

Deng war damals so von Optimismus erfüllt, daß er die Wiedervereinigung sogar noch i.J. 1979 für möglich hielt.

Für Taiwan waren all diese Angebote und Versicherungen nichts anderes als Sirenentöne, auf die man nicht hereinfliegen dürfe.

Die "deutsche Formel", derzufolge Bonn damit einverstanden war, daß die USA volle diplomatische Beziehungen mit der DDR aufnehmen, ohne gleichzeitig etwas an ihren diplomatischen Beziehungen und an ihren Verteidigungsgarantien gegenüber der Bundesrepublik zu ändern, war auf Taiwan nicht anwendbar, und zwar deshalb nicht, weil Taiwan erstens, ebenso wie Beijing, nach wie vor an seiner eigenen Hallstein-Doktrin festhielt, und weil man in Taibei außerdem zu wissen glaubte, daß jede Lösung dieser Art einem Selbstmord gleichgekommen wäre.

Statt also passiv in Verhandlungen "hineinzutreiben", wollte die RCh lieber zu einer "totalen außenpolitischen Offensive" übergehen - zumindest gab es immer wieder Ankündigungen dieser Art. Hierbei ließ sich die GMD-Führung von ihrer alten "30:70-Politik" leiten, die ja von der Prämisse ausging, daß sich Volk und Kommunismus in China zueinander wie Wasser und Feuer verhielten und daß es früher oder später zum Aufstand und zur Exstirpation der kommunistischen Herrschaft kommen *müsse*. Taiwans Aufgabe sei es, durch seine Politik dazu beizutragen, diesen unvermeidlichen Degenerationsprozeß zu beschleunigen.¹⁹⁸

Alles was Taiwan auf die Angebote Beijings erwiderte, war eine Stellungnahme des Regierungschefs Sun Yu-xuan vom 1.1.1979, daß eine Wiedervereinigung aus der Sicht Taiwans nur dann in Betracht komme, wenn das Regime in Beijing den Marxismus-Leninismus und die Weltrevolution aufgäbe, auf jegliche "Diktatur des Proletariats" sowie auf Volkskommunen verzichtete und dem Volk Demokratie und Freiheit gewährte sowie das Privateigentum zurückerstattete.¹⁹⁹

Gleichzeitig blickte sich die RCh-Regierung - wie schon 1972 - auch diesmal besonders argwöhnisch nach "Unabhängigkeits-Bewegungen" um - und wurde erneut fündig. Noch im Januar

wurde der bekannte parteilose Politiker Yu Dengfa zusammen mit einigen Anhängern verhaftet, weil er, wie bereits erwähnt, in Tokyo eine Organisation für die Unabhängigkeit Taiwans unter dem Namen "Freie Republik China" gegründet und überdies einen Aufstand in Goxiong mitgeplant habe. Yu stehe, wie es hieß, im Solde Beijings.²⁰⁰

Auch sonst ließ die Regierung nichts unversucht, um die überall aufkommende "Festlandshitze" (daluri) abzukühlen:

- So wurden beispielsweise zwei Mitglieder der Nationalversammlung, die heimlich die Volksrepublik besucht hatten, im August 1979 ihrer Ämter enthoben.²⁰¹

- Außerdem verbrannten Sicherheitsbehörden des Hafens von Gaoxiong am 27. August 1979 festländische Waren im Werte von 20 Mio. NT\$, die via Hongkong nach Taiwan geschleust worden waren, darunter traditionelle chinesische Medikamente und Lebensmittel.²⁰²

- Als drei Abgeordnete des Gesetzgebungsyuans forderten, daß Taiwan auf die Anregungen Beijings zur Aufnahme von Post-, Handels- und Verkehrsverbindungen eingehen solle, um nicht in eine aussichtslos passive Situation zu geraten, mußten sie sich von der Regierung belehren lassen, daß es sich bei den festländischen Angeboten lediglich um Täuschungsmanöver aus dem Lehrbuch der psychologischen Kriegsführung handele.²⁰³

Ablehnend stand Taibei schließlich auch Treffen von Sportlern und Schriftstellern, Verwandtenbesuchen und Kontakten zwischen den Rotkreuzorganisationen gegenüber - von Journalistenbesuchen auf dem Festland ganz zu schweigen.

- Das Jahr 1981 brachte gleich zwei günstige Gelegenheiten für Beijing, erneut an das Zusammengehörigkeitsgefühl der taiwanesischen Blutsbrüder (wörtlich: "Mutterkuchenbrüder", tongbaomen) zu appellieren:

Als im Mai 1981 Song Qingling, die Witwe Sun Yixians und jüngere Schwester "Madame" Jiangs starb, lud Beijing die Verwandten, u.a. sogar Jiang Jingguo, ein, doch bitte an den Trauerfei-

erlichkeiten teilzunehmen. Taipei ignorierte auch diese neuen Manifestationen "alter Volksfronttricks".

Auch die Briefe Liao Chengzhis, des Sohnes eines der Mitbegründer der GMD an seinen Jugendfreund Jiang Jingguo, blieben unbeantwortet.²⁰⁴ Ebenso weigerte sich die Regierung Taiwans, Delegierte zu den Trauerfeiern für Liao Chengzhis zu entsenden, der ein Jahr später, nämlich im Juni 1983, verstorben war.²⁰⁵

Die zweite "goldene Gelegenheit", die das Jahr 1981 lieferte, war der "Doppelzehnte", d.h., der 10. Oktober, der an den Sturz der Qing-Dynastie von 1911 erinnerte und der in der RCh als Nationalfeiertag begangen zu werden pflegt - diesmal besonders feierlich, weil gerade 70 Jahre vergangen waren.

An diesem Tag nun unterbreitete eines der führenden Politbüromitglieder der VRCh, "Marschall" Ye Jianying, der Regierung in Taipei einen "Neun-Punkte-Vorschlag zur Wiedervereinigung", in dem die bisherigen Offerten zusammengefaßt und einige neue Vorschläge aufgelistet waren. In Stichworten:

- Aufnahme von Gesprächen und Beginn einer direkten Zusammenarbeit zwischen KPCh und GMD
- Maßnahmen zur Förderung des Handels, der Postverbindungen, des Verkehrs und der Kontakte auf allen anderen Gebieten
- Taiwan behält auch nach der Wiedervereinigung seine politische und militärische Autonomie
- Die Zentralregierung wird sich, wie es hieß, "nicht in die Regierungsangelegenheiten Taiwans einmischen"
- Das Gesellschafts- und Wirtschaftssystem Taiwans bleibt unangetastet
- Bewohner Taiwans können Staats- und Parteifunktionen in der VR China übernehmen
- Beijing wird Taiwan im Falle finanzieller Schwierigkeiten Hilfe gewährleisten
- Niederlassungsrechte für alle Bewohner Taiwans auf dem Festland
- Investitionsberechtigung für Bewohner Taiwans auf dem Festland
- "Die Wiedervereinigung ist Pflicht aller Chinesen"; jedermann solle Vorschläge unterbreiten.²⁰⁶

Auch diesmal blieb Taipei ungerührt. Trotz des Ernstes des Lage löste die in Punkt 6 angebotene finanzielle Hilfe beim taiwanesischen Publikum Heiterkeit und belustigte Kommentare aus.

Wie schon 1956, 1973 und 1979 verlor auch das Angebot von 1981 schnell seine Echowirkung und machte schon bald wieder dem "Alltag" Platz, der von Propaganda und Gegenpropaganda bestimmt war:

Nach wie vor bewerteten beide Seiten den Absprung von Piloten, Politikern oder Künstlern als Sieg ihrer eigenen Sache und schlachteten jede dieser Gelegenheiten propagandistisch bis zum letzten aus. Taiwan hatte schon Mitte der 70er Jahre hohe Prämien für festländische Flugzeugpiloten und Marineoffiziere ausgesetzt, falls sie sich samt ihrem Kriegsgerät den Inselbehörden stellten. Kam etwa ein Pilot aus der Volksrepublik nach Taiwan, so wurde er dort wie ein Held empfangen und mit Goldbarren entlohnt. Erstmals im Juli 1977 war ein VBA-Staffelkapitän auf diese Offerte eingegangen, hatte sich mit seiner MIG-19 nach Taiwan abgesetzt und dafür einen Goldbarren im Werte von 1,6 Mio. DM entgegengenommen.²⁰⁷ Der Fall machte Schule und ließ bis in die 80er Jahre zahlreiche andere Piloten nachfolgen - allein i.J. 1985 beispielsweise zwei.

Umgekehrt ließ sich die VRCh-Propaganda keinen Triumph entgehen, vor allem dann, wenn sich unter den Überläufern auch noch Prominenz befand, z.B. Huang Yiteng, ein bekannter taiwanesischer Fernsehmoderator, oder aber der Schlagersänger Hou Dejian, der im Januar 1979 im Alter von 27 Jahren mit seinem Song "Die Nachkommen des Drachen" in Taiwan über Nacht berühmt geworden war.

Huang und Hou waren beide, unabhängig voneinander, 1983 in die VR China "geflüchtet" und dort vom ersten Augenblick an in die Mühlen der Propagandamaschinerie hineingeraten. Hou ließ jedermann wissen, daß sein Leben in der taiwanesischen Wohlstandsgesellschaft schal geworden sei, daß er an innerer Spannung und an Kreativität verloren und deshalb nach neuen existentiellen Erfahrungen gesucht habe. Hier, auf dem Festland, seien sie ihm endlich wieder zuteil geworden! Hou konnte damals noch nicht ahnen, daß er sechs Jahre später mitten in die Strudel des Tiananmen-Massakers hineingerissen, zum Staatsfeind abgestempelt und 1990 nach Taiwan zurückgeschickt würde.

Sehr zur Genugtuung der Inselbevölkerung - und der Regierung - gab es auch in umgekehrter Richtung promi-

nente Überläufer. Am 18. September 1982 beispielsweise schlug sich Zhou Lingfei, ein Enkel des berühmten, ganz von den Kommunisten in Beschlag genommenen Schriftstellers Lu Xun, via Tokyo nach Taipei durch und heiratete dort seine Jugendliebe. Dies war ein Selbstläufer: Die Regierungspropaganda konnte die Hände in den Schoß legen und die Öffentlichkeitsarbeit der bunten Presse überlassen. Noch ein zweites Mal konnte das Illustrierten-Lesepublikum aufjubeln, als sich am 9. Oktober 1984 eine Meisterinterpretin des Guangdong-Opernstils, die damals 40jährige Hung Hung nach Taiwan absetzte.

5.4.2.

Die militärische Lage Taiwans

Militärisch gesehen, war die Lage Taiwans zwar ernst, aber keineswegs hoffnungslos. Von der Papierform her gesehen, schien die VBA der RCh-Armee auf den ersten Blick eindeutig überlegen; verfügte die VBA Mitte der 70er Jahre doch über 3,5 Mio., die RCh dagegen über nur 470.000 Soldaten.²⁰⁸

Da freilich Taiwan nicht mit dem Heer, sondern nur mit Marine und Luftwaffe in die Knie zu zwingen war, konnte es sich darauf beschränken, die See- und Luftherrschaft in der Formosastraße zu sichern.

Auf den ersten Blick schien aber auch dies kaum möglich zu sein; denn der VBA-Luftwaffe mit ihren 250.000 Soldaten und ihren 4.250 Kampfflugzeugen standen auf taiwanesischer Seite nur 70.000 Mann bzw. 268 Flugzeuge gegenüber.²⁰⁹ (10 Jahre später lautete das Verhältnis übrigens 6.000:560).

Auch bei der Marine zeigten sich enorme Gefälle: Die VBA hatte 275.000 Marinesoldaten, die RCh nur 35.000; "drüben" waren 55 U-Boote verfügbar, hier nur zwei, drüben 150 Torpedoboote, hier nur sechs. Andererseits freilich besaß Taiwan bei den Zerstörern und Fregatten ein Übergewicht von 18:8, bzw. 14:0 - eine Zusammensetzung, die den defensiven Charakter der RCh-Marine hinlänglich unter Beweis stellte.²¹⁰

Trotz der quantitativen Unterlegenheit sah der Generalstab in Taipei, der im Laufe der Jahre alle nur denkbaren Verteidigungsvarianten durchsimuliert hatte, keinen Anlaß zur Panik:

- Zum einen verfügte Taiwan über die weit vorgeschobenen Frühwarnposten von Jinmen und Mazu, von denen aus jede strategische Truppenkonzentration sofort registriert und weitergemeldet werden konnte - ein gar nicht hoch genug einzuschätzender Vorteil.

- Ferner war die gewaltige numerische Überlegenheit der VBA keineswegs so ernst, wie es prima facie scheinen mochte. Erstens nämlich waren die meisten Kräfte auf den damaligen Hauptfeind der VRCh, die UdSSR, hin gestaffelt. Mitte der 70er Jahre beispielsweise standen 56% der VBA-Streitkräfte an der Grenze zur Sowjetunion, 13% an der Südfront, d.h. gegenüber Indien, Birma und Vietnam, 8% als strategische Reserve im zentralchinesischen Wehrbereich Wuhan und nur 23% an der Ostküste - davon wiederum nur ein Bruchteil in den Bereichen Zhenjiang und Fujian, also in Regionen, die direkt Taiwan gegenüber liegen.

Selbst wenn aber die VBA - zweitens - ihre Flanken entblößt, also auf *einen* Schlag sämtliche Einheiten aus Nord-, West- und Südchina hätte abziehen und sie geballt gegenüber Taiwan aufstellen wollen, wäre dieses Vorhaben an infrastrukturellen Engpässen gescheitert. Ganz gewiß hätten die Flughäfen im Küstenbereich nicht ausgereicht, um auch nur einen Bruchteil der Flugzeugschwärme aufzunehmen oder gar zu versorgen. Außerdem wären Flugzeugansammlungen auf dem Boden eine leichte Beute für Angriffe der taiwanesischen Luftwaffe gewesen. Drittens aber war es in Taiwan bekannt, daß rund die Hälfte des VBA-Flugzeugbestands nur für Verteidigungs-, nicht aber für Angriffszwecke geeignet war.

- Darüber hinaus hatte sich Taiwan in den vorangegangenen Jahren ein hochwirksam gestaffeltes System von SAM (Surface to Air Missiles)-Raketen zugelegt, die bis zu einer Höhe von 100 km wirksam waren, und die jedem Angreifer einen unfreundlichen Empfang bereiten würden.

- Ferner besaß Taiwan das modernere Fluggerät und die besser ausgebildeten Piloten. Aus Schilderungen eines Anfang 1977 nach Taiwan geflohenen Luftwaffenoffiziers ging z.B. hervor, daß die Zahl aller Flugstunden, die er in seiner 20jährigen VBA-Karriere zu-

sammengebracht hatte, vom Durchschnittspiloten auf Taiwan bereits in 2,5 Jahren absolviert zu werden pflegten.

Dieser Vorsprung Taiwans zeigte sich auch bei allen bisherigen Luftkämpfen, bei denen sich fast immer die nationalchinesische Abwehr hatte durchsetzen können, so z.B. am 15.10.1955 (Abschuß einer MIG-17 nördlich von Mazu), am 22.6.1956 (Abschuß von vier MIG-17 über Mazu), am 14.8.1958 (Abschuß von drei MIG-17 über Mazu), am 5.7.1959 (Abschuß von fünf MIG-17 über Mazu) und am 13.1.1967.

Um unter diesen Umständen Luftüberlegenheit über der Taiwanstraße zu erlangen, hätte die VBA vermutlich bis zu 4.000 Flugzeuge einsetzen müssen. Ob aber selbst dann der Sieg zu erreichen gewesen wäre, mußte zweifelhaft bleiben, da die Volksrepublik niemals sicher sein konnte, daß andere Mächte einen solchen Übergriff hinnähmen. Immerhin gab es zu dieser Zeit ja auch noch den taiwanesisch-amerikanischen Verteidigungspakt.

Auch die Marine der RCh hatte sich bei den bisherigen Zusammenstößen in der Regel als überlegen erwiesen. So hatte beispielsweise ein RCh-Patrouillenboot am 1.Mai 1965 auf einer Patrouillenfahrt gleich fünf VBA-Kanonenboote versenkt. Am 6.Juli 1965 vernichteten RCh-Kanonenboote fünf VBA-Kriegsschiffe südlich von Jinmen.

- Nicht zuletzt aber war Taiwan der VBA waffentechnisch überlegen. Die Luftwaffen- und Marinegrundausrüstung bestand aus amerikanischem Gerät. Erstmals 1974 begann Taiwan eigene Düsenjäger und Hubschrauber zu bauen, und zwar in Zusammenarbeit mit US-Firmen.²¹¹ Am 30.Oktober d.J. rollte der erste FVE-Düsenjäger in Taiwan vom Band. Er war in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Northrop Aircraft Corp. hergestellt worden. Der FVE sollte der Inselverteidigung als Ausgleich für den damals gerade erfolgten Abzug der US-Luftwaffe aus Taiwan dienen.²¹²

Im Frühjahr 1974 erwarb die taiwanische Regierung israelische Raketen des Typs Gabriel im Gesamtwert von 500 Mio.US\$. Die Gabrielrakete kann Ziele in 3.000 km Entfernung erreichen und gilt als gleichwertig mit der sowjetischen Styx.²¹³

Am 4.August 1976 erklärte die amerikanische Regierung, sie wolle Taiwans Fähigkeit zur Selbstverteidigung durch den Verkauf eines Radar-Luftverteidigungssystems, durch die Erweiterung einer amerikanisch-nationalchinesischen Koproduktion von Abfangjägern des Typs F-5E; durch die zusätzliche Lieferung von Hawk-Luftabwehrraketen und nicht zuletzt auch durch den Verkauf von mobilen (Schiff zu Schiff) Abwehrraketen stärken.²¹⁴

1976 begann auch eine Zusammenarbeit der amerikanischen Schiffbauergesellschaft Tacoma mit der nationalchinesischen Marine. Zweck war der Bau von Kanonenbooten.²¹⁵

1978 erwarb Taiwan 60 israelische Kampfflugzeuge vom Typ "Kfir", die mit Triebwerken der US-Firma General Electric ausgerüstet waren,²¹⁶ und deren Lieferung daher auch amerikanischer Zustimmung bedurfte.

1976 nahm eine Gruppe von 15 Ingenieuren aus Taiwan an einem 18monatigen Kurs des Massachusetts Institute of Technology teil, um sich in die Raketentechnik einweihen zu lassen. Bei vielen Beobachtern bestärkte dies den Verdacht, daß die RCh im Begriff sei, eigene Mittelstreckenraketen zu entwickeln, die eines Tages vielleicht sogar mit Atommunition geladen würden. Immerhin war Taiwan zu dieser Zeit bereits eine Atomschwellenmacht, die Anlagen zur Spaltung von Plutonium sowie mehrere Forschungsreaktoren besaß.²¹⁷

Gerüchte besagten auch, daß Taiwan 1976 dazu übergegangen sei, Abfallstoffe seiner beiden Kernkraftwerke wieder aufzubereiten und dadurch Brennstoffe für Kernbomben zu gewinnen.²¹⁸ Angesichts solcher Spekulationen sah sich die Regierung in Taiwan immer wieder zu der Aussage veranlaßt, daß sämtliche Kernkraftwerke der Insel von der Internationalen Atomenergiebehörde kontrolliert würden und daß die vorhandenen Anlagen für die Herstellung von Atombomben nicht geeignet seien.²¹⁹

Ob Atommacht oder nicht: Die Rüstung kostete den Steuerzahler gewaltige Summen, die drei Jahrzehnte lang aus Dunkelziffern bestanden. Es dauerte bis 1974 ehe der Staatshaushalt in allen Einzelheiten öffentlich bekanntgegeben wurde. Danach betrogen die

Ausgaben, ebenso wie die Einnahmen, 76,2 Mrd.NT\$, von denen 32 Mrd. (= 46,1%) für Verteidigung und Außenpolitik vorgesehen waren, 13,73 Mrd. (= 13,1%) für Wirtschaft und Verkehr sowie 8,28 Mrd. (= 11,9%) für Sozialpolitik.²²⁰ Kritiker freilich behaupteten, daß das Kostengefüge auch jetzt noch verschleiert sei, da man z.B. die Waffenentwicklung dem Forschungshaushalt und die Pensionszahlung für Soldaten dem Sozialhaushalt zugeschlagen habe.

Im Etat von 1979/80 waren 41,5% für Verteidigungszwecke ausgewiesen - wiederum zusammen mit der Außenpolitik.²²¹ Doch hatte sich der Sockelbetrag, entgegen dem ersten Eindruck, keineswegs verringert; denn kurze Zeit später wurde ein Sonderhaushalt von 25 Mrd.NT\$ für Verteidigungszwecke nachgereicht, der das Staatsbudget zusätzlich belastete.

In den 10 Jahren zwischen 1965 und 1975 waren die Militärausgaben Taiwans um das vermutlich Dreifache gewachsen.²²²

Die Führung in Taipei glaubte der Bevölkerung dieses Opfer zumuten zu müssen, da ja nicht nur gegen ein Landungsmanöver, sondern auch gegen eine Blockade der Insel wirksame Gegenmaßnahmen getroffen werden müßten. Ohnehin ging der Generalstab in Taipei davon aus, daß die Gefahr einer Seeblockade weitaus größer ist als die einer amphibischen Landung oder aber eines Luftangriffs. Ähnlich wie Israel glaubte Taiwan, sich hier keinerlei Nachlässigkeit leisten zu können.

Ende der 70er Jahre konnte endlich eine leichte Entwarnung gegeben werden. Die Kulturrevolution (1966-1976) war zu Ende gegangen und hatte ein ausgelaugtes Festland hinterlassen; Mao Zedong hatte 1976 das Zeitliche gesegnet, und anschließend hatten sich innenpolitische Grabenkämpfe entwickelt, die so heftig waren, daß die Aufmerksamkeit der volksrepublikanischen Führung ganz auf die Nachfolgekrise konzentriert war. Niemand, der damals an militärische Abenteuer gegen Taiwan hätte denken können! Nicht zuletzt aber begannen im Dezember 1978 umfassende Wirtschaftsreformen, die nur dann erfolgsversprechend waren, wenn China möglichst all seine Kräfte auf den Wirtschaftsaufbau

konzentrierte, und wenn außerdem das Ausland kräftig mit anschoß, sei es nun durch Investitionen oder aber durch Technologietransfer. Vor allem diese innenpolitische Komponente ließ einen militärischen Angriff auf Taiwan immer unwahrscheinlicher werden.

Eine militärische Eroberung oder eher eine militärische Blockade Taiwans wäre zwar, bei Entfesselung aller Kräfte, vermutlich machbar gewesen, doch hätte sich Beijing dann all seiner Modernisierungsmöglichkeiten beraubt. "Rückeroberung Taiwans oder Modernisierung" - so lautete, zugespitzt, die Alternative für die damaligen Entscheidungsträger. Hier für eine militärische Option zu plädieren, wäre um so törichter gewesen, als Taiwan ja durchaus Bereitschaft erkennen ließ, in einem sich modernisierenden China am Aufbauprozeß mitzuwirken, so daß es bei geschickter Verwertung des taiwanesischen Potentials nun plötzlich nicht mehr "Taiwan oder Modernisierung", sondern "Taiwan plus Modernisierung" hieße.

Wäre nicht schon viel erreicht, so mochte man damals in Beijing denken, wenn die hocheffiziente taiwanesishe Wirtschaft sich kräftig in den Modernisierungsprozeß auf dem Festland einschaltete, und zwar nicht nur außenhändlerisch, sondern auch durch Investitionen und Technologie sowie durch Personaltransfer!?

Die 80er Jahre sollten in der Tat auf diese Richtung hinsteuern.

Anmerkungen

- 1) C.a., Oktober 1973, Ü 43.
- 2) ZYRB, 17.11.1976.
- 3) Vgl. dazu i.e. Oskar Weggel, "Geschichte Chinas im 20.Jahrhundert", Stuttgart 1989, S.74 ff.
- 4) Ebenda, S.54, 56, 61 u. 107.
- 5) Dazu Y.H.Nieh, "Neue Führungsstruktur in Taiwan", C.a., Juni 1978, S.362-364.
- 6) Y.H.Nieh, "In Taiwan heißt der Präsident wieder Jiang", C.a., April 1978, S.207-209.
- 7) Biographies of the Republican China, a.a.O., Bd.1, S.306 ff.
- 8) Y.H.Nieh, "Taiwan nach Chiang Kai-sheks Tod", C.a., Mai 1975, S.226-228.
- 9) Dazu Oskar Weggel, "Geschichte Chinas im 20.Jahrhundert", a.a.O., S.15 ff.
- 10) C.a., Juli 1972, Ü 49.
- 11) FEER, 18.3.1974, S.12.
- 12) FC Januar/Februar 1990, S.7-12.
- 13) Näheres Hermann Halbeisen, Beitrag zu Taiwan in Siegfried Mielke (Hrsg.), "Internationales Gewerkschaftshandbuch", Opladen 1983, S.312-317.
- 14) Liufa, a.a.O., S.1033-1040.
- 15) C.a., Dezember 1977, Ü 61.
- 16) I.e. Y.H.Nieh, "Die Wahlen in Taiwan", C.a., 1978, S.64-66.

- 17) ZYRB, 18.1.1978.
- 18) C.a., Juli 1978, Ü 63.
- 19) ZYRB, 14.2.1979.
- 20) FEER, 22.9.1978.
- 21) Zur Filmzensur vgl. beispielsweise FEER, 25.9.1971, S.34.
- 22) Vgl. dazu Y.H. Nieh, "Taiwan - ein Jahr nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA", C.a., März 1980, S.221-226, hier 225, und "Blick übers Meer. Chinesische Erzählungen aus Taiwan", hrsg. v. Helmut Martin, Charlotte Dunsing und Wolf Baus, edition Suhrkamp. NF 129, Frankfurt/M. 1982, S.30-41.
- 23) ZYRB, 11.u.15.12.1979.
- 24) C.a., Dezember 1972, Ü 67.
- 25) LHB, 21.12.1979.
- 26) Y.H.Nieh, "Taiwan - ein Jahr nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA", C.a., März 1980, S.221-226, hier 225, und "Blick über das Meer", a.a.O., S.40 ff.
- 27) Y.H.Nieh, "Die Opposition in Taiwan", C.a., April 1979, S.483-488.
- 28) Y.H.Nieh, ebenda, S.483.
- 29) Y.H.Nieh, ebenda, S.484, 488.
- 30) ZYRB, 26.12.1976.
- 31) DGB, 28.11.1976.
- 32) FEER, 24.6.1977, S.29.
- 33) SWB, WER, 4.6.1975.
- 34) C.a., Januar 1979, Ü 85 mit näheren Angaben.
- 35) XNA, 5.10.1974.
- 36) FCW, 26.3.1978.
- 37) Data Book, 1989, S.210.
- 38) Ebenda, S.208.
- 39) Von 1964 abgesehen, wo es einen Überschuß von 200 Mio.NT\$ gab.
- 40) Zum Zahlungsbilanzdefizit i.J.1974 vgl. Y.H.Nieh, "Halbjahresbilanz des taiwanesischen Außenhandels", C.a., September 1974, S.557-561.
- 41) Data Book, ebenda, S.210.
- 42) BIP: 226,8 Mrd.NT\$, Exporte: 59,2 Mrd.
- 43) BIP: 1,49 Bio.NT\$, Exporte: 712 Mrd.
- 44) Data Book, 1989, a.a.O., S.23 u. 208.
- 45) Data Book, a.a.O., S.213.
- 46) Zahlen in Data Book, a.a.O., S.212.
- 47) Data Book, a.a.O., S.214.
- 48) Data Book, a.a.O., S.215-217.
- 49) Data Book, a.a.O., S.215; zur Exportförderungs politik der 60er Jahre vgl. auch: Jacoby, Niel, H., "US Aid to Taiwan", New York 1966, S.134 f. und Lin Ching-yuan, "Industrialization in Taiwan", New York 1973, Kap.5.
- 50) Zahlen in Data Book, a.a.O., S.205.
- 51) Zahlenmaterial dazu in Data Book, a.a.O., S.216-219.
- 52) So z.B. Jiang Weiguo in einem Interview "Der Spiegel", 1972, Nr.21, S.96.
- 53) FCW, 17.8.1975.
- 54) FCW, 16.11.1976.
- 55) Sai, a.a.O., S.254.
- 56) Vgl. dazu George Fitting, "Export Processing Zones in Taiwan and the People's Republic of China", A.S. 1982, S.732-744.
- 57) Selbstdarstellungskatalog des CETRA, o.O., o.J.
- 58) Ebenda.
- 59) Selbstdarstellungskatalog des "Taiwan Trade Center Hamburg", o.O., o.J.
- 60) Ebenda.
- 61) FEER, 14.5.1976, S.48.
- 62) C.a., Januar 1978, Ü 76.
- 63) FCW, 5.11.1978.
- 64) Sai, S.233 f.
- 65) Ebenda, S.240.
- 66) C.a., August 1978, Ü 58.
- 67) ZYRB, 9. u. 23.12.1978.

- 68) Sai, a.a.O., S.246.
69) ZHRB, 15.12.1971; 16.12.1971.
70) RMRB, 14.3.1972.
71) C.a., November 1974, Ü 74.
72) ZYRB, 26.5.1979.
73) C.a., Januar 1975, Ü 64.
74) FCW, 3.9.1979.
75) ZYRB, 27.11.1979.
76) C.a., Mai 1979, Ü 71.
77) ZYRB, 21. u. 24.3.1976.
78) ZYRB, 4.11.1978, 22.12.1978.
79) Zum lateinamerikanischen Weg vgl. Thomas B.Gold, "State and Society in the Taiwan Miracle", New York, London 1986, S.75 ff.
80) Data Book, 1989, a.a.O., S.109.
81) Ebenda.
82) "Fakten und Daten. Die Republik China auf Taiwan", Taipei 1989, S.68.
83) Sai, a.a.O., S.260 f.
84) ZYRB, 10. u. 26.4.1978.
85) Näheres in Tabellenform: Sai, a.a.O., S.267.
86) Ebenda, S.268 mit Nachweisen.
87) ZYRB, 2.9. u. 27.6.1976
88) Data Book 1989, a.a.O., S.89.
89) Ebenda, S.2d.
90) Data Book, 1989, a.a.O., S.41.
91) Ebenda, S.41.
92) Ebenda, S.16.
93) Ebenda, S.41.
94) Ebenda, S.16.
95) Ebenda, S.41.
96) Data Book, a.a.O., S.2.
97) Sai, a.a.O., S.269-279.
98) Data Book, a.a.O., S.66.
99) Fakten und Daten, a.a.O., S.65.
100) C.a., Juni 1978, Ü 61.
101) "Industrial Development in Taiwan, Republic of China", Taipei, August 1965, S.12 ff.
102) William Glenn, "Taipei: Fears for Tomorrow", FEER, 2.7.1970, S.69-71.
103) BRu, 1971, Nr.47, S.5.
104) Ebenda, S.6 f.
105) RMRB, 28.2.1972; 5.1.: "Gemeinsame Erklärung", (Lianhe gongbao).
106) Zu Pekings Verbindungsmann in Washington Huang Zhen vgl. C.a., Mai 1973, S.231-233.
107) Sein Buch "Die Amerasia-Affäre. Gründe für den Zusammenbruch der Republik China auf dem Festland", erschien auch auf deutsch. Boppard, 1972.
108) Peking Review, 26.2.1971, S.16 f.
109) ZYRB, 10.3.1972.
110) Interview-Aussagen Jiang Weiguos in "Der Spiegel", 1972, Nr.21, S.94 ff.
111) FEER, 26.12.1970, S.8; 16.1.1971, S.13 f. u. 6.3.71, S.31-33.
112) Vgl. u.a. C.a., April 1972, S.7.
113) Wangchunfeng, Nr.30 v. 20.1.72, erschienen in Houston, Texas.
114) ZYRB, 4.-9.April u. 2.Mai 1972.
115) Vgl. C.a., Mai 1972, S.21 f. m. w. Angaben.
116) Nr.1253 v. 9.2.1972.
117) LHB, 9.4.1973.
118) ZYRB, 26.6.1976.
119) FEER, 14.2.1975, S.14.
120) Nieh, ebenda, S.228 m.N.
121) ZYRB, 1.11.1975.
122) Dazu Oskar Weggel, "Weltgeltung der VR China", München 1986, S.182 f.
123) CIS nach MD Asien, 9.1.1973, S.9.
124) "A Way to avoid Disaster on China", IHT, 2.8.1977.
125) Wortlaut abgedruckt in C.a., Januar 1979, Ü 6.
126) Dazu Nieh, "Quo vadis, Taiwan - zur Wendung in der Chinapolitik Washingtons", C.a., Januar 1979, S.879-884, 880.
127) Interview Jiang Jingguos "Der Spiegel", 1979, Nr.1, S.55.
128) ZYRB, 19.12.1978.
129) ZYRB, 2.12.1978.
130) Ausführlich zu den Prozessen: Vgl. C.a., Dezember 1979, Ü 60 u. 62.
131) Zum Besuch Dengs vgl. Y.H.Nieh, "Wer spielt welche Karte? - Zum Besuch Deng Xiaopings in den USA", C.a., 1979, S.39-43; 28.12.1978-6.1.1979.
132) So BRu, 1978, Nr.51: Der erfolgreichste Staat der Welt habe mit der stärksten Macht der Welt normale Beziehungen aufgenommen.
133) C.a., März 1979, Ü 47.
134) Der Text ist abgedruckt in Gibert, Stephen P. and Carpenter, William M., "America and Island China. A Documentary History", Lanham, New York, London, 1984, S.22-229.
135) Proteste Beijings dagegen, in: BRu, 1981, Nr.36, S.21.
136) Volltext des Abkommens in Gibert, Carpenter, a.a.O., S.257-259.
137) Ebenda, S.355 f.
138) Ebenda, S.356 f.
139) Ebenda, S.277-281.
140) Ebenda, S.302 f.
141) ZYRB, 17.5.1979.
142) Vgl. dazu "Implementation of the Taiwan Relations Act: The first Year", Committee on Foreign Relations, US Senate, Bericht, abgedruckt ebenda, S.265-270.
143) Z.B. RMRB, 31.12.1981, S.6: "China opponiert energisch gegen den Verkauf ausländischer Waffen an Taiwan".
144) Vgl. dazu BRu, 1981, Nr.36, S.17-22 und 1981, Nr.37, S.23-25.
145) BRu, 1981, Nr.36, S.21 ff.
146) Chinesische Feststellung, Gibert, Carpenter, a.a.O., S.306-308.
147) Ebenda, S.312-314.
148) XNA, 17.8.82; Oskar Weggel, "Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen sind besser als ihr Ruf", C.a., November 1982, S.655-657.
149) Im Wortlaut abgedruckt bei Gibert, Carpenter, a.a.O., S.325 f.
150) Tabelle in Gibert, Carpenter, a.a.O., S.45.
151) C.a., Februar 1983, Ü 45.
152) C.a., Juli 1983, Ü 51.
153) FCJ, 17.5.1990, S.1.
154) Proteste der VR China: BRu, 1982, Nr.2, S.9 f.
155) ZYRB, 29.8.1972.
156) ZYRB, 23.8.; 18.-21.9.1972.
157) FCW, 17.9.1972.
158) C.a., September 1972, S.21 f.
159) Japan Times, 4. u. 5.12.1972.
160) ZYRB, 25.8.1970.
161) Japan Times, 5.9.1970.
162) ZYRB, 3.9.1970.
163) ZYRB, 30.8.1970.
164) RMRB, 29.12.1970.
165) Dazu Y.H.Nieh, "Tiaoyütai und das Problem des Festlandssockels im Ostchinesischen Meer", in: Verfassung und Recht in Übersee, Heft 4, 1971, S.443-453; eine Kurzarstellung vom selben Autor "Hintergründe des chinesisch-japanischen Inselstreits", in C.a., Mai 1977, S.279-282; vgl. auch Manfred Pohl, "Der Senkaku-Zwischenfall und seine Auswirkungen auf die japanische Innenpolitik" in C.a., Juni 1978, S.339-343.
166) Vgl. auch Manfred Pohl, "Schwelender Territorialstreit zwischen China und Japan: Aspekte des Senkaku-Problems" in C.a., September 1979, S.1012-1015.
167) Zum ganzen Fragenkomplex systematisch: Peter Schier, "Die jüngsten militärischen Auseinandersetzungen zwischen China und Vietnam im Südchinesischen Meer und die gegenwärtigen Besitzverhältnisse im Spratly-Archipel", C.a., Juli 1988, S.569-586, hier 583; ferner: C.a., September 1974, Ü 74 und April 1976, Ü 59.
168) ZYRB, 29.5.1976.
169) Schier, a.a.O., S.583.
170) LHB, 7.9.1979.
171) China News, 14.7.1977.
172) Zu Kontakten Taipeis mit Moskau vgl. C.a., August 1978, Ü 55 m.N.
173) Dazu China Quarterly, Chronicle, April-June 1969, S.194 und SCMP, Nr.4374, S.35.
174) C.a., Juni 1973, Ü 36.
175) Dazu im einzelnen John W. Garver, "Taiwan's Russian Option: Image and Reality", Asian Survey 1978, S.751-766.
176) C.a., August 1976, Ü 58.
177) Näheres dazu C.a., April 1979, Ü 59.
178) ZYRB, 26.10.1979.
179) Bangkok Post, 6. u.7.5.1973; FEER, 2.1.1972, S.14 f.
180) LHB, 17.6.1976.
181) The Nation, Bangkok, 8.5.73 und N, 8.5.73; zum Einsatz gegen KP-Guerillas vgl. SWB, Nr.3562, A3, S.9 f.
182) ZYRB, 27. u. 29.6.1986, Nieh, C.a., Juni 1986, Ü 49.
183) ZYRB, 27.4.1976.
184) ZYRB, 3.11.1978.
185) C.a., Februar 1975, S.78 f.
186) RMRB, 23.10.1971.
187) C.a., Juni 1972, S.17 f.
188) FEER, 11.6.1973, S.15 f.
189) Näheres C.a., November 1975, Ü 57.
190) C.a., Dezember 1978, Ü 88 m.N.
191) C.a., Oktober 1976, Ü 63 m.N.
192) Vgl. dazu P.P.Cheng, "The Formosa Tangle", A.S. 1967, S.793-795 m.N.
193) L. Gilbert, "Peking and Taipeh", C.Q., Nr.15, 1963, S.56-64.
194) RMRB, 1.1.1979.
195) RMRB, 1.1.1979.
196) Dazu C.a., Januar 1979, Ü 83 m.N.
197) DGB, 10. u. 15.1.1979.
198) CNA, 8.3.1974 in C.a., April 1974, Ü 88.
199) ZYRB, 12.1.1979.
200) ZYRB, 25.1.1979.
201) ZYRB, 17.8.1979.
202) ZYRB, 28.8.1979.
203) ZYRB, 26.9.1979.
204) Vgl. hierzu beispielsweise BRu, 1982, Nr.31, S. 5 f.
205) BRu, 1983, Nr.27, S.4, 12 ff.
206) RMRB, 30.9.1981; XNA, 30.9.81 und BRu 1981, Nr.40, S.10 f. In der Erklärung wird ausdrücklich auf den "70.Jahrestag der Revolution von 1911" Bezug genommen.
207) C.a., März 1978, Ü 64.
208) "The Military Balance 1976/77", hrsg. v. Institute for Strategic Studies, London 1977.
209) Ebenda.
210) Ebenda.
211) C.a., August 1974, Ü 75.
212) ZYRB, 31.10.1974.
213) IHT, 7.4.1977.
214) Zur Lieferung von Hawk Boden-Luft-Raketen i.J. 1977 vgl. ZYRB, 3.7.1977.
215) ZYRB, 16.1.1976.
216) C.a., Juli 1978, Ü 59 m.N.
217) IHT, 17.6.1976; C.a., Juli 1976, Ü 55.
218) Washington Post, 29.8.1976 und C.a., September 1976, Ü 50.
219) ZYRB, 24.9.1976.
220) ZYRB, 29.5.1974 und 3.4.75; C.a., Juni 1974, Ü 71.
221) ZYRB, 1.4.1979.
222) Vgl. dazu C.a., Februar 1977, Ü 63 m.N.